

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Artur Meier

Abschied von der sozialistischen Ständegesellschaft

Jan Wielgohs/Marianne Schulz

Reformbewegung und Volksbewegung

Politische und soziale Aspekte im Umbruch  
der DDR-Gesellschaft

Walter Friedrich

Mentalitätswandlungen der Jugend in der DDR

Hildegard Maria Nickel

Frauen in der DDR

B 16-17/90  
13. April 1990

Artur Meier, Dr. sc. päd., geb. 1932; Professor für Bildungssoziologie; seit 1986 Direktor und Lehrstuhlinhaber am Institut für Soziologie der Humboldt-Universität zu Berlin.

Zahlreiche Veröffentlichungen auf den Gebieten der Bildungssoziologie und Erwachsenenbildung, Technik- und Arbeitssoziologie sowie zu demokratischen Bewegungen.

Jan Wielgohs, Dr. phil., geb. 1957; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Das „Soziale“- philosophisch-methodologische Überlegungen zur Diskussion um die Begriffsbestimmung, in: Soziologie und Sozialpolitik, Symposien und Kolloquien IV, Berlin 1988 (mit Astrid Segert) Ökonomische Soziologie in Novosibirsk (Literaturbericht), in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 37 (1989) 10–11.

Marianne Schulz, Dr. phil., geb. 1946; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: (Autorenkoll.) Wie steht es um Leistungsstreben, Initiative, Schöpfertum? Berlin 1979; Maurice Halbwachs — zu seiner Durkheim-Marx-Rezeption am Beispiel des Verständnisses sozialer Klassen, insbesondere der Arbeiterklasse, in: Soziologie und Sozialpolitik, Symposien und Kolloquien I, Berlin 1987; In einer „erweiterten wissenschaftlichen Gemeinschaft“ eine progressive gesellschaftliche Entwicklungsalternative für Frankreich denken — Zehn Jahre marxistische Gesellschaftsanalyse des Instituts des Recherches Marxistes (IRM), Paris, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik Berlin 1989.

Walter Friedrich, Prof. Dr. habil., geb. 1929; seit 1966 Direktor des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig.

Veröffentlichungen u. a.: Jugend heute, Berlin 1966; Jugend und Jugendforschung, Berlin 1976; (Hrsg. Zwillingsforschung international, Berlin 1984; (Hrsg. mit Barbara Bertram und Otmar Kabat vel Job Adam und Eva heute, Leipzig 1988.

Hildegard Maria Nickel, Doz. Dr.sc. phil., geb. 1948; stellv. Direktorin am Institut für Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Technikakzeptanz bei weiblichen Werktätigen, in: Informationen zur soziologischen Forschung, 23 (1987)5; Geschlechtersozialisation und Arbeitsteilung, in: Weimarer Beiträge, 3 (1988)4; . . . komm an den Herd, in: Sonntag, 44 (1990)8; Geschlechtertrennung durch Arbeitsteilung, in: Feministische Studien (Mai 1990).



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7  
5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier  
Tel. 06 51/46 04 186, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1985, 1988 und 1989 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.



# Abschied von der sozialistischen Ständegesellschaft

## I. Einleitung

Max Weber hat Recht behalten. Der Sozialismus bescherte den Gesellschaftsmitgliedern nicht die „wahre Freiheit“ oder „Demokratie“, sondern eine „soziale Ordnung“ und „organische Gliederung“, die er als den „Pazifismus der sozialen Ohnmacht unter den Fittichen der einzigen ganz sicher unentzehlbaren Macht: der Bürokratie in Staat und Wirtschaft“ verstand<sup>1)</sup>.

Seine Befürchtungen, daß die Verstaatlichung der Wirtschaft und ihre zentrale Planung die ohnehin expandierenden Machtgrundlagen der Bürokratie über alle Maßen steigern und damit die Voraussetzungen für eine historisch neuartige, alle sozialen Lebensbereiche strikt reglementierende Herrschaftsform schaffen würde, haben sich nicht nur bestätigt, sondern sind durch die Wirklichkeit der realsozialistischen Sozialordnungen in Mittel- und Osteuropa sowie in Mittel- und Ostasien in der schlimmsten Weise noch übertroffen worden. Es ist traurig, aber wahr: Herausgekommen sind dabei eine Kommandowirtschaft — außerstande, auf Dauer die Grundbedürfnisse der Menschen zu befriedigen —, eine politische Zwangsherrschaft, beruhend auf der Unfreiheit und Unmündigkeit des „Staatsvolkes“, und eine Gesellschaft und Kultur, geprägt durch die äußerste Entfremdung der sozialen Beziehungen.

Dieses gesellschaftliche Organisationsmodell, einst — nach verheerenden Weltkriegen — aus einer geschichtlich überkommenen Utopie heraus geschaffen und lange Zeit mit großen Hoffnungen auf soziale Gleichheit und demokratische Gerechtigkeit besetzt, erweist sich heute als überholt und ist im Absterben begriffen. Die ökonomische Ineffizienz ebenso wie das politische und moralische Fiasko machen aus dem real existierenden den real untergehenden Sozialismus. Was da vor unseren Augen zusammenbricht, ist nicht bloß eine bestimmte Form sozialistischer Staatlichkeit, was neuerdings verharmlosend als das Ende des Stalinismus oder des bürokratisch-administrativen Typs der Macht-ausübung eingestanden wird, sondern es ist das aus inneren Ursachen heraus systembedingte Scheitern des realen Sozialismus selbst und dessen revolutionä-

näre Überwindung durch die sozialen Bewegungen der Völker in einer wachsenden Zahl von Ländern.

Wer dagegen glaubt, es hätte sich in Wahrheit bisher (noch) nicht um eine sozialistische Gesellschaftsordnung gehandelt, sondern nur um deren schuldhaft seitens ihrer Führer verursachte Deformation, verfällt in neue Irrtümer. Zwar pervertierten die Mißwirtschaft, das Privilegienwesen, der Überwachungsstaat und viele andere Erscheinungen politischer Barbarei, sozialer Ungleichheit und kultureller Verödung die alte humanistische Vision von einer Gesellschaft der Gleichen und Friedfertigen geradezu in ihr Gegenteil —, aber es wäre entweder eine naive Selbsttäuschung oder von neuem die unverantwortliche Verbreitung einer Illusion, so zu tun, als hätte es den wirklichen Sozialismus nicht gegeben, und als würde ausgerechnet jetzt die Chance heraufdämmern, ihn demokratisch in den betreffenden Staaten in Szene zu setzen. Der reale Sozialismus erlebt nicht eine Umbruchkrise, aus der er auf einem „dritten Wege“ erneuert hervorgehen könnte, sondern nach langen Jahren seines kontinuierlichen Niedergangs eine Revolution, die seinen Untergang besiegelt.

Das mag für überzeugte Marxisten — darunter gerade auch für Sozialwissenschaftler dieser Observanz — mehr als schmerzlich sein, an der Tatsache selbst ändert es nichts. Da hilft kein Jammern und kein Klagen, auch keine Selbst- oder Fremdbezichtigung, sondern nur das rückhaltlose Eingeständnis der Wahrheit. Zugegeben: Zeiten der Revolution sind, wie könnte es anders sein, Momente großer Irritationen. Aber gerade in solchen Augenblicken, erscheint es als die Aufgabe, ja, als die Pflicht analytisch geschulter Sozialwissenschaftler, zu ergründen, wie die Strukturen der Gesellschaft, deren dramatischen Wandel sie miterleben, vielleicht sogar mitbewirkt haben könnten, im Kern eigentlich beschaffen waren (oder es noch sind) und wohin die ganze Entwicklung zu treiben scheint. Mancher wird sich zwingen müssen, an die Stelle von Wunschdenken „Trauerarbeit“ zu setzen. Sich aber theoretische Klarheit über die jetzt verfallenden sozialen Grundstrukturen des Realsozialismus zu verschaffen, ist mehr als eine wissenschaftlich wie moralisch gleichermaßen notwendige Katharsis. Es

<sup>1)</sup> Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1980<sup>2</sup>, S. 836.



ist der einmal mehr fällige Beitrag — zumindest der Soziologie —, die Welt entzaubern zu helfen. Die praktische Aktion, deren Zeitzeugen wir sind und an der wir nach Kräften teilhaben mögen, sollte uns

demzufolge von der theoretischen Reflexion über das gesellschaftlich Grundlegende nicht abhalten. Im Gegenteil, sie bedarf ihrer heute mehr denn je.

## II. Innenansichten: Zur Anatomie der sozialistischen Gesellschaften

An Versuchen, die tatsächliche Sozialstruktur realsozialistischer Gesellschaften zu entschlüsseln, hat es auch in der Vergangenheit nicht gefehlt. Allein, wenn man sich hier, schon aus Platzgründen, auf einige typische Konzepte beschränkt, die in mehr oder weniger systemkritischer Absicht in den sozialistischen Ländern selbst zur Analyse des Gesellschaftsaufbaus entstanden sind, kommt man schon auf eine Reihe von unterschiedlichen theoretischen Ansätzen. Ohne daß ihr Analysepotential im einzelnen untersucht werden kann, lassen sich an dieser Stelle prinzipiell drei theoretische Stränge zur Erklärung der Sozialstruktur im Sozialismus unterscheiden: Schichtenmodelle, Elite- und Kastenkonzeptionen sowie Klassenanalysen.

### 1. Schichtenmodelle

Schichtenkonzepte, die den Gesellschaftsaufbau im Sozialismus eher beschreiben als erklären, stellen die ältesten und wohl auch die verbreitetsten Versuche dar, eine soziologische Grundfigur für die vorfindliche soziale Stratifikation zu finden. Als ihr unzweifelhaftes Verdienst kann gelten, daß durch sie die soziale, teils auch die politische Ungleichheit aufgedeckt wurde in einer Gesellschaft, deren erklärtes Ziel das genaue Gegenteil war. Demzufolge enthielten sie — sieht man von den wissenschaftlich indiskutablen apologetischen Behauptungen, an denen es freilich keinen Mangel gab, einmal ab — in der Regel auch gesellschaftskritische Momente.

Die mit der Feststellung einer sozialen und politischen Machthierarchie verbundenen frühen Schichtkonzepte aus der jungen Sowjetunion, dem ersten realsozialistischen Staat auf der Welt, entstammten im wesentlichen dem Trotzismus. Mit heftiger, aus der Enttäuschung resultierender Kritik, ja, mit immer stärkeren Angriffen auf die bürokratische Oberschicht, die die sozialistische Revolution verraten zu haben schien und nun ihr Eigeninteresse verfolgte, wurde demzufolge in diesen frühen Schichtkonzepten nicht gespart. Dabei herrschte die Überzeugung vor, daß es sich im ganzen nur um eine Übergangserscheinung handelte, die in einem reifen Stadium des Sozialismus wieder rückgängig gemacht werden könnte. Zu denken gab jedoch auch den trotzkistischen Systemkritikern schon der Umstand, daß die herrschende Schicht

innerhalb der bürokratischen Apparate sich offenkundig immer stärker zu etablieren vermochte und vor allem zahlenmäßig immer mehr anwuchs.

Der Politökonom Ernest Mandel, der diese herrschende Schicht allein in der Sowjetunion auf mehrere Millionen Angehörige schätzte, schrieb: „Mir scheint, die richtige Definition der Bürokratie ist die einer sozialen Schicht, die all diejenigen umfaßt, die Verwaltungs-(Leistungs-)Funktionen in irgendeinem Sektor der sowjetischen Gesellschaft ausüben: Wirtschaft, Staat, Armee, Wissenschaft, Kunst usw. All diese Leute sind materiell privilegiert. Ihre Zahl ist viel größer als die einer kleinen ‚Elite‘. Sie umfaßt wahrscheinlich mehrere Millionen Menschen. Diese Gruppe hat die Kontrolle und die Verwaltung des gesellschaftlichen Mehrprodukts in ihrer Hand. Sie hat ein Monopol der Macht auf jeder Ebene der Gesellschaft. Sie schließt die Masse der Arbeiter, der produzierenden Bauernschaft und einen großen Teil der Intelligenz von der direkten Teilnahme an Entscheidungen aus, zumindest auf der Ebene der Macht. In marxistischer Terminologie und im breiten (‚makrogesellschaftlichen‘ und nicht nur ‚mikroökonomischen‘) Sinn des Wortes, spiegelt sie die Arbeitsteilung zwischen Produktion und Akkumulation wider.“<sup>2)</sup>

Seitdem hat es eine ganze Reihe von kritischen Untersuchungen und theoretischen Vorschlägen zur Schichtengliederung der sozialistischen Gesellschaften gegeben, die — mit wenigen Ausnahmen — vor allem auf das Bürokratiaphänomen abhoben und somit auf die Genesis, die soziale Stellung und die Funktionen der herrschenden Oberschicht konzentriert erscheinen. Sie aufzuzählen und außerdem einer kritischen Würdigung zu unterziehen, würde hier zu weit führen. Das Wesentliche an ihnen bleibt die Enthüllung, daß es anstelle der gepredigten revolutionären Macht des Volkes in Wirklichkeit zur Herrschaft einer bestimmten Minderheit, die dem Wesen nach als bürokratische Schicht dargestellt wird, über die arbeitenden Klassen gekommen ist. In einigen Konzepten wird sie auch selbst schon als Keimzelle einer sich bildenden Klasse, die die ökonomische und politische Macht zu usurpieren imstande ist, apostrophiert.

<sup>2)</sup> Ernest Mandel, Zur politischen Ökonomie in der UdSSR, in: Die Internationale, (1975)6, S. 29.



Von den Vertretern der offiziellen Parteiphilosophie und -soziologie wurden diese „revisionistischen“ Auffassungen nicht nur massiv zurückgewiesen und ihre Vertreter mit Schimpf und Schande überzogen, sondern auch eigene Darstellungen und Theorien verbreitet, die eine fortschreitende soziale Homogenisierung unter den angeblich „befreundeten“ Klassen und Schichten der sozialistischen Gesellschaft behaupteten und zugleich das zentrale sozialstrukturelle Phänomen bürokratischer Herrschaft kurzerhand ausparten<sup>3)</sup>.

Von dieser Art plumper „Sozialismuspropaganda“, die mit der Wirklichkeit so gut wie gar nichts mehr zu tun hatte, positiv abgehoben zu werden verdienen Schichtkonzepte, die zwar als marxistisch deklariert, dem Typ nach aber im allgemeinen strukturfunktionalistisch angelegt sind. In ihnen wird die hierarchische Schichtung im Prinzip nicht geleugnet, wohl aber als leistungsgerechte Ungleichheit gerechtfertigt. Sie wird zugleich als notwendiger sozialer Unterschied bagatellisiert, ohne daß das Problem der Herrschaft angegangen wird. Folgerichtig bleibt die Forschung auf die Mittel- und Unterschichten beschränkt, so daß ein kurioses Gegenstück zu den revisionistischen Analysen entsteht, die sich ebenso ausschließlich den bürokratischen Oberschichten widmeten.

Ein typischer Vertreter des „Struktur-Funktions-Paradigmas“ in der sozialistischen Stratifikationsforschung ist der DDR-Soziologe Manfred Lötsch, dem es in seinen bisherigen Arbeiten bevorzugt um das Ziel einer größeren Effizienz des Sozialismus und dementsprechend um eine Statuserhöhung der Intelligenz zu gehen schien. Ein Schichtungsmodell der realsozialistischen Gesellschaft im ganzen wurde hier auch niemals vorgetragen. Abstrakt argumentierte Lötsch wie folgt: „Damit eine Strukturanalyse, die nicht in bloßer Deskription versanden will, sinnvoll wird, müssen übergreifende Fragen gestellt und beantwortet werden: Strukturen erfüllen — als Moment von Kontinuität — Funktionen der Systemstabilisierung, und sie wirken — als Moment von Wandel — als Faktoren von Entwicklung. Hinter all dem verbirgt sich letztlich das Problem des Fortschritts, d. h. die Frage, wie Strukturen und strukturelle Entwicklungen mit den dominierenden Werten und Fortschrittsvorstellungen einer gegebenen Gesellschaft zusammenhängen.“<sup>4)</sup> Das Schlüsselwort heißt nach

Lötsch „Zielkriterien“, die offenbar als vorgegeben betrachtet werden. Von wem eigentlich?

Aus der verbitterten marxistischen Kritik an der politischen und sozialen Ungleichheit in den frühen Jahren ihrer Entstehung unter der bürokratischen Herrschaft in der Sowjetunion wurde im Spätsozialismus die Legitimation einer systemstabilisierenden Entwicklung zwecks Machtsteigerung. Nur wer weiß, wie schwierig es war, empirisch gehaltvolle Sozialstrukturforschung in den meisten sozialistischen Ländern, wenigstens auf die werktätigen Schichten begrenzt, betreiben zu können, wird diesen Anpassungsprozeß einigermaßen verstehen. Der Materialreichtum der empirischen Erhebungen, die unter solchen Voraussetzungen zustande kamen, müßte jetzt erst noch kritisch erschlossen werden.

Eine positive Ausnahme bildeten indes Ungarn und Polen, wo seit Jahren schon sowohl mit systemkritischer Bürokratieforschung als auch mit modernen Stratifikationsmodellen die schichtspezifischen Ungleichheiten auf der ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Dimension untersucht worden sind<sup>5)</sup>.

Der bemerkenswerteste systemkritische Versuch der „Anatomie des real existierenden Sozialismus“ aus der DDR entstammt der Feder von Rudolf Bahro und brachte ihm prompt Jahre der politischen Verfolgung ein, eine Haftstrafe eingeschlossen. In seinem im März 1990 endlich auch in seiner Heimat veröffentlichten Buch „Die Alternative“ legte er ein Schichtungsmodell für die „protosozialistischen Industriegesellschaften“ dar, bei dem als die erklärende Variable die hierarchische gesellschaftliche Arbeitsteilung gewählt und, darauf basierend, die „Pyramidengestalt, zu der sich der gesellschaftliche Gesamtarbeiter im arbeitsteiligen Produktions- und Leitungsprozeß organisiert“<sup>6)</sup>, zu erklären versucht wurde. Für Bahro wie für viele andere Stratifikationstheoretiker, die sich mit sozialistischen Gesellschaften befaßten, reichte die Beschreibung der dortigen Wirklichkeit nach den traditionellen Kriterien der Klassenstruktur nicht mehr aus. Er schlug, auf die Wirtschaft beschränkt, ein vereinfachtes Modell der Differenzierung nach Bildungsgraden, Leitungsebenen, Funktionen des Reproduktionsprozesses und Zweigen der Arbeitsteilung vor. Dabei wurden die sozialen Gruppen der Ungerlernten, Angelernten, Facharbeiter, Spe-

<sup>3)</sup> Vgl. Michail Rutkewitsch/Friedrich Filippow, Klassen und Schichten in der Sowjetunion, Berlin (DDR) 1979.

<sup>4)</sup> Manfred Lötsch, Sozialstruktur der DDR — Kontinuität und Wandel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32/88, S. 13.

<sup>5)</sup> Vgl. András Hegedüs, Sozialismus und Bürokratie, Reinbek bei Hamburg 1981; ferner vgl. Tamás Kolosi/Edmund Wnuk-Lipinski, Equality and Inequality under Socialism. Poland and Hungary compared. SAGE Studies in International Sociology 29, Beverly Hills—London 1983.

<sup>6)</sup> Rudolf Bahro, Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln—Frankfurt 1977, S. 192 ff.



zialisten, Fachschulkader und Hochschulkader unterschieden, die sich auf die Unterfunktionen des wirtschaftlichen Reproduktionsprozesses (Hilfsarbeiten, Produktionsgrundprozesse, Produktionshilfsprozesse, Produktionsvorbereitung einschließlich Forschung und Entwicklung) sowie auf die Leitungsfunktionen in den Wirtschaftseinheiten verteilen<sup>7)</sup>. Bei diesem Schema kommen die Machtverhältnisse nur in Form der angedeuteten ökonomischen Leitungs- und Stabsfunktionen zum Vorschein.

Abschließend kommt Bahro aber wieder auf die Herrschaft im Sozialismus zu sprechen. An der Spitze stehe eine „große Gruppe von Menschen mit ausgeprägtem Sonderinteresse, die sich um den Stamm, die Äste und die Zweige des Machtapparates kristallisiert hat“ und deren gewissermaßen natürliche politische Existenzform der Bürokratismus sei. Diese Gruppe umfasse im wesentlichen die hauptamtliche Besetzung der gesamten politischen, staatlichen und „gesellschaftlichen“ Leitungs- und Verwaltungsfunktionen einschließlich der militärischen, polizeilichen und ideologischen Zweige, also eben die ausgehende Partei-, Staats- und höhere Wirtschaftsbeamtenfunktion im weitesten Sinne<sup>8)</sup>.

Bahros Schichtkonzept stellt die bisher wohl gelungenste stratifikatorische Systemkritik am Realsozialismus dar, weil es bei der Anatomie des Gesellschaftsaufbaus die beiden dominanten Erklärungsvariablen „hierarchische gesellschaftliche Arbeitsteilung“ einerseits und „bürokratische Herrschaft“ andererseits vereinigt und auf diese Weise zu einer aufschlußreichen Analyse gelangt.

## 2. Kasten- und Elitenkonzepte

Die sozialistische Bürokratie wurde schon relativ frühzeitig als eine vom Volk sich immer weiter entfernende selbständige Schicht namhaft gemacht. Sie wurde bisweilen als eine isolierte Kaste angesehen. René Ahlberg weist in seiner Studie über die verschiedenen Typen sozialistischer Bürokratie und die Deutungsschemata realsozialistischer Gesellschaften sehr zu recht darauf hin, daß die besonders von den sowjetischen Trotzkisten bevorzugte Kastenkonzeption im Gegensatz zu einer möglichen Verwendung auch des Klassenbegriffs sich zwanglos mit den traditionellen Vorstellungen über Abkapselungsbestrebungen in der Bürokratie verbinden ließ und die herrschende Oberschicht einem konkreten soziologischen Typus der sozialen Abspaltung zuordnete, ohne daß die Vision einer egalitären Gesellschaft aufgegeben werden mußte<sup>9)</sup>.

<sup>7)</sup> Vgl. ebd.

<sup>8)</sup> Vgl. ebd., S. 284.

<sup>9)</sup> Vgl. René Ahlberg, *Sozialismus zwischen Ideologie und Wirklichkeit*, Stuttgart u. a. 1979, S. 23.

Anders als der eindeutige Begriff der Klassenherrschaft im Marxismus läßt die vage Annahme einer nur separaten Kaste es zu, von einer nur vorübergehenden Deformation des Sozialismus auszugehen und die spätere Aufhebung dieser Art von sozialer Segregation ins Auge zu fassen. Leo Trotzki selbst war sehr bemüht, Argumente zu entkräften, nach denen die sozialistische Bürokratie sich dauerhaft in eine herrschende Klasse verwandeln könnte und sprach von ihr als einer bonapartistischen Kaste. Am Ende aber schien er doch noch zu begreifen, daß sie ihre Herrschaft auf der Verfügung über das staatliche Eigentum aufrichten könnte. In einem seiner letzten Artikel dämmerte ihm unter dem Eindruck einer internationalen Diskussion die Erkenntnis, daß die Machtstellung der sowjetischen Bürokratie keine kurzfristige soziale Konstellation, sondern womöglich ein dauerhaftes historisches Phänomen sein könnte. Er notierte: „Wenn das bonapartistische Gesindel eine Klasse ist, dann bedeutet das, daß es keine Fehlgeburt, sondern ein lebensfähiges Kind der Geschichte ist. Wenn seine marodierende und parasitäre ‚Ausbeutung‘ wirklich Ausbeutung im wissenschaftlichen Sinne des Wortes ist, so hat die Bürokratie als herrschende Klasse eine historische Zukunft vor sich, die für das Wirtschaftssystem unerlässlich ist.“<sup>10)</sup>

Die Unerläßlichkeit von speziellen Machtgruppen für das Funktionieren des sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems wird auch in der Regel in Elitenkonzepten vorausgesetzt. Zum Unterschied jedoch von der negativ besetzten Kastenvorstellung hat das Eingeständnis, daß es auch im Sozialismus eine Machtelite gebe, eher einen positiven Unterton. Nicht daß ihre Existenz gefeiert wird, aber deren Notwendigkeit wird — zumindest indirekt — in diesen Konzepten hingenommen.

Als Beispiel kann Włodzimierz Wesolowski Arbeit über die Klassen-, Schicht- und Machtverhältnisse dienen, in der er die kapitalistische und sozialistische Gesellschaft verglich und zu dem Schluß gelangte, daß in beiden Systemen die direkte Regierungsgewalt durch eine spezialisierte Gruppe von Menschen ausgeübt werde — die „Powereliten“<sup>11)</sup>. In dieser theoretischen Untersuchung aus den sechziger Jahren, die damals an theoretischer Tiefe ihresgleichen in den sozialistischen Ländern suchte, schob der Autor immerhin seine These soweit vor, daß die Arbeiterklasse nur noch in der Retrospektive als herrschende Klasse gelten könnte<sup>12)</sup>. Trotzdem erhoffte er sich damals noch — wie viele mar-

<sup>10)</sup> Leo Trotzki, *Eščo raz o prirode SSR*, zitiert nach: R. Ahlberg (Anm. 9), S. 27.

<sup>11)</sup> Vgl. Włodzimierz Wesolowski, *Classes, Strata and Power*, London 1979, S. 119 ff.

<sup>12)</sup> Vgl. ebd., S. 122.



xistische Sozialstrukturforscher mit ihm —, daß eine Dekomposition jeglicher Klassenherrschaft in der sozialistischen Gesellschaft zukünftig möglich sein würde. Diese Hoffnung ist auch in den Konzepten anwesend, in denen angenommen wird, daß nicht die Arbeiterklasse, sondern ihr Gegenpart in Gestalt einer „neuen Klasse“ im Sozialismus zur Herrschaft gelangt sei.

### 3. Klassentheorie

Schockiert durch den Sachverhalt, daß in Wahrheit nicht die Mehrheit über die Minderheit in der realsozialistischen Gesellschaft herrscht, sondern genau umgekehrt, griffen in der marxistischen Tradition stehende Theoretiker alsbald auch auf das Theorem von der Klassenherrschaft zurück. Die Konzeptualisierung des verblüffenden Phänomens schien zu gelingen, wenn man die Entstehung einer „neuen Klasse“ und deren systematisch ausgebaute Macht mit Hilfe des sozialistischen Staates ins Auge faßte. Dies geschah 1930 in einem Dokument, das Christian Rakovskij, der erste Vorsitzende der ukrainischen Sowjetregierung, mit drei weiteren Autoren verfaßte. In ihm hieß es: „Nach unserer Auffassung hat sich eine umfangreiche herrschende Klasse herausgebildet, die eine differenzierte Struktur besitzt und sich mit Methoden der Kooptation, durch direkte und indirekte Ernennungen (mit dem bürokratischen Mittel der Beförderung oder mit fiktiven Wahlen) ergänzt und erweitert. Das konstitutive Merkmal dieser eigenartigen Klasse besteht in der besonderen Form des Privateigentums, im Besitz des Staatsapparates.“<sup>13)</sup>

Die frappierenden Analysen von Rakovskij und seinen Mitstreitern stießen damals auf Widerspruch, besonders auf Seiten Trotzki und seiner Anhänger, die ihr Konzept von einem nur zeitweiligen Übergangsregime zu verteidigen suchten. Nahezu sechs Jahrzehnte später jedoch erlebt gerade jetzt das Konzept von der Existenz einer bürokratischen Klasse, die sich erneut die sozialistische Gesellschaft unterworfen habe, in der sowjetischen Soziologie eine Neuauflage<sup>14)</sup>.

So neu allerdings war selbst im Jahr 1930 die Vorstellung, eine neue Klasse könnte im Sozialismus alle Macht an sich reißen, nun auch wieder nicht. Sie läßt sich bis auf Michail Bakunin zurückverfolgen, der Marx wegen dessen intellektuellen Staatssozialismus angriff und befürchtete, daß dann eine

äußerst komplexe Herrschaft die Massen nicht nur politisch regieren und verwalten könnte, sondern auch ökonomisch. Für diesen Fall sah er ein höchst aristokratisches, despotisches, arrogantes und verachtungsvolles Regime voraus<sup>15)</sup>.

Konzeptionell eindringlich wurde die Theorie von der Existenz einer „neuen Klasse“ an der Macht in der sozialistischen Gesellschaft in den fünfziger Jahren in dem gleichnamigen Buch von Milovan Djilas durchgeführt. Nach der Auffassung des ehemaligen Generalsekretärs des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, der wegen seiner vernichtenden Insiderkritik des sozialistischen Herrschaftssystems zu sechs Jahren Haft verurteilt wurde, ist die neue Klasse eine berufsmäßige Parteibürokratie, die totalitär die Wirtschaft und die Gesellschaft beherrsche und den Staatsapparat als Deckmantel und Werkzeug benutzt<sup>16)</sup>: „Im Gegensatz zu früheren Revolutionen hat die kommunistische Revolution, die im Namen der Beseitigung aller Klassen gemacht worden ist, zur totalen Herrschaft einer neuen Klasse geführt. Alles andere ist Betrug und Täuschung“<sup>17)</sup>, so urteilt Djilas, um dann — fast prophetisch — fortzufahren:

„Historisch gesehen ist die neue Klasse gezwungen, ihre Macht und ihren Besitz immer mehr zu befestigen, wenn sie sich dabei auch immer weiter von der Wahrheit entfernt. Sie muß ununterbrochen demonstrieren, wie erfolgreich sie darin ist, eine Gesellschaft von glücklichen Menschen zu schaffen, die alle die gleichen Rechte genießen und von jeder Art Ausbeutung befreit worden sind. Die neue Klasse kann nicht verhindern, daß sie sich in immer tiefere innere Widersprüche verwickelt; denn wegen ihres historischen Ursprungs kann sie ihren Besitz nicht gesetzlich verankern, und sie kann auf ihren Besitz nicht verzichten, ohne sich selbst das Grab zu schaufeln. So muß sie den Versuch machen, ihre wachsende Macht zu rechtfertigen, indem sie abstrakte und unwirkliche Ziele vorschützt.“

Dies ist eine Klasse, deren Macht über die Menschen die vollständigste ist, welche die Geschichte kennt. Aus diesem Grund ist sie eine Klasse mit sehr beschränkten Ansichten und Perspektiven, die unsicher und falsch sind. Isoliert und im Besitz der vollständigen Macht, muß die neue Klasse ihre eigene Rolle und die der Welt, die sie umgibt, unrealistisch einschätzen.“<sup>18)</sup>

<sup>13)</sup> Christian Rakovskij et al., *Obraščenie opozicii . . .*, zitiert nach: R. Ahlberg (Anm. 9), S. 31.

<sup>14)</sup> Vgl. Autorenkollektiv, *Das Phänomen Stalin*, Moskau 1989 (russ.). Vgl. Alexander Butenko, *Politische Macht und Machtkampf im Sozialismus*, in: *Voprosi Filosofii*, (1989) 3, S. 121 ff. (russ.).

<sup>15)</sup> Vgl. Michail Bakunin, *Marx, the Bismarck of Socialism*, in: Leonhard Krimmerman/Lewis Perry (eds.), *Patterns of Anarchy*, Garden City 1966, S. 80 ff.

<sup>16)</sup> Vgl. Milovan Djilas, *Die neue Klasse*, München 1963, S. 47.

<sup>17)</sup> Ebd., S. 48.

<sup>18)</sup> Ebd., S. 81 f.



Eine weitere Version vom Aufstieg einer „neuen Klasse“ wurde von dem ungarischen Philosophen György Konrad und dem Soziologen Ivan Szeleny in ihrem 1978 im Exil erschienenen Buch „Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht“ entwickelt. Allein das Manuskript hatte gereicht, um die beiden Wissenschaftler wegen ihrer brisanten Idee aus dem Lande zu treiben. Die Autoren argumentierten, daß es nun die Intelligenz in Osteuropa kraft ihres Monopols über das technologische Wissen sei, die einen Anteil an der Klassenherrschaft der Bürokratie einfordere und im Begriff sei, ihn auch zu bekommen<sup>19)</sup>. In einem neueren Aufsatz räumt Ivan Szeleny jedoch ein, daß sie den Zugang der Intelligenz zur Klassenmacht in sozialistischen Gesellschaften sowjetischen Typs in der poststalinistischen Ära überschätzt hätten. Die Bürokratie heute unter Gorbatschow könnte allerdings eher – wenn auch widerstrebend – bereit sein, die Macht mit einer technologischen Intelligenz zu teilen<sup>20)</sup>.

Theorien der neuen Klasse im Sozialismus sind nicht unproblematisch. Ihr Mangel ist es, daß sie – fast ohne Ausnahme – nur auf die Herrschaft der Bürokratie in der realsozialistischen Gesellschaft abzielen, ohne die vielschichtige Sozialstruktur im ganzen mit ihren Widersprüchen in einem konsistenten Modell abbilden zu können. Dies aber wäre für eine wirkliche Klassenanalyse der gesellschaftlichen Beziehungen unerlässlich. Erst dann könnte auch eine Antwort auf die Frage gefunden werden, ob die Bürokratie überhaupt als soziale Klasse angesehen werden kann. Ja, noch mehr: Die entscheidenden Voraussetzungen, von denen alle diese Konzepte ausgehen, müssen selbst in Zweifel gezogen werden. Handelt es sich denn tatsächlich im Falle des Realsozialismus um eine Klassengesellschaft? Und kann denn von einer Bürokratie im Sinne eines rationalen Herrschaftstyps überhaupt die Rede sein? Die Implikation also, daß es sich überhaupt um eine moderne Gesellschaft handle, wäre demnach noch zu hinterfragen.

### III. Theoretische Skizze: Die realsozialistische Ständeordnung

#### 1. Ihre Entstehung

In allen bisherigen Konzeptionen der sozialistischen Gesellschaftsstruktur, sofern sie vor allem von Theoretikern aus diesen Gesellschaften selbst stammen, wird – auch wenn diese kritisch sind – unterstellt, daß es sich beim Sozialismus um eine revolutionäre oder postrevolutionäre Gesellschaftsform handele, die eine höhere Stufe in der Evolution gegenüber dem alten Kapitalismus darstelle<sup>21)</sup>. Genau dies aber ist der Punkt, wo grundlegende Zweifel angemeldet werden müssen.

Im Gegensatz nämlich zu Marx' Prophezeiung, die sozialistische Revolution werde in den hochentwickelten kapitalistischen Industrieländern des Westens ausbrechen, weil diese Gesellschaften an ihrer Überproduktion und ihrem Überfluß zugrunde zu gehen bestimmt wären, kam es zu den Umwälzungen überraschenderweise in den armen und rückständigen Agrargesellschaften des Ostens, in Rußland zumal und später in China. Abgesehen von den Sozialverhältnissen in wenigen Zentren besaßen diese Gesellschaften keine moderne Klassenstruktur. Von hier aus war es der sozialistischen Revolu-

tion demnach auch gar nicht möglich, den ebenfalls prophezeiten Siegeszug des Proletariats um die Welt anzutreten und den entwickelten Kapitalismus zu überwinden.

Statt dessen wurde in den noch halbfeudalen Staaten selbst, in denen die Revolution am Ende siegte, unter der Führung der zur Herrschaft gekommenen kommunistischen Parteien der Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung in Angriff genommen. Was dabei herauskam, war nach blutigen sozialen Konflikten dann in der Tat keine Klassengesellschaft. Mit allen Mitteln, zeitweilig sogar mit Massenterror, wurde die Entfaltung einer modernen industriellen Gesellschaft und Kultur nach westlichem Vorbild verhindert. So entstand schließlich eine klassenlose Gesellschaft. Was sie aber auszeichnete, war keineswegs eine fortschrittliche, egalitäre Solidargemeinschaft, wie sie ständig propagiert wurde, sondern eine sorgfältig abgestufte konservative Ständeordnung mit allen für einen solchen Gesellschaftstyp charakteristischen Merkmalen krasser sozialer, kultureller und rechtlicher Ungleichheit, wirtschaftlicher Unterentwicklung und obrigkeitstaatlicher politischer Machtausübung. Indem der Entwicklungspfad zu einer marktwirtschaftlich verfaßten kapitalistischen Klassen- und Schichtengesellschaft gewaltsam unterbunden wurde, gebar die Revolution eine alternative Gesellschaftsform: die bürokratisch verfaßte, sozialistische Ständegesellschaft.

<sup>19)</sup> Vgl. György Konrad/Ivan Szeleny, Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht, Frankfurt/M. 1978.

<sup>20)</sup> Vgl. Ivan Szeleny/Bill Martin, The three waves of New theories, in: Theory and Society, 17 (1988), S. 645–667.

<sup>21)</sup> Auch die linksradikale Kritik am staatskapitalistischen Realsozialismus geht prinzipiell von einer derartigen Vorstellung aus.



Der ohnehin in den kommunistischen Parteien „neuen Typs“ unumschränkt regierenden Oligarchie gelang es, nach der Machtergreifung innerhalb kurzer Zeit alle Staatsmacht zu usurpieren und zu monopolisieren und auch die Wirtschaft mit Hilfe der Planbürokratie allmählich vollständig unter ihre Verfügungsgewalt zu bringen, als ob es ihr Gruppen- oder gar Privateigentum wäre. Die ganze Gesellschaft wurde nach feudalem Muster organisiert: abgeschlossen nach außen und in sich stratifiziert in Form gegeneinander abgeschotteter Sozialgebilde, im wesentlichen ständischer Natur, das Ganze überzogen mit einer allgewaltigen bürokratisch-militärischen Diktatur.

Nicht Karl Marx, sondern Max Weber hatte einen solchen Entwicklungsgang in Betracht gezogen. Er schrieb über dieses „Gehäuse“ der Hörigkeit noch im Revolutionsjahr 1917: „Und dieses Gehäuse, welches unsere ahnungslosen Literaten preisen, ergänzt durch die Fesselung jedes Einzelnen an den Betrieb (Anfänge dazu: in den sogenannten ‚Wohlfahrtseinrichtungen‘), an die Klasse (durch zunehmende Festigkeit der Besitzgliederung) und vielleicht einmal künftig an den Beruf (durch ‚leiturgische‘ staatliche Bedarfsdeckung, das heißt: Belastung berufsgegliederter Verbände mit Staatsaufgaben), würde nur um so unzerbrechlicher, wenn dann etwa auf sozialem Gebiet, wie in den Frontstaaten der Vergangenheit, eine ‚ständische‘ Organisation der Beherrschten der Bürokratie angegliedert (und das heißt in Wahrheit: ihr untergeordnet) würde. Eine ‚organische‘, das heißt eine orientalisches-ägyptische Gesellschaftsgliederung, aber im Gegensatz zu dieser: so streng rational, wie eine Maschine es ist, würde dann heraufdämmern. Wer wollte leugnen, daß derartiges als eine Möglichkeit im Schoße der Zukunft liegt?“<sup>22)</sup>

Der Weg in die Ständeordnung in Sowjetrußland und später in China war kein historischer Zufall oder eine Fehlentwicklung. Das Abgleiten in diese Art von sozialistischen Verhältnissen mit einem neofeudalen Charakter entsprach dem tatsächlichen Stand ihrer unentwickelten Produktivkräfte und demzufolge ihrer begrenzten sozialen Problemlösungskapazitäten. Nach dem Sieg der Antihitlerkoalition im Zweiten Weltkrieg wurde dieser Gesellschaftstyp mit dem Vorrücken der sowjetischen Armee, d. h. mit militärischer Gewalt, einigen industriell schon fortgeschrittenen, aber im Krieg unterlegenen modernen Klassengesellschaften Mitteleuropas oktroyiert. Sie wurden damit in ihrer Entwicklung zurückgeworfen, ohne daß durch die gewaltsame Sowjetisierung alles bislang auf dem Bo-

den ihrer industriellen Zivilisation schon Erreichte ausgemerzt wurde. Dennoch verschaffte sich, wie überall in den sozialistischen Staaten, auch bei ihnen zunehmend ein rückständiger politischer Herrschaftstyp mit einer angegliederten Zwangswirtschaft rücksichtslos Geltung.

Die realsozialistischen Verhältnisse entsprechen bei weitem nämlich nicht dem reinen Typus legaler bürokratischer Herrschaft gemäß den Kriterien westlicher Rationalisierung. Eher schon stellen sie einen Rückfall in traditionale Herrschaftstypen dar, bei denen sich neopatriarchale und korporatistische Strukturen und Lebensformen mischen. Es ist nicht die Expertokratie rationaler Bürokratien, sondern die Zwangsgewalt eines neuen sozialistischen Adelsstandes mit einem absolutistischen Souverän an der Spitze, die sich die ganze übrige Gesellschaft untertan macht. Befehl und Gehorsam, Herrschaft und Dienerschaft, Obrigkeit und Untertanentum, Nepotismus und Günstlingswirtschaft sind für die sozialistische Ständeordnung charakteristisch; nicht so sehr Fachauswahl und -kompetenz, rationale Entscheidung und sachbedingte Legitimität, mündiges Staatsbürgertum und politischer Interessenausgleich, womit es in der Regel moderne Bürokratien zu tun haben.

Im Sozialismus dominieren nicht die sachlichen, sondern — wie in einer Feudalordnung — die persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse. Demzufolge ist auch die sozialistische Bürokratie von einem vorrationalistischen Typ, mit graduellen Unterschieden zwischen den einzelnen Staaten. Je größer die wirtschaftliche und soziale Rückständigkeit der einzelnen Länder, desto stärker der Anteil an patriarchalen Herrschaftsformen, dessen reinste in der Tat die Despotie ist, bei der die Herrschaft wie ein gewöhnliches Vergnügen des Herrn behandelt wird; siehe beispielsweise Stalin, Mao und Ceauşescu. Je mehr indes in einzelnen Ländern, besonders in jenen in Mitteleuropa, vor ihrer Unterwerfung schon avanciertere Herrschaftsverhältnisse ausgebildet waren, desto stärker tendierten sie auch unter dem Sozialismus zu immerhin schon mehr bürokratisch-rationalisierten Ständestaaten.

Allen realsozialistischen Gesellschaften gemeinsam ist ein streng hierarchisch geordnetes Sozialsystem, bei dem nicht nur die Bürokratie ein abgesondertes Dasein führt, sondern nach dessen postrevolutionärer Konsolidierung Offenheit und Mobilität auch generell vermißt werden. Das Über- und Untereinander der sozialen Großgruppen folgt nicht — jedenfalls nicht in erster Linie — rationalen Gesetzen der Arbeitsteilung, wie vielfach angenommen worden ist, sondern hauptsächlich Machtgesichtspunkten. Demzufolge ist der pyramidische Aufbau der

<sup>22)</sup> M. Weber (Anm. 1), S. 835 f.



realsozialistischen Gesellschaften nach Kriterien zu erklären, die für traditionale Ständeordnungen und nicht für moderne Klassen- und Schichtstrukturen gelten.

## 2. Ihre soziale Struktur

Die realsozialistischen Gesellschaften sind in vielfacher Hinsicht sozial stratifiziert (gewesen), ihre dominante Gliederung jedoch ist eine nach ständischen Lagen mit der entscheidenden politischen Demarkationslinie zwischen den Herrschenden und den Beherrschten. Die hierarchische sozialistische Ständeordnung ist vorwiegend „durch die ständische Appropriation von politischen und hierokratischen Herrengewalten als Monopole (politische bzw. hierokratische Stände)“<sup>23</sup>) im Gefolge der Revolution und des Aufbaus der gewaltigen Machtapparate in den Händen der kommunistischen Parteioligarchen entstanden. Auf die übereinander geschichteten ständischen Lagen in den realsozialistischen Gesellschaften trifft auch genau das zu, was Max Weber zu ihrer Charakterisierung allgemein anführte: die positive oder negative Privilegierung in der sozialen Schätzung, begründet auf der Lebensführungsart, der formalen Erziehungsweise und dem Abstammungs- oder Berufsprestige und deren praktischer Ausdruck in der monopolistischen Appropriation von privilegierten Erwerbchancen oder Perhorreszierung bestimmter Erwerbsarten<sup>24</sup>). Stände und Klassen vergleichend, kam Weber zu dem Schluß: „Jede ständische Gesellschaft ist konventionell, durch Regeln der Lebensführung, geordnet, schafft daher ökonomische irrationale Konsensbedingungen und hindert auf diese Art durch monopolistische Appropriationen und durch Ausschaltung der freien Verfügung über die Erwerbsfähigkeit die freie Marktbildung.“<sup>25</sup>) Wie eigentlich hätte man zutreffender die Insuffizienz des Wirtschaftens sowie die Starrheit des dementsprechenden Erziehungs- und Beschäftigungssystems und die eingeschachtelten schichtenspezifischen Lebensweisen, Ausbildungsgänge, Berufskarrieren und Verkehrskreise der sozialistischen Sozialordnung vorwegnehmen können!

Die realsozialistischen Gesellschaften lassen sich sozialstrukturell demzufolge wesentlich besser aufgrund „ständischer“ Merkmale als nach den gewöhnlichen Kriterien der Schichtenkonzepte (Einkommen bzw. Vermögen, Beruf, Bildung, Ansehen etc.) und erst recht denen der (marxistischen) Klassentheorie erklären (Besitz/Nichtbesitz an Produktionsmitteln und darauf beruhender sozialer

Stellung). Es sind die Distribution der Macht — entsprechend einem ständischen Herrschaftstypus — und die darauf basierenden spezifischen Arten des Gütererwerbs und des Güterkonsums sowie der Lebensführung und Qualifikation (Bildung) mit all ihren positiven oder negativen sozialen „Schätzungen“, die die soziologischen Gliederungsgesichtspunkte für die gesellschaftliche Pyramide im Sozialismus bilden.

Demnach können grob, d. h. bei Vernachlässigung der inneren Schichtung und Rangabstufung, in den realsozialistischen Gesellschaften vier große Stände unterschieden werden: erstens der herrschaftliche Stand der „Nomenklatura“ mit einer Politikaste an der Spitze, zweitens der bürokratische Stand der mittleren und unteren leitenden Funktionäre in den verschiedenen Macht- und Verwaltungsapparaten, drittens eine Art Mittelstand der Intelligenz und anderer Professionen (zu dem womöglich auch die Rudimente der kleinbürgerlichen Mittelschicht sozial zugeordnet werden könnten) und schließlich als „vierter Stand“ — von den oberen deutlich abgesetzt, aber in sich, vor allem aufgrund der Arbeitsteilung weithin stark stratifiziert — das „gemeine Volk“: die Arbeiter- und Angestelltenschaft sowie die werktätige Bauernschaft. Ganz unten, sozusagen als Bodensatz dieser Gesellschaft, wurden unterschiedliche soziale Gruppen von sozial „Ausgestoßenen“ angesiedelt, z. B. Rentner, politisch Verfolgte, „kriminell Gefährdete“ und als soziale Außenseiter Abgestempelte.

Analog zu Georges Gurvitschs am Beispiel der mittelalterlichen Feudalordnung vorgenommener Einteilung in diverse Hierarchien unterschiedlicher Bedeutung (damals die Monarchie, die Kirche, die Grundherrschaft, das Militär und die Städte<sup>26</sup>) könnte man ebenfalls großflächig fünf hierarchische Säulen der sozialistischen Sozialordnung unterscheiden: den Parteiapparat, den administrativen und militärisch-polizeilichen (Staats-)Apparat, den Wirtschaftsapparat, den Wissenschaftsapparat und den ideologischen Apparat; Medien, Schule und Kulturinstitutionen dazu gerechnet. Sie beherrschen das gesamte gesellschaftliche Leben, indem sie es weitgehend verstaatlichen. Da sie jedoch jeder für sich eine gewisse Eigenständigkeit und Eigendynamik besitzen, ist ihre analytische Unterscheidung sinnvoll, obwohl mannigfaltige Verflechtungen und gegenseitige Abhängigkeiten bestehen, die auch die Zuordnung erschweren<sup>27</sup>).

<sup>26</sup>) Vgl. Georges Gurvitsch, *Determinismes Sociaux*, Paris 1955.

<sup>27</sup>) Auf die Abhängigkeitsbeziehungen unter den Apparaten kann hier nicht näher eingegangen werden. Diese Analyse verspricht jedoch weitere Einblicke in die hierarchische Struktur der feudalsozialistischen Herrschaftspyramide.

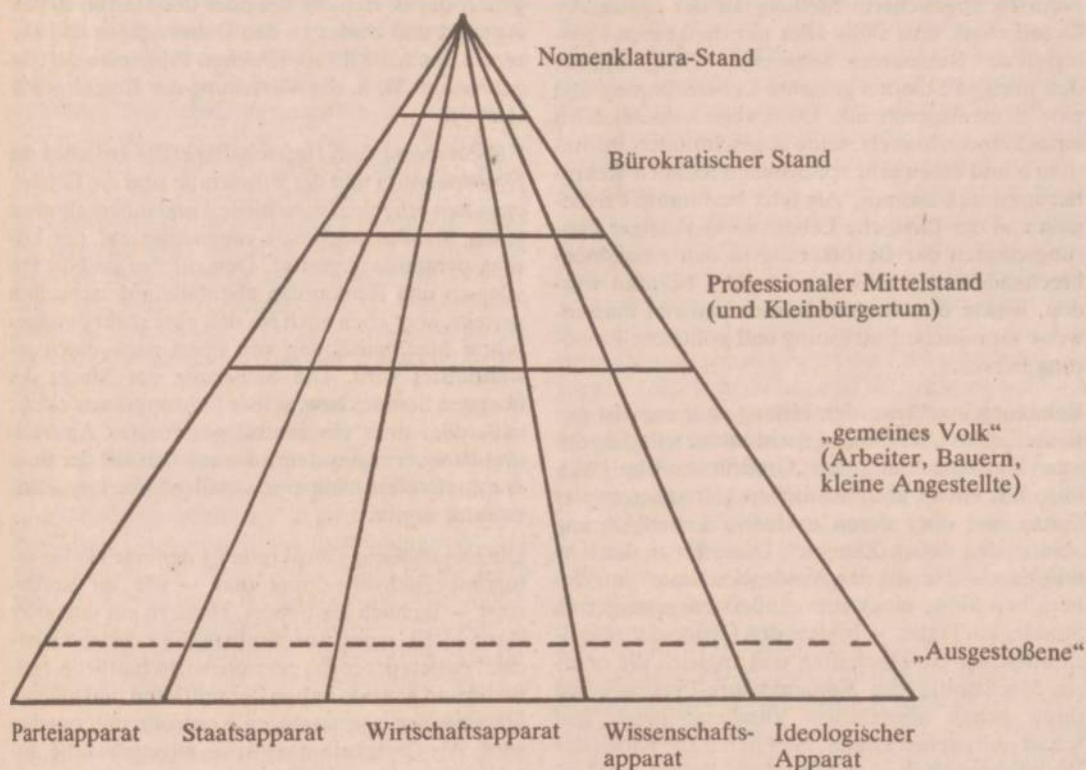
<sup>23</sup>) M. Weber (Anm. 1), S. 29.

<sup>24</sup>) Vgl. ebd., S. 179.

<sup>25</sup>) Ebd., S. 180.



Skizzenartig kann die gesellschaftliche Gliederung der sozialistischen Ständeordnung etwa wie in der folgenden Graphik umrissen werden:



a) Der herrschende Stand ist „die Nomenklatura“. Nirgends erscheint er bisher besser charakterisiert als in dem gleichnamigen Buch von Michael S. Voslensky (der allerdings auch von einer neuen Klasse spricht)<sup>28)</sup>: „In die Nomenklatura aufgenommen werden ‚Personen, die im Namen der Gesellschaft . . . die organisatorischen Funktionen in der Produktion und in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens ausüben‘“, zitiert er, um dann sogleich fortzufahren: „Die Nomenklatura ist jenes von Stalin ins Leben gerufene ‚Fürstengefolge‘, sein Apparat, der es gelernt hat, zu herrschen und während der ‚Ežovščina‘ der Leningarde die Kehlen durchgebissen hat.“<sup>29)</sup> In Vergleich zum Bürgertum, das seine Führung im gesellschaftlichen Leben auf wirtschaftlichem Gebiet ausübe und erst darauf

hin die Rechtlosigkeit des Dritten Standes abgestreift habe und an die politische Macht gelangte, verlief der Weg der Nomenklatura anders: von der Ergreifung der staatlichen Macht zur Herrschaft auch im Bereich der Wirtschaft<sup>30)</sup>. „Die politische Führung ist die wichtigste Aufgabe der Nomenklatura. In der Nomenklatura ist die gesamte Machtfülle eines realsozialistischen Landes konzentriert“<sup>31)</sup>, schreibt Voslensky. Außerordentlich treffend vergleicht er die Vasallenherrschaft der Nomenklatura mit der im Feudalismus: „Jeder Nomenklaturist hat sein ihm übertragenes Herrschaftsgebiet. Hier ist eine Ähnlichkeit des Nomenklatura-Regimes mit der Feudalherrschaft zu erkennen. Die gesamte Nomenklatura ist eine besondere Art des Lehnswesens, bei dem den Nomenklatura-Mitgliedern von den zuständigen Parteikomitees ‚Lehen‘ übertragen werden . . . Das Lehen der Nomenklatura ist die Macht.“<sup>32)</sup>

Die Nomenklatura ist eine Art sozialistischer Adelsstand, organisiert als neofeudale Pyramide

<sup>28)</sup> Michael S. Voslensky, Nomenklatura, Wien u. a. 1980, S. 170.

<sup>29)</sup> Ebd. Zum Begriff „Jeshowschtschina (Ežovščina): Nikolaj Iwanowitsch Jeshow war von September 1936 bis Dezember 1938 Leiter der berüchtigten sowjetischen Organisation für Staatssicherheit NKWD (Volkskommissariat für innere Angelegenheiten) und trug in dieser Funktion neben seinem Vorgänger Jagoda und Stalin die Hauptverantwortung für die millionenfache Auslöschung von Menschenleben in den „großen Säuberungen“ der dreißiger Jahre.

<sup>30)</sup> Vgl. ebd., S. 171.

<sup>31)</sup> Ebd.

<sup>32)</sup> Ebd., S. 172.



und im Besitz des umfassendsten Machtmonopols. Dieser Stand hat seine sozial wohldefinierte und politisch abgesicherte Stellung an der Spitze der Gesellschaft, eine Fülle aller nur denkbaren Privilegien und Ressourcen, seine eigene, sorgfältig vor den übrigen Ständen getarnte Lebensführung und eine dementsprechende Denkweise einschließlich eines Standesdünkels, seine abgeschotteten Institutionen und einen sehr spezifischen sozialen Rekrutierungsmechanismus. Als jetzt bestimmte Privilegien und der fürstliche Lebenswandel einiger Führungseliten der Bevölkerung in den zusammenbrechenden sozialistischen Ländern bekannt wurden, wirkte dies wie ein Schock und rief massenweise moralische Entrüstung und politische Empörung hervor.

Bekanntgemacht wurden bislang aber zumeist nur Einzelheiten über die unumschränkte, teils despotische Machtausübung der „Großfürsten“ im Politbüro mit einem absolutistischen Herrscher an der Spitze und über deren exklusive Lebensführung „hinter den sieben Zäunen“. Diese Kaste der Parteiführer — hier ist der Ausdruck „Kaste“ im Weberschen Sinne eines zum Äußersten gesteigerten Standes am Platze — bildete den Olymp der realsozialistischen Gesellschaften und zugleich die oberste Machtspitze der Nomenklatura-Pyramide mit ihren genau abgestuften Vasallen-Rängen und scharf umrissenen Lehen. Hier liefen alle Fäden der Willkürherrschaft über Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Kultur, Medien und Alltag zusammen, und von hier aus wurden die verschiedensten Machtapparate, allen voran der flächendeckende geheimpolitische Sicherheitsapparat, dirigiert.

b) Ohne die riesigen bürokratischen Apparate im Sozialismus könnte die Nomenklatura weder ihre Herrschaft ausüben und das Volk ausbeuten noch gelänge es ihr, ihr parasitäres Dasein zu legitimieren und ihre Interessen umfassend durchzusetzen. Es ist nämlich der Stand der mittleren und unteren leitenden Funktionäre in Partei, Staatsapparat, Wirtschaft, Wissenschaft und dem „Kulturleben“, die Bürokratie im eigentlichen Sinne, der mit dem zahlenmäßig kleinen Nomenklatura-Stand funktionell engstens zusammenhängt und als ihr ebenso willfähiges wie mit ihr die Herrschaft ausübendes Instrument fungiert. Werkzeug der Herrschaft zu sein, heißt auch an ihr teilhaben. Trotzdem ist es nicht gerechtfertigt, die sozialistische Bürokratie allein als die herrschende Klasse oder Schicht anzusehen, es sei denn, man rechnet diejenigen, die die Apparate kommandieren, und jene, die die Befehle nach unten erweitern und durchsetzen, der Einfachheit halber zusammen. Dadurch jedoch würden signifikante strukturelle Unterschiede der sozialistischen Ständegesellschaft verdeckt; denn „die Struk-

tur einer Herrschaft empfängt nun ihren soziologischen Charakter zunächst durch die allgemeine Eigenart der Beziehung des oder der Herren zu dem Apparat und beider zu den Beherrschten und weiterhin durch die ihr spezifischen Prinzipien der ‚Organisation‘, d. h. der Verteilung der Befehlsgewalten“<sup>33</sup>).

Entsprechend dem Herrschaftsgefälle zwischen der Nomenklatura und der Bürokratie sind die Befehlsgewalten erheblich verschieden und innerhalb eines jeden Standes nochmals rangmäßig auf der Leitungspyramide abgestuft. Demzufolge sind die Privilegien und Ressourcen ebenfalls unterschiedlich verteilt, aber eben auch so, daß eine strikt durchgeführte Machtausübung von oben nach unten gewährleistet wird. Die Sicherung der Macht des obersten Standes bzw. seiner Führungskaste erfolgt außerdem über ein zentral gesteuertes Auswahl- und Erneuerungssystem, woraus sich auf der Basis der Ämterhierarchie eine vasallenhafte Loyalitätsstruktur ergibt.

Die sozialistische Bürokratie ist demnach keine autonome Fachverwaltung und — wie im Rechtsstaat — sachlich legitimiert, sondern ein integraler Bestandteil einer korporatistischen Machthierarchie, mittels derer das gesamte wirtschaftliche, politische und geistige Leben der mittleren und unteren Stände einer engmaschigen Kontrolle unterworfen wird. Als Obrigkeitsstaat ist sie allgegenwärtig. Infolge des Fehlens jeglicher demokratischer Legitimität bedarf die Herrschaft der Nomenklatura eben ausgedehntester bürokratischer Macht- und Verwaltungsapparate, deren konzentriertester Ausdruck ihr „Schwert“, der alles und jedes überwachende und gegebenenfalls unbarmherzig zuschlagende Staatssicherheits„dienst“ ist. Allein die Zahl seiner Opfer geht in die Hunderttausende, in einigen Ländern in die Millionen.

c) Zwischen den im Besitz der Herrschaft befindlichen bzw. sie ausübenden Ständen und den unterdrückten Volksmassen sind als ein dritter Stand wachsende soziale Gruppen auszumachen, die heute mit ihren vorwiegend geistigen Dienstleistungsfunktionen in keiner Gesellschaft mehr fehlen: die wissenschaftliche, pädagogische, künstlerische, medizinische und ingenieurtechnische Intelligenz sowie verwandte Professionen<sup>34</sup>). Zu den

<sup>33</sup> Max Weber (Anm. 1), S. 549.

<sup>34</sup> Außer der Intelligenz wäre dem Dritten Stand womöglich auch die Gruppe der Kleingewerbetreibenden und selbständigen Handwerker als Residualgröße zuzurechnen. Lebensstil, Qualifikation, Art der Privilegierung/Nichtprivilegierung etc. wären freilich recht verschieden vom Stand der Intellektuellen. Sie indes makrostrukturell als eigenen Stand anzusehen, scheint ihre Geringfügigkeit im Sozialismus zu verbieten.



Mächtigen gehören ihre Angehörigen jedoch nicht, es sei denn, sie steigen in die oberen Ränge der neofeudalen Herrschaftspyramide auf, wo sie dann Teil der Bürokratie oder gar der Nomenklatura werden. Im allgemeinen aber war bislang der Dritte Stand in den realsozialistischen Staaten von der wirklichen Herrschaft ausgeschlossen, wenn auch gegenüber dem „gemeinen Volk“, der Masse der Untertanen, privilegiert, und dies zum Teil sogar erheblich. „Mit Zuckerbrot und Peitsche“ wurden im Sozialismus die Intellektuellen in Schach zu halten versucht. Daß Unbotmäßigkeiten dennoch gerade von diesem Stand am häufigsten ausgingen, verrät einesteils ein niemals gänzlich ausrottbares kritisches Bewußtsein, zum anderen aber vielleicht auch doch Ambitionen auf eine Teilhabe an der Macht.

An der „sozialistischen Intelligenz“ indes kann man nicht nur ihre strukturell intermediäre Position und ihre (begrenzten) Privilegien in der Ständegesellschaft studieren, sondern sehr gut auch die distributive soziale Ungleichheit, die Ausbildung von Standesinteressen, die Abgeschlossenheit korporatistischer Vereinigungen, Verkehrskreise und berufsständischer Einrichtungen, im Grunde genommen also auch die binnenstrukturelle Kontrolle über Positionszuweisungen und Rekrutierungskanäle.

d) Die „Hintersassen“ der feudalsozialistischen Ständeordnung sind die nichtprivilegierten Schichten des Volkes, des rechtlosen Vierten Standes, um im Bilde zu bleiben. Es sind die übrigen zwei Drittel der Gesellschaft: die Arbeiter, „kleinen“ (nichtleitenden) Angestellten und die Bauern. Obwohl dieser unterste Stand (oder wäre der Plural besser?) so wenig geschlossen, ja, im Gegenteil, so amorph ist, daß er diese Bezeichnung wahrscheinlich kaum verdient, ist er nicht weniger stratifiziert als jeder andere. Dafür ist er aber soziologisch im Realsozialismus (verständlich!) am meisten erforscht<sup>35</sup>). Seine Beschreibung kann demnach hier auch weitgehend entfallen.

Theoretisch interessant sind jedoch die Rangabstufungen, die selbst beim „gemeinen Volk“ in der realsozialistischen Ständeordnung vorgenommen wurden. Sie erfolgen nicht nach Ämtern und damit verbundenen Privilegien in einer pyramidischen

<sup>35</sup>) Vgl. Rudi Weidig (Hrsg.), Sozialstruktur der DDR, Berlin (DDR) 1988.

Machthierarchie, sondern vornehmlich nach Qualifikation und dementsprechender Tätigkeitsart. Inkonsistenz zwischen beiden nicht ausgeschlossen. Auch überwiegen hier Einkommenskriterien gegenüber den vergleichsweise viel stärker zu Buche schlagenden nicht-monetären gegenseitigen Verpflichtungen innerhalb der höheren Stände. Im Vordergrund stehen die materielle Gütererzeugung für das Ganze und die Sicherung eines bescheidenen Anteils am Güterkonsum. Kaum etwas kann hier monopolisiert werden. Umso größer ist der Anteil des Mehrproduktes, das „nach oben“ abgeliefert werden muß. Betriebliche Anbindungen, genossenschaftliche Zugehörigkeiten, berufliche Bildungsgänge und konventionelle Regeln der Lebensführung, besonders bei der Facharbeiterschaft, sorgen auch hier dafür, daß die meisten auf dem ihnen zugewiesenen Platz bleiben. Aufwärtsmobilität wurde in der realsozialistischen Ständepyramide zur großen Ausnahme, soziale Selbstrekrutierung dagegen die Regel<sup>36</sup>). Auch in dieser Hinsicht zeigte der Sozialismus — schon bald nach seiner Entstehung als ein bestimmter Typ einer Herrschafts- und Sozialordnung — alle Merkmale einer „geschlossenen Gesellschaft“.

Geschlossene Gesellschaften wie diese sind aber nachweisbar nur in einem äußerst geringem Maße imstande, endogen oder exogen verursachte soziale Wandlungsprozesse zu bewältigen. Die Starrheit und mangelnde Komplexität solcher unter äußerem Zwang zusammengeschlossenen Großgebilde gesellschaftlichen Daseins werden in Zeiten rascher gesellschaftlicher Veränderungen — im internationalen Maßstab — zu einem totalen Hindernis, unter dem allmählich alle Glieder des Gesellschaftskörpers zu leiden beginnen. Die sozialökonomische „Basis“ wird unfähig, den zu einem ungeheuren Moloch aufgeblähten politischen „Überbau“ überhaupt noch tragen zu können. Der so monolithisch anmutende Gesellschaftsaufbau des obrigkeitstaatlichen Ständesozialismus wirkt plötzlich wie ein Koloß auf tönernen Füßen. Das ist die Zeit der sozialen Revolutionen, welche seinen vollständigen Umsturz einleiten und den Weg freimachen zu einer neuen Wirtschafts- und Sozialordnung mit dementsprechenden Herrschaftsformen.

<sup>36</sup>) Vgl. Artur Meier, Bildung im Prozeß der sozialen Annäherung und Reproduktion von Klassen und Schichten, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik, Berlin (DDR) 1981, S. 116 ff.



#### IV. Ausblick: Der Übergang in eine moderne Gesellschaft

Gegenwärtig geht die realsozialistische Gesellschaft ihrem raschen Ende entgegen. Die als neofeudale Pyramide organisierte Nomenklatura-Herrschaft bricht unter dem Ansturm demokratischer Bewegungen zusammen, wobei die Kaste an ihrer Spitze zuerst gestürzt wird. Damit ergibt sich zugleich auch die Chance, die parasitäre Allmacht der sozialistischen Bürokratie zu brechen, vorausgesetzt, daß ihr die Verfügungsgewalt über das Staatseigentum entzogen wird und jenes in neue Besitzformen überführt werden kann. Ein Ende der Bürokratie indes ist wohl kaum abzusehen, wohl aber das ihrer exklusiven Vorherrschaft und somit die Möglichkeit, sie in eine mehr rationale Verwaltung zur Erfüllung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Dienstleistungen zu transformieren. Dies wäre immerhin ein Fortschritt.

Die sozialistischen Staaten erleben in der Gegenwart bürgerlich-demokratische Revolutionen. Sie verwandeln Zug um Zug die rückständigen staatswirtschaftlich verfaßten Ständegesellschaften, die mehr oder weniger einem traditionellen Herrschaftstyp unterworfen waren, in moderne, marktwirtschaftlich verfaßte Industriegesellschaften mit dementsprechenden Klassen- und Schichtstrukturen und demokratischen Herrschaftsformen. Dem gewaltigen Modernisierungsdruck, der letztlich von der universalen Revolutionierung der Produktivkräfte im globalen Maßstab ausging, sind die star-

ren und engen Produktionsverhältnisse einer feudalsozialistischen Ständeordnung nicht mehr gewachsen, so daß sie einem neuen Gesellschaftstyp weichen müssen. Das alte System selbst erweist sich trotz aller Versuche der Kurskorrektur in den meisten Ländern als reformunfähig. Erst durch seine revolutionäre Überwindung wird das Tor zu einer freien Entwicklung in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur aufgestoßen.

Es war eine weitverbreitete Illusion, anzunehmen, der Realsozialismus wäre eine nachkapitalistische Gesellschaftsordnung und ihr überlegen. Das Gegenteil ist der Fall: Er weist eher die Züge einer vorkapitalistischen Sozialordnung mit einem dementsprechenden vor-rationalistischen Herrschaftstyp auf. Demzufolge kann der heutige Übergang zu einer modernen bürgerlichen Gesellschaft („civil society“) als ein wahrhafter historischer Fortschritt interpretiert werden. Das mag für die marxistisch-leninistische Orthodoxie, die seit über siebenzig Jahren das Umgekehrte behauptete, schwer zu fassen sein. Angesichts des systembedingten Scheiterns ihres Gesellschaftsmodells in einem sozialistischen Staat nach dem anderen wird jedoch die Erkenntnis dafür wachsen, daß die Stunde des Abschieds von der realsozialistischen Ständeordnung endgültig geschlagen hat und wir neuen Zeiten in einer wesentlich freieren Gesellschaft entgegengehen.



# Reformbewegung und Volksbewegung

## Politische und soziale Aspekte im Umbruch der DDR-Gesellschaft

Wer als politisch engagierter DDR-Bürger im Frühsommer 1989 die Gelegenheit hatte, die Debatte des 1. Volksdeputiertenkongresses der UdSSR im sowjetischen Fernsehen zu verfolgen und die Auftritte so prominenter – in den DDR-Medien bis dato ignoriert oder verschmäht – Reformpolitiker wie Andrej Sacharow, Boris Jelzin, Gawriil Popow, Tatjana Saslawskaja auf den allabendlich von verschiedenen Bürgerbewegungen veranstalteten „Meetings“ im Moskauer Lushniki-Sportpark zu erleben, sah sich mit Blick auf das eigene Land doch sehr widersprüchlichen Stimmungen ausgesetzt. Die faszinierende Wirkung der Demokratisierungs- und Politisierungsprozesse in der sowjetischen Öffentlichkeit rückte die Unabdingbarkeit grundlegender Reformen auch für die DDR nachdrücklich ins Bewußtsein. Zugleich mußten angesichts der seit Dezember 1988 immer offener demonstrierten Restaurationspolitik der SED-Führung alle Hoffnungen auf baldige Veränderungen als Illusion erscheinen.

Nur wenige Monate später war das Machtssystem der SED-Führung wie ein Kartenhaus zusammengefallen. Verglichen mit dem nunmehr fünfjährigen zähen Widerstand der sowjetischen Partei- und Ministerialbürokratie gegen die Perestroika und gemessen an der historischen Dimension des Umbruchs erscheinen die Rettungsversuche des SED-Apparates unter Egon Krenz und in den ersten Wochen nach dem SED-PDS-Sonderparteitag eher wie episodische Unregelmäßigkeiten in einem ansonsten unaufhaltsamen Transformationsprozeß. Hatte Andrej Sacharows auf dem Volksdeputiertenkongreß unter Tumulten vorgetragenes „Dekret über die Macht“<sup>1)</sup> mit der Forderung nach Streichung des Verfassungsartikels über die „führende Rolle“ der KPdSU noch kaum Aussichten auf Erfolg, so sah sich die SED-Führung unter dem Druck der Bevölkerung schon sechs Wochen nach dem Sturz Erich Honeckers gezwungen, die Aufhebung der verfassungsrechtlichen Verankerung ihres Machtmonopols in der Volkskammer selbst zu beantragen.

Der Verlauf des politischen Umbruchs in der DDR ist in der bundesdeutschen Publizistik bereits aus-

föhrlich dokumentiert und beschrieben worden<sup>2)</sup>. Aus heutiger Sicht lassen sich u. E. folgende Merkmale dieses Umbruchprozesses ausmachen, die in der Literatur andiskutiert sind, aber weiterer politikwissenschaftlicher und soziologischer Bearbeitung bedürfen:

– der „vulkanische“ Charakter des Umschlags der akkumulierten allgemeinen Unzufriedenheit in die breite politische Volksbewegung, die in den Demonstrationen um den 7. Oktober ihren Anfang und in der Berliner Großkundgebung am 4. November 1989 ihren Höhepunkt hatte;

– der erdrutschartige Zusammenbruch der Machtstrukturen, der sowohl auf latente Erosionsprozesse innerhalb des politischen Systems der DDR als auch auf die Unfähigkeit der ja zahlreich vorhandenen reformwilligen Kräfte der SED verweist, in Kooperation mit den anderen Reformkräften das entstehende Machtvakuum wenigstens zeitweise zu füllen, um den drohenden Zusammenbruch des Gemeinwesens DDR aufzuhalten;

– die nach der Öffnung der Westgrenze einsetzende Verdrängung der Debatten über eine demokratisch-sozialistische Reformierung der DDR-Gesellschaft durch die Favorisierung der deutschen Frage im öffentlichen Kommunikationsprozeß, wodurch die ursprünglichen Initiatoren und Inspiratoren des Aufbruchs, insbesondere die Künstler- und Bürgerbewegungen zugunsten neuer politischer Kräfte nahezu an den Rand der öffentlichen Wahrnehmung gedrängt wurden<sup>3)</sup>;

– eine vor allem im Kontext der Überlegungen um die Währungsunion einsetzende Überlagerung aller politischen Themen durch Diskussionen um die sozialen Implikationen der Einführung marktwirt-

<sup>2)</sup> Vgl. die taz, DDR-Journal zur Novemberrevolution, Frankfurt/M. 1989; Gert-Joachim Glaebner, Vom „realen Sozialismus“ zur Selbstbestimmung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1–2/90, S. 3 ff.

<sup>3)</sup> Nach (als repräsentativ ausgewiesenen) Meinungsumfragen des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung sprachen sich Ende November 1989 48 Prozent der DDR-BürgerInnen für eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten aus, Anfang Februar 1990 waren es 76 Prozent. Der Anteil potentieller Wähler des Neuen Forum sank im gleichen Zeitraum von 17 auf 4 Prozent. Vgl. Neues Deutschland vom 7. Dezember 1989 sowie Berliner Zeitung vom 7. Februar 1990.

<sup>1)</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. Juni 1989, S. 13.



schaftlicher Verhältnisse und einer schnellen Vereinigung, worin sich sowohl ein wachsendes Maß an sozialer Verunsicherung in breiten Bevölkerungskreisen als auch erhebliche Schwierigkeiten der Parteien und Bewegungen offenbarten, dieser Verunsicherung mit verständlichen und überzeugenden Konzepten zu begegnen<sup>4</sup>).

Eine politisch-soziologische Interpretation dieser Dynamiken muß u. E. die Analyse der politischen

Akteure in den Kontext der Wirtschafts- und Sozialstrukturentwicklung in der Honecker-Ära stellen. Aufgrund der Auswirkungen, die die funktionelle Integration der DDR-Soziologie in das autoritäre politische und ideologische System für die Soziologieentwicklung selbst hatte, steht die DDR-Soziologie erst am Beginn dieser Aufarbeitung. Eine politische Soziologie hat es bis zum November 1989 nicht einmal in Ansätzen gegeben.

## I. Entwicklungstendenzen und -grenzen des Reformpotentials innerhalb der SED

Vereinzelte innerparteiliche Proteste gegen bestimmte politische Aktionen oder „Linien“ der SED-Führung (Beteiligung an der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968, Ausbürgerung Wolf Biermanns 1976, Invasion in Afghanistan 1979) hat es bereits in den sechziger und siebziger Jahren gelegentlich gegeben. Allerdings blieben sie in der Regel auf marginale Gruppen zumeist Intellektueller beschränkt und konnten durch massive Disziplinierungsmaßnahmen und Medienkampagnen ohne unmittelbare Folgen für den innerparteilichen Konsens relativ schnell neutralisiert werden.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre hat sich dann vor dem Hintergrund deutlich erkennbarer Krisentendenzen, wachsender sozialer Unzufriedenheit sowie der Reformpolitik Michail Gorbatschows ein zunehmend kritisches Potential in unterschiedlichen Kreisen der SED-Basis herausgebildet. Die sozialpolitischen Beschlüsse des XI. SED-Parteitag von 1986, in denen vor allem die angesichts der verschwiegenen, aber offenkundigen Inflationstendenzen benachteiligten Gruppen von Rentnern und Berufstätigen im Vorrentenalter erneut brüskiert wurden, haben erstmals in der Honecker-Ära öffentliche und innerparteiliche Kritik an der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ in einem Maße laut werden lassen, das die SED-Führung alsbald zum Einlenken veranlaßte<sup>5</sup>).

Den entscheidenden Konfliktstoff lieferte jedoch die immer offener und arroganter demonstrierte Ablehnung der sowjetischen Reformpolitik durch die SED-Führung. Die schon seit längerer Zeit per-

manent beschworene Formel vom sich real vollziehenden „Prozeß tiefgreifender politischer, sozialer und geistig-kultureller Wandlungen“<sup>6</sup>) der DDR-Gesellschaft im Unterschied zur sowjetischen Gesellschaft, provozierte angesichts der immer spürbarer werdenden tatsächlichen Stagnation und der zunehmenden Verfallserscheinungen in nahezu allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens den anwachsenden innerparteilichen Widerspruch. Dieser artikulierte sich zunächst in der paradoxen Form der einerseits informellen Antipositionierung von vielen einzelnen Mitgliedern der SED in kleinen Gruppen und der andererseits zunehmenden Entpolitisierung der offiziellen parteiinternen Diskussionen in den Organisationsstrukturen der SED.

Die immerhin verschämt organisierten Aufkäufe der Broschüre mit Gorbatschows Rede zur Umgestaltung des politischen Systems auf dem Januar-Plenum des ZK der KPdSU 1987 durch SED-Kreisleitungen und andere sogenannte öffentliche Bedarfsträger sowie die Versuche, die Herausgabe und den Vertrieb von Gorbatschows Buch „Perestroika und neues Denken für unser Land und die ganze Welt“ (Moskau 1987) soweit wie möglich hinauszuzögern und zu kanalisieren, verschärften den schon bestehenden Unmut in breiten Kreisen der SED-Basis. Spätestens mit der Streichung des deutschsprachigen sowjetischen Journals „Sputnik“ von der DDR-Vertriebsliste im November 1988 wurde der innerparteiliche Konflikt manifest und öffentlich. Die Basis reagierte mit zehntausenden individuellen oder kollektiven Protestbriefen<sup>7</sup>), selbst einige SED-Kreisleitungen funktionierten nicht mehr störungsfrei und versuchten mit mehr oder weniger Erfolg, ihre Grundorganisationen vor den einsetzenden Repressionsmaßnahmen der Führung abzuschirmen. Seitdem wurde in Mitglieder-versammlungen und bis hin zu Lehrgängen in Kreis-

<sup>4</sup>) Diese Situation wird u. a. auch in Ergebnissen von Infasu-umfragen (vorgestellt am 12. Februar bzw. 2. März 1990 im Fernsehen der DDR) widerspiegelt, nach denen der Anteil der hinsichtlich ihrer Wahlentscheidung noch unentschiedenen BürgerInnen im Februar wieder von 43 auf 52 Prozent angestiegen war.

<sup>5</sup>) So wurde 1987 der Jahresurlaub für Berufstätige im Vorrentenalter um fünf Tage verlängert und eine Rentenerhöhung in Aussicht gestellt, die allerdings erst 1989 in Kraft trat.

<sup>6</sup>) Materialien des IX. Parteitag der SED, Berlin 1976.

<sup>7</sup>) DDR-weit wird insgesamt von ca. 200 000 Protestbriefen gegen das Sputnikverbot gesprochen.



parteischulen immer offener diskutiert und die Politik der SED-Führung, insbesondere die Medien- und Sozialpolitik, zunehmend in Frage gestellt.

Dennoch blieben Reformbestrebungen weitgehend atomisiert und auf den Charakter informeller Diskussionen beschränkt. Zwar wurden in gesellschaftswissenschaftlichen Institutionen Überlegungen zu Teilreformen einzelner Gesellschaftsbereiche angestellt und diskutiert, etwa zur Reformierung des Wirtschaftsmechanismus oder zur Einführung eines Verwaltungsrechts. Aber erstens blieb derartigen Debatten der Weg in die Öffentlichkeit weitgehend versperrt; in den Medien dominierten weiterhin apologetische „Diskussionsbeiträge“ führender Ideologen zur „Vorbereitung“ des für 1990 einberufenen XII. SED-Parteitag, in denen das Bild einer krisenfreien, sich in tiefgreifenden Reformen die Zukunft erwerbenden Gesellschaft gemalt wurde<sup>8)</sup>. Zweitens fehlte es fast gänzlich an Entwürfen zu gesamtgesellschaftlich ausgerichteten Reformprogrammen<sup>9)</sup>.

Seit dem Rücktritt des ehemaligen stellvertretenden Ministers für Staatssicherheit Markus Wolf 1987 mehrten sich die Anzeichen für interne Konflikte im engeren Machtapparat der SED<sup>10)</sup>. Seit Anfang 1989 wurde Hans Modrow parteiweit als Reformpolitiker im Sinne der sowjetischen Perestroika gehandelt. Zu mehr oder weniger verbindlichen Kontakten zwischen reformorientierten Politikern und Wissenschaftlern kam es aber offenbar erst im Herbst 1989.

Angst vor existentiellen Risiken dürfte eine Herausbildung übergreifender informeller Substrukturen innerhalb der SED ebenso verhindert haben, wie die Tatsache, daß es unter den kritisch eingestellten Parteimitgliedern zum einen recht diffuse,

zum anderen sehr unterschiedliche Reformvorstellungen gab, angefangen bei – vor allem unter Wirtschaftsfunktionären weit verbreiteten – konservativ-technokratischen Neigungen bis zu an postmaterialistischen Werten orientierten Vorstellungen einer demokratischen und ökologischen Reorganisation des Wirtschafts- und Alltagslebens. Die Mehrheit der reformwilligen innerparteilichen Kräfte war offensichtlich darauf eingestellt, durch forcierten Druck der Basis eine auf dem anstehenden Parteitag neu zu formierende Führung zur Einleitung eines umfassenden, aber gesteuerten Reformprozesses „von oben“ veranlassen zu können. Dies erklärt, warum Parteiaustritte in größerer Zahl vorerst ausblieben; es hat aber auch verhindert, aus diesem Spektrum heraus den Kontakt zu den im Umfeld der evangelischen Kirchen sich formierenden oppositionellen Gruppen zu suchen – abgesehen von ohnehin bestehenden Berührungspunkten.

Im Ergebnis bleibt zu konstatieren, daß sich im Unterschied etwa zu den Staatsparteien in Ungarn oder Polen die reformwilligen Kräfte aus der SED weder konzeptionell noch organisatorisch zu einem handlungsfähigen, für die weitere Entwicklung in der DDR politisch relevanten Reformflügel formieren konnten. Das Potential reichte noch, um den sich ohnehin schon abzeichnenden Zusammenbruch des Krenz-Politbüros und seiner nachgeordneten Parteistrukturen um wertvolle Wochen zu beschleunigen. Mit der Niederlage der innerparteilichen Reformkräfte auf dem SED-PDS-Sonderparteitag – belegt durch den Austritt Wolfgang Berghofers und maßgeblicher Initiatoren der Plattform „Dritter Weg“ im Januar 1990 – war deren Rolle für die Gestaltung des Umbruchs vorerst beendet.

## II. Die Opposition in der Volksbewegung

Mit der Besetzung der Umweltbibliothek der Berliner Zionsgemeinde durch Staatssicherheitsbeamte

<sup>8)</sup> Vgl. Otto Reinhold, Der Sozialismus als Leistungsgesellschaft, in: Neues Deutschland vom 8. August 1989; Kurt Tiedke, Die neue Epoche auf deutschem Boden, in: Neues Deutschland vom 30. August 1989.

<sup>9)</sup> Eine Ausnahme bilden hier die von Rainer Land, Michael Brie und Dieter Segert im Rahmen einer Projektgruppe an der Berliner Humboldt-Universität initiierten Arbeiten zu einer „Theorie des modernen Sozialismus“, die im Juni 1989 in einer Studie zu anstehenden Reformprozessen (2. Fassung im November 1989) zusammengefaßt wurden. Vgl. Rainer Land (Hrsg.), Aufbruch in die Zukunft, Berlin 1990.

<sup>10)</sup> Im Sommer 1988 hielt sich beispielsweise das Gerücht sehr hartnäckig, daß der damalige Leiter der Staatlichen Plankommission, Politbüromitglied Gerhard Schürer, in einem Brief an Erich Honecker die Absetzung Günter Mittag gefordert hätte.

im November 1987 und den Verhaftungen im Zusammenhang mit den Protestaktionen während der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration im Januar 1988 hat eine forcierte Politisierung unter den seit Ende der siebziger Jahre unter dem Dach der evangelischen Kirchen agierenden Friedens-, Umwelt-, Dritte-Welt-, Menschenrechts-, Minderheitengruppen<sup>11)</sup> eingesetzt. Die vom innerkirchlichen Arbeitskreis „Absage an Praxis und Prinzip der Ab-

<sup>11)</sup> Ulrike Poppe schätzte die Anzahl der Gruppen 1988 auf 325, Wieland Giebel gibt für 1989 ca. 500 an, Hubertus Knabe schätzte die Zahl der von den Gruppen erfaßten Menschen auf etwa 100 000. Vgl. Ulrike Poppe, Das kritische Potential der Gruppen in Kirche und Gesellschaft, unveröfftl. Vortrag in der Ev. Akademie Berlin-Brandenburg vom



grenzung“, Mitgliedern der Initiative für Frieden und Menschenrechte, der „Kirche von unten“ und Vertretern anderer Gruppen initiierte Kontrolle der Stimmauszählungen im Anschluß an die Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 kann als die erste landesweit organisierte Aktion einer sich herausbildenden politischen Opposition in der DDR angesehen werden.

Mit der nachgewiesenen Fälschung der Wahlergebnisse und der ignoranten Reaktion der Behörden auf den angemeldeten Protest war die politische und kommunikative Krise der DDR-Gesellschaft offenkundig geworden<sup>12</sup>). Die Opposition begann sich zu formieren. Im Juni konstituierte sich um Wolfgang Schnur, Rainer Eppelmann, Edelbert Richter, Friedrich Schorlemmer und Ehrhart Neubert die Initiative für den Demokratischen Aufbruch (offizielle Gründung am 30. Oktober 1989), im Juli folgte die von Ibrahim Böhme, Markus Meckel und anderen ergriffene Initiative für eine Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP, formelle Gründung am 7. Oktober 1989). Am 13. August 1989 rief der Synodale Dr. Hans-Jürgen Fischbeck vom Arbeitskreis „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ auf einem von 300 bis 400 Personen besuchten Sonntagsgespräch in der Berliner Bekenntnisgemeinde zur Bildung einer oppositionellen Sammlungsbewegung auf, um der Bevölkerung der DDR angesichts der über Ungarn einsetzenden Fluchtwelle eine „identifizierbare Alternative“ aufzuzeigen. Im September formierten sich Vertreter unterschiedlicher marxistischer bzw. linkssozialistischer Gruppen sowie konspirativ in der SED und im FDGB tätiger Zirkel mit der „Böhlemer Plattform“ zur späteren Vereinigten Linken. Am 9. September 1989 unterzeichneten dreißig Vertreter unterschiedlicher Bezirke und Gruppen, darunter Bärbel Bohley, Katja Havemann, Jens Reich, Sebastian Pflugbeil, Rolf Henrich, Reinhard Schult den Aufruf „Aufbruch 89 – Neues Forum“.

26. November 1988, S. 91. Vgl. auch Matthias Geis/Wieland Giebel, Als Reaktion auf die Ausreisewelle geht die DDR-Opposition an den Start, in: die taz (Anm. 2), S. 7; Hubertus Knabe, Neue soziale Bewegungen im Sozialismus, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 40 (1988) 3, S. 555.

<sup>12</sup>) Eine Analyse von Leserbriefen, die in verschiedenen Zeitungsredaktionen der DDR seit November 1988 eingegangen waren, ergab allerdings, daß ein massiver Anstieg von Protestbriefen noch nicht nach dem Wahlbetrug, sondern erst nach den Beifallskundgebungen der SED-Führung für die brutale Zerschlagung der chinesischen Studentenbewegung einsetzte. Seit dieser Zeit erreichte etwa das Zehnfache des zuvor üblichen politischen Leserbriefpotentials die Redaktionen. Zugleich nahm die bisherige Überrepräsentanz der Intelligenz unter den Autoren ab. Vgl. Uwe Matthes/Irene Müller-Hartmann, Zur politischen Stimmungslage der DDR-Bevölkerung im Zeitraum November 1988 bis November 1989, unveröffentl. Vortrag auf dem 5. Soziologie-Kongreß der DDR, Berlin, Februar 1990.

Schließlich trat am 12. September 1989 der seit 1986 bestehende Arbeitskreis „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ um Ludwig Mehlhorn, Stephan Bickhardt, Wolfgang Ullmann, Konrad Weiß u. a. mit einem „Aufruf zur Einmischung in eigener Sache“ und beigefügten „Thesen für eine demokratische Umgestaltung in der DDR“ als Initiativgruppe der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt (DJ) an die Öffentlichkeit. Eine maßgebliche Rolle für diesen Prozeß hat gewiß die seit 1985 weitgehend außerhalb der Kirche arbeitende Initiative für Frieden und Menschenrechte gespielt. Nicht wenige Initiatoren der 1989 entstandenen neuen Parteien und Bewegungen waren zuvor in dieser von Anfang an sich als politische Opposition verstehenden Gruppe engagiert (Ibrahim Böhme/SDP, Ulrike Poppe/DJ, Bärbel Bohley, Katja Havemann, K. und F. Eigenfeld/NF).

Die in den ersten Positionspapieren bzw. Stellungnahmen einzelner Initiatoren erkennbaren programmatischen Orientierungen wiesen zunächst kaum merkliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppierungen auf. Differenziert akzentuiert, aber von allen mitgetragen waren die in der Gemeinsamen Erklärung vom 4. Oktober 1989 ins Zentrum gerückte Forderung nach freien und geheimen Wahlen, die Orientierung auf einen pluralistischen demokratischen Rechtsstaat, auf demokratisierte, ökologisch und sozial gebundene Wirtschaftsstrukturen, auf Entideologisierung des Bildungssystems, der Kultur- und Wissenschaftspolitik, auf eine der Lösung der globalen Probleme verpflichtete Außenpolitik.

Insgesamt antizipierte diese Programmatik einen anderen, an alternativen Werten orientierten Sozialismus<sup>13</sup>). Im Aufruf der Initiatoren von Demokratie Jetzt hieß es: „Der Sozialismus muß nun seine eigentliche, demokratische Gestalt finden, wenn er nicht geschichtlich verloren gehen soll. Er darf nicht verloren gehen, weil die bedrohte Menschheit auf der Suche nach überlebensfähigen Formen menschlichen Zusammenlebens Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft braucht, deren Wohlstand die übrige Welt bezahlen muß.“<sup>14</sup>) Und der Erfurter Pfarrer Edelbert Richter, Mitbegründer des vier Monate später mit der ehemaligen Blockpartei CDU sowie der Deutschen Sozialen Union die konservative Allianz für Deutschland eingehenden „Demokratischen Aufbruch“ äußerte am 16. November 1989 in einem Interview: „Nicht nur das Wort sozialistisch, sondern auch bestimmte gesellschaftliche Prinzipien des Sozialismus haben für

<sup>13</sup>) Zu Ursprüngen und Programmatik der Opposition vgl. Hubertus Knabe, Politische Opposition in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1–2/90, S. 21 ff.

<sup>14</sup>) die taz (Anm. 2), S. 9.



uns nach wie vor einen guten Klang. Rechte Gedankengänge sind damit ausgeschlossen.“<sup>15)</sup> „Die gesamte Opposition“, so der Sozialdemokrat Reiner Flüge Anfang November, „hat sich nicht vom Sozialismushorizont abgekehrt.“<sup>16)</sup>

Dieser reformsozialistischen Perspektive entsprach das Festhalten an der vorläufigen deutschen Zweistaatlichkeit, wobei für die Zukunft eine Vereinigung beider deutscher Staaten im Rahmen einer neuen europäischen Friedensordnung nicht ausgeschlossen, zum Teil auch angestrebt wurde. Die Konsolidierung der DDR zu einem souveränen demokratischen und ökonomisch leistungsfähigen Staat wurde ebenso als Voraussetzung für diese Option betrachtet wie bestimmte gesellschaftspolitische Annäherungsprozesse seitens der Bundesrepublik. Als ein Moment solchen Entgegenkommens bezeichneten Edelbert Richter (DA) und Markus Meckel (SDP) beispielsweise die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft durch die Bundesrepublik<sup>17)</sup>. Als kennzeichnend für das damalige Selbstverständnis der Opposition im deutsch-deutschen Verhältnis sei Ibrahim Böhme (SDP) zitiert: „Natürlich freuen wir uns über die Sympathiegebungen, die uns jetzt von Seiten der SPD entgegengebracht werden. Jegliche finanzielle Unterstützung durch die SPD lehnen wir allerdings ab.“<sup>18)</sup>

Der von Christa Wolf am 9. November 1989 im DDR-Fernsehen verlesene Aufruf an die DDR-BürgerInnen, in der DDR zu bleiben und an der Gestaltung einer „wahrhaft demokratische(n) Gesellschaft . . ., die auch die Vision eines demokratischen Sozialismus bewahrt“ mitzuwirken, war das letzte von Vertretern aller Oppositionsgruppen sowie den an der Mobilisierung der Bevölkerung maßgeblich beteiligten Kulturschaffenden gemeinsam formulierte Plädoyer für eine reformsozialistische Perspektive der DDR.

Bis Mitte/Ende November 1989 waren es vor allem die gegen das autoritäre Herrschaftssystem der SED seitens der Opposition, der Rockmusiker, Schriftsteller und anderen Künstlern öffentlich erhobenen Forderungen, die hundertausende politisch unterschiedlich denkender BürgerInnen vereint und mobilisiert haben. So dominierten auf der Berliner Demonstration am 4. November 1989 eindeutig die Forderung nach freien Wahlen sowie die

gegen das Machtmonopol der SED, gegen die Staatssicherheit und gegen die Person von Egon Krenz gerichteten Transparente und Spruchbänder. Orientierungen auf einen anderen Sozialismus oder eine wie auch immer verstandene Alternative zur westlichen Konsumgesellschaft waren abgesehen von den Rednern bestenfalls vereinzelt wahrzunehmen.

Nicht die visionäre Programmatik der Opposition, sondern die situationsbedingt in den Vordergrund gestellte Protesthaltung ihrer Aktivisten haben das Volk in Bewegung gebracht. Nicht zufällig war es das Neue Forum, das im Oktober/November 1989 eine mit keiner der anderen Gruppierungen vergleichbare und auch von den Initiatoren unerwartete Resonanz erfuhr. Im Unterschied zu allen anderen Initiativgruppen hatten die Autoren des „Aufbruch 89 – Neues Forum“ bewußt auf jegliche programmatische Ausrichtung für die anstehenden Reformen verzichtet. Statt dessen verdeutlichten sie den zentralen Konflikt zwischen Staat und Gesellschaft anhand von Ungerechtigkeiten, Widersprüchen und Ungereimtheiten, wie sie im Alltagsleben für alle erfahrbar waren. Sie betonten die Selbstverständlichkeit der Kompetenz des Einzelnen, von welcher ausgehend in einem „demokratischen Dialog über die Aufgaben des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur“ ein kollektiv zu erarbeitendes Reformkonzept „von unten“ entstehen müsse. Als einzige Wertorientierung für ein solches Konzept wurden „Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden sowie Schutz und Bewahrung der Natur“ formuliert<sup>19)</sup>.

Mit dieser programmatischen Unbestimmtheit hatten die Initiatoren des Neuen Forum reformwilligen BürgerInnen unterschiedlichster Gesinnung eine gemeinsame Plattform als Alternative sowohl zu den staatlich beherrschten Foren als auch zur individualistischen Konfliktbewältigung durch Ausreise geschaffen. Innerhalb von gut zwei Monaten hatten sich rund 200 000 Menschen in das Neue Forum eingeschrieben, die Mitgliederzahlen der SDP und des DA lagen zur gleichen Zeit zwischen 10 000 und 15 000, die Zahl der Teilnehmer an den anderen Bewegungen deutlich darunter. Das öffentliche politische Leben wurde bis zu diesem Zeitpunkt weitgehend bestimmt durch die von der vereinten Opposition, vor allem den weltanschaulich und parteipolitisch offenen basisdemokratischen Bürgerbewegungen initiierten Aktionen zur Demontage des Machtsystems der SED (Bildung von Bürgerkomitees zur Untersuchung der Polizei- und Stasieinsätze um den 7. Oktober, Aufdeckung von Korruptionsfällen, Organisation von Demonstrationen

<sup>15)</sup> Ebd., S. 12.

<sup>16)</sup> Demokratie Jetzt, Zeitung der Bürgerbewegung, Nr. 3, November 1989.

<sup>17)</sup> Vgl. Interview mit Edelbert Richter, in: die taz (Anm. 2), S. 12; Markus Meckel, Das Anknüpfen an die deutsche sozialdemokratische Tradition, programmatischer Vortrag anlässlich der Gründung der SDP.

<sup>18)</sup> Interview mit Ibrahim Böhme, in: die taz (Anm. 2), S. 67.

<sup>19)</sup> Brief der Erstunterzeichner des Neuen Forum vom 1. Oktober 1989, S. 3 ff.



und Diskussionsforen, Unterschriftensammlung für einen Volksentscheid über die „führende Rolle“ der SED u. a. m.).

Mit der Aufkündigung des „Demokratischen Blocks“ durch die bisher mit der SED verbündeten Parteien und dem Sturz der gesamten Parteiführung unter Egon Krenz war das Machtsystem der SED Anfang Dezember 1989 endgültig zusammengebrochen. Angesichts der seit der Grenzöffnung am 9. November drastisch anwachsenden Übersiedlerzahlen und der immer deutlicher werdenden Ausmaße der ökonomischen Krise machten sich die bislang nur unterschwellig artikulierten sozialökonomischen Interessen breiter Bevölkerungskreise in einer Weise geltend, die die politischen Kräfte zunehmend in die Zwangssituation versetzte, entweder mit Angeboten für einen schnellen Ausweg aus der Krise aufzuwarten oder an den Rand der öffentlichen Wahrnehmung gedrängt zu werden. Mit dem Stimmungswandel nach der Grenzöffnung und spätestens nach der Verkündigung von Bundeskanzler Helmut Kohls „Zehn Punkten für Deutschlands Einheit“ wurde endgültig klar, daß die bisherige alternativ-sozialistische Programmatik der Opposition von der Mehrheit offenkundig ebensowenig als eine „identifizierbare Alternative“ angenommen wurde wie der von einigen hunderttausend befolgte Aufruf des Neuen Forum, „Zeit, Toleranz und Geduld“<sup>20)</sup> aufzubringen, um ein Reformkonzept „von unten“ gemeinsam zu erarbeiten.

Die folgenden Monate waren geprägt durch die Transformation der parteipolitischen Landschaft der Bundesrepublik auf die DDR und den Wettbewerb um die öffentlichkeitswirksamsten Varianten für den Weg zur deutschen Einheit, der zunehmend als der einzig mögliche Ausweg aus der ökonomischen Krise angesehen wurde. Dabei waren unterschiedliche soziale Interessen zu berücksichtigen, die nach politischer Vertretung drängten, was sich sowohl in der Neugründung zahlreicher Parteien im Dezember und Januar<sup>21)</sup> als auch in jähren Wendungen ehemaliger Blockparteien hin zur nationalen Einheit sowie der hektischen Suche nach bundesdeutschen Partnern ausdrückte<sup>22)</sup>.

Es ist anzunehmen, daß der stärkste Druck auf die zügige Vereinigung der beiden deutschen Staaten offenbar von qualifizierten Facharbeitern jüngerer

und mittlerer Jahrgänge und aussichtsreicher Branchen (Bauwesen), von Angehörigen der technischen Intelligenz sowie Berufsgruppen ausgeht, die sich Chancen für einen Aufstieg in den bislang unterdrückten privatwirtschaftlichen Mittelstand ausrechnen. Abgesehen von der unzureichenden empirischen Untersuchungslage verbietet sich jedoch eine eindeutige Zuordnung deutschlandpolitischer Orientierungen zu bestimmten sozialen Schichten oder Berufsgruppen. Hier spielen unterschiedliche regionale Gegebenheiten ebenso eine Rolle wie konkrete individuelle Lebenssituationen (eine Wohnung in einem privaten Mietshaus zum Beispiel, verwandtschaftliche Beziehungen u. a. m.).

Die günstigsten Voraussetzungen seitens der Oppositionsparteien bzw. -bewegungen, die parteipolitisch bislang ungedeckten sozialen Interessen und politischen Orientierungen auf sich zu ziehen, brachten im Dezember zweifellos die Sozialdemokraten mit. Der zu dieser Zeit noch geringe und politisch relativ homogene Mitgliederstand bei schon etablierten innerparteilichen Organisationsstrukturen ermöglichten es, die deutschlandpolitische Umorientierung ohne größere interne Auseinandersetzungen zu bewerkstelligen. Zudem waren die konkreten Vorstellungen zu einzelnen Politikbereichen (Staat, soziale Marktwirtschaft, Umweltpolitik) so angelegt, daß sie durch die Absage an die Eigenstaatlichkeit der DDR kaum grundsätzlicher Revision bedurften. Nicht zuletzt assoziierten die Namensgebung wie die an modernen sozialdemokratischen Positionen orientierten Programminhalte von vornherein eine „natürliche“ Affinität zur SPD, deren schwesterparteiliche Zuwendung der SDP in den folgenden Wochen einen erheblichen Zuwachs an Mitgliedern und zunächst auch an potentiellen Wählern sicherte, da sich zu diesem Zeitpunkt noch keine wählbare Alternative liberal-konservativer Provenienz herauskristallisiert hatte.

Weitaus größere Schwierigkeiten brachte die programmatische Wende für den Demokratischen Aufbruch mit sich. Auf dem Gründungsparteitag am 16./17. Dezember 1989 kam es zu heftigen Flügelkämpfen zwischen ökologisch-sozialistisch orientierten Mitgliedern der Gründergeneration um den Wittenberger Pfarrer Schorlemmer und Vertretern der im November vor allem in den Südbezirken neugewonnenen Basis, die die eindeutige Absage an jegliche Sozialismusvorstellungen sowie ein klares Bekenntnis zur Wiedervereinigung forderten. Letztgenannte setzten sich schließlich durch. Die sich in der Folge deutlich abzeichnenden Orientierungen auf die CDU (West) sowie die sich anbahnende Allianz mit der als ehemalige Blockpartei diskreditierten, an der Spitze aber bereits im Dezember 1989 erneuerten CDU (Ost) und der

<sup>20)</sup> Ebd.

<sup>21)</sup> Bis 26. Februar 1990 hatten sich 36 Parteien und politische Vereinigungen in der Wahlkommission zur Registratur gemeldet, zuvor hatten sich schon 12 Parteien zur DSU zusammengeschlossen.

<sup>22)</sup> Wie aussichtslos die ehemaligen Blockparteien ihre eigene Lage einschätzten, wurde im Februar an dem krampfhaften Versuch der NDPD deutlich, die Aufnahme in den von der FDP, der LDP und der DFP begründeten Bund freier Demokraten zu finden.



maßgeblich durch die CSU zusammengeschiedenen Deutschen Sozialen Union (DSU) führte im Januar zum Austritt des linken Flügels (einschließlich der Mitbegründer Schorlemmer und Richter), der teils in die SPD teils zu Demokratie Jetzt überwechselte.

Die Resonanz des „konservativen Wandels“ der einstmalig reformsozialistisch orientierten Partei und ihrer noch verbliebenen Gründer (Schnur, Eppelmann) ist schwer abzuschätzen. Die Infas-Erhebungen von Anfang Februar gaben dem Demokratischen Aufbruch nur ein Prozent Wählerstimmen, was dem tatsächlichen Ergebnis entspricht, doch lassen sich die Gründe für die geringe Resonanz des DA derzeit noch nicht eindeutig benennen. Über die Mitgliederbewegung kursieren äußerst widersprüchliche Angaben. Das Wahlergebnis vom 18. März 1990 zeigt die weitreichenden Verschiebungen in der Orientierung der Wähler, die sich in der ersten Märzhälfte ergeben haben, nachdem sich die Allianz als der Partner der bundesdeutschen CDU und CSU eindeutig positioniert hatte und damit auch von der Resonanz der Deutschlandpolitik des Bundeskanzlers und den damit verbundenen ökonomischen Erwartungen (Währungs- und Wirtschaftsunion) profitieren konnte.

Infolge der zahlreichen und politisch heterogenen Mitgliedschaft kam es auch im Neuen Forum im Rahmen der Programmdebatte zu heftigen Auseinandersetzungen um die deutsche Frage, wobei sich auf der offiziellen Gründungskonferenz Ende Januar die Mehrheit für eine Vereinigung der deutschen Staaten aussprach. Die drohende Spaltung konnte vorerst durch einen Kompromiß abgewendet werden, der einerseits der Minderheit das Recht auf Vertretung ihrer Auffassungen einräumte, andererseits zu einer deutschlandpolitischen Position führte, die mit der Formulierung außen- und sozialpolitischer Bedingungen die Möglichkeit eines gemeinsamen Wahlbündnisses mit der Initiative Frieden und Menschenrechte und Demokratie Jetzt offenhielt.

Zusammenfassend lassen sich hinsichtlich der Oppositionsparteien und -bewegungen, ihrer programmatischen Einstellung auf die diesbezüglichen Stimmungslagen in der Bevölkerung und der entsprechenden Resonanzwirkung im groben zwei Tendenzen unterscheiden:

– Die im Bündnis 90 vereinten Bürgerbewegungen sowie die im November entstandene Grüne Partei und der im Dezember gegründete Unabhängige Frauenverband haben mit unterschiedlicher Akzentsetzung in Details den Versuch unternommen, unter Verzicht auf eine reformsozialistische Begrifflichkeit ihre Orientierung auf die alternativen

Werte einer nach innen und außen solidarischen Gesellschaft mit dem Ziel der nationalen Einheit zu verbinden. Hinsichtlich der Modalitäten eines anzustrebenden stufenweisen Vereinigungsprozesses betonten sie vor allem die außen- und sicherheitspolitischen Aspekte, das Recht der DDR-Bevölkerung auf Selbstbestimmung sowie das Ziel, die basisdemokratischen Erfahrungen des Oktober/November 1989 in Form einer Bereicherung des herkömmlichen Parlamentarismus durch Elemente direkter Demokratie für die politische Gestaltung eines künftigen neuen Deutschlands fruchtbar zu machen. Die sich darin ausdrückende Weigerung, den in der Öffentlichkeit virulenten Stimmungen populistisch nachzugeben, hat in der Zeit von Dezember 1989 bis Februar 1990 zu einem Rücklauf in der Mitgliederbewegung (Neues Forum) und einem öffentlichen Resonanzverlust für die Bürgerbewegungen geführt, der sich schließlich auch in ihrem Wahlergebnis deutlich ausdrückte.

– Kennzeichnend für die Reaktion der aus der „alten“ Opposition hervorgegangenen Parteien (SPD, DA) auf die gewandelte Stimmungslage war erstens das Bestreben, die Potenzen „natürlicher“ oder potentieller bundesdeutscher Schwesterparteien möglichst schnell für die eigene Profilierung zu erschließen, zweitens der Versuch, eine Strategie für den Vereinigungsprozeß im vordergründigen Hinblick auf die gegebenen Bedürfnisse und sozialen Interessen mehrheitsrelevanter Bevölkerungsgruppen zu formulieren. Mit dem frühzeitig vorgelegten Konzept, durch eine schnelle Währungsunion sowohl den zum privatwirtschaftlichen Mittelstand strebenden Gruppen als auch breiten Schichten der lohnabhängigen Beschäftigten einen baldigen sozialen Aufschwung in Aussicht zu stellen und zugleich die außen- und abrüstungspolitischen Aspekte der Vereinigung zu betonen, war es insbesondere der SPD zunächst gelungen, einen erheblichen Zuwachs an Mitgliedern und eine entsprechende Aufmerksamkeit bei den Wählern zu gewinnen.

Seit Mitte Februar wird die öffentliche Diskussion über die politischen Aspekte des Vereinigungsprozesses zunehmend durch die Artikulation sozialer Verunsicherungen im Hinblick auf eine schnelle Einführung der Währungsunion und marktwirtschaftlicher Verhältnisse überlagert. Insbesondere sozial Schwache, alleinerziehende Frauen, Mieter und Nutzer von Wohnungen bzw. Grundstücken, deren ehemalige Besitzer heute in der Bundesrepublik wohnen, sowie viele Bauern befürchten eine Destabilisierung ihrer derzeitigen Lage. Mit der Initiative zur Erarbeitung und Verabschiedung einer als Grundlage von Verhandlungen über die Währungs- und Wirtschaftsunion dienenden Sozial-



charta<sup>23</sup>) haben die Bürgerbewegungen erstmals soziale Befindlichkeiten von großen Bevölkerungsgruppen in das Zentrum ihrer politischen Aktivitäten gerückt, die weit über ihr eigenes Rekrutierungs- und Sympathisantenpotential hinausreichen, doch hat sich dieser Umstand nicht auf das tatsächliche Wählerverhalten ausgewirkt. Dies indiziert, daß für breite Wählerschichten die Einführung der Währungs- und Wirtschaftsunion gegenüber Erwägungen einer sozialen Absicherung prioritär waren.

### III. Sozialstruktur und Sozialpolitik: Vorleistungen für die Wende der Wende

Schon die sprachliche Formulierung des vom VIII. SED-Parteitag 1971 beschlossenen Kurswechsels als „Hauptaufgabe“ deutet auf die Ambivalenz der nun proklamierten „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ hin. Dieses Konzept bezeichnete den Versuch, eine wechselseitige Abhängigkeit zwischen Wirtschaftswachstum und der sozialen Lage der Produzenten herzustellen, um so ein den Anforderungen des Strukturwandels und der technologischen Modernisierung entsprechendes Leistungsverhalten zu erzeugen und Loyalität der BürgerInnen gegenüber der gesellschaftlichen Ordnung und ihren politischen Repräsentanten zu sichern<sup>24</sup>). Zugleich aber war dieses Modernisierungsmodell, wie die 1971 einsetzende Rezentralisierung der Planungs- und Leitungsprozesse belegt, als konzeptive und organisatorische Aufgabe vor allem der SED-Führung und ihrer Apparate projektiert. Die in der – Lenin entlehnten – These vom „Primat der Politik über die Ökonomie“ umschriebene Subordination aller Wirtschaftssubjekte unter die zentralen politischen Machtorgane mußte im Kontext der eingeleiteten Modernisierung und der – wengleich zaghaften – Öffnung der Wirtschaft zum Weltmarkt zu erheblichen Inkonsistenzen im Zusammenhang von Wirtschaftsentwicklung und sozialem Wandel führen. Die Deklamation der Stabilität und Stärkung der sozialistischen Staatsmacht als wichtigste politische Bedingung für die erfolgreiche Verwirklichung der „Hauptaufgabe“ hat sich als ideologische Verklärung einer Strategie entlarvt, in der Machterhalt als Selbstzweck fungierte, und die sich insbesondere in den achtziger Jahren sowohl in ökonomischen Krisentendenzen<sup>25</sup>) als

Die seit Dezember 1989 deutlich gewordene Skepsis der DDR-Bevölkerung gegenüber einer reformsozialistischen Perspektive bzw. einem „dritten Weg“ und die mehrheitliche Unaufgeschlossenheit für basisdemokratisches Engagement sind u. E. aus den aktuellen Ereignissen während des politischen Umbruchs (die provokatorische Wahl von Krenz, die Enthüllungen über Korruption und Machtmißbrauch usw.) allein nicht hinreichend zu erklären. Ihre Wurzeln liegen vielmehr in der sozialen Entwicklung während der Ära Honecker.

auch in einer „sozialstrukturellen Regression“<sup>26</sup>) niederschlug.

Der soziale Wandel in der DDR war von Beginn an durch den Anspruch der „Staats- und Parteiführung“ geprägt, die Entwicklung der sozialen Struktur in all ihren wesentlichen Komponenten – Eigentums-, Bildungs- und Qualifikations-, Beschäftigungs- und Einkommensstruktur – zentralistisch zu planen und den wirtschaftspolitischen Zielstellungen entsprechend zu steuern. Bis Ende der siebziger Jahre fungierte dabei die „Annäherung der Klassen und Schichten“ hinsichtlich wesentlicher Lebensbedingungen (Einkommen, Bildung, Wohnen) als zentrales ideologisches Leitmotiv. Die bis dahin verlaufene Sozialstrukturentwicklung wird gemeinhin in zwei große Phasen<sup>27</sup>) unterschieden: Die bis 1961 weitgehend abgeschlossene Herausbildung der sozialen Grundstruktur, die sich durch umfangreiche kollektive Mobilitätsprozesse infolge der Umwälzung der Eigentumsordnung auszeichnete, und eine anschließende Stabilisierungsperiode, gekennzeichnet durch den drastischen Anstieg des Beschäftigungsgrades von Frauen<sup>28</sup>), eine spürbare Entwicklung des allgemeinen Bildungs- und Qualifikationsniveaus<sup>29</sup>) sowie Homogenisierungstendenzen in den Lebensbedingungen und damit zunehmende Uniformität von Sozialprofilen. Seit Anfang der achtziger Jahre sind deutliche Modifikationen in der sozialstrukturellen Entwicklung

<sup>26</sup>) Vgl. Thomas Hanf, Auf der Suche nach Subjektivität. Thesen zum Fortgang der Sozialstrukturforschung in der DDR, unveröffentl. Vortrag zum 5. Soziologie-Kongreß der DDR, Berlin, Februar 1990, S. 3.

<sup>27</sup>) Vgl. Katharina Belwe, Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in der DDR, in: Deutschland-Handbuch (Anm. 25), S. 216.

<sup>28</sup>) Der Beschäftigungsgrad der arbeitsfähigen weiblichen Bevölkerung lag 1960 bei 69,8 Prozent, 1980 bei 90,3 Prozent. Vgl. Die Frau in der Deutschen Demokratischen Republik. Statistische Kennziffernsammlung, Berlin 1988, S. 64.

<sup>29</sup>) Vgl. Rüdiger Thomas, Aspekte des sozialen Wandels in der DDR, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), Sozialstruktur und sozialer Wandel in der DDR, Saarbrücken 1988, S. 36f.

<sup>23</sup>) Vgl. Die Tageszeitung/DDR vom 4. März 1990, S. 4.

<sup>24</sup>) Zur Strategie der SED seit 1971 vgl. R. Land (Anm. 9), S. 55f.

<sup>25</sup>) Vgl. Doris Cornelsen, Ende oder Wende?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1–2/90, S. 33 ff.; dies., Die Volkswirtschaft der DDR: Wirtschaftssystem – Entwicklung – Probleme, in: Werner Weidenfeld/Hartmut Zimmermann (Hrsg.), Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949–1989, Bonn 1989, S. 258 ff.



und in den Grundsätzen ihrer Steuerung erkennbar, deren ambivalenter Charakter für den spezifischen Verlauf des politischen Umbruchs 1989 von erheblicher Bedeutung ist. Angesichts der erkannten dis-funktionalen Wirkungen der Homogenisierungstendenzen der siebziger Jahre bezüglich der Entwicklung eines innovationsgerechten Leistungsverhaltens wurde das Postulat anzustrebender sozialer Gleichheit in ideologisch mehr oder minder verbrämter Argumentation auf die Formel der Chancengleichheit<sup>30)</sup> zurückgenommen und dazu übergegangen, durch entsprechende bildungspolitische Maßnahmen, Einkommensdifferenzierungen und abgestufte Privilegierungen die Herausbildung bestimmter Wissenschafts- und Arbeitereliten<sup>31)</sup> und entsprechend spezifischer Sozialprofile zu fördern. Andererseits wurden seit Mitte der siebziger Jahre aus vor allem demographischen und beschäftigungspolitischen Erwägungen die Zulassungsquoten zum Hochschulstudium drastisch reduziert und zugleich die Abiturientenzahlen auf diese Quoten begrenzt, was eine erhebliche Beschränkung sozialer Aufstiegschancen und damit zwangsläufig auch einen Loyalitätsverlust zur Folge hatte. Restriktive Zulassungspraxis und bestehende Überqualifikation<sup>32)</sup> zusammen ergeben eine der wesentlichen sozialstrukturellen Komponenten der Sinnkrise, aus der größere Teile der Jugend für sich einen Ausweg in Subkulturen sowie in den Gruppen suchten, die sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zu den organisatorischen Kernen der Opposition entwickelt haben.

Beide hier skizzierten Momente zusammen haben in den achtziger Jahren zu einer wachsenden Differenzierung innerhalb der sozialen Binnenstrukturen mit entsprechenden Bündelungseffekten sozialer Merkmale geführt, die aber aufgrund verschiedener Faktoren zugleich erheblichen Deformationsprozessen unterlagen. Angesichts der systembedingt anhaltenden Priorität von Loyalitätskriterien in der Praxis der Elitelförderung, der ohnehin schon bestehenden Monopolstrukturen (beispielsweise in bezug auf Informationen und Entscheidungskompetenzen) und unter Voraussetzung der chronischen Defizite im Konsumtionsbereich hat die Reproduktions- und Funktionsweise der sozialen Strukturen insbesondere in den achtziger Jahren

deutliche ständegesellschaftliche Züge angenommen<sup>33)</sup>.

Die „Monopolisierung ideeller und materieller Güter oder Chancen“<sup>34)</sup> reichte in der DDR von den Selbstrekrutierungstendenzen bestimmter sozialer und Berufsgruppen über ein fein gefächertes System von Privilegien (Nomenklatura, Informationszugang, „Reisekader“, „Aufwandsentschädigungen“ usw.), enormen Einkommensunterschieden zwischen gleichen Qualifikations- und Leistungsgruppen in unterschiedlichen Branchen (z. B. Pförtner in einem Krankenhaus und Pförtner in einem Objekt der Staatssicherheit) bis hin zu spontanen Monopolbildungen in der Schattenwirtschaft (z. B. geschlossene Kreisläufe im Tausch von defizitären Waren unter Beschäftigten verschiedener Handelseinrichtungen). Diese Tendenz wurde noch durch eine Einkommenspolitik komplettiert, die die Diskrepanz zwischen der Qualifikationsstruktur und der Überzahl von Arbeitsplätzen mit geringen Qualifikationsanforderungen, welche aus dem zunehmend disproportionalen technologischen Entwicklungsstand sowie „ungeplanter“ Automatisierungsfolgen herrührt, durch überhöhte Lohn- und Gehaltszahlungen kompensieren mußte.

Einkommensnivellierungen zwischen unterschiedlichen Qualifikations- und Leistungskategorien einerseits und wachsende leistungsunabhängige Differenzierungen innerhalb derselben andererseits waren die Folge<sup>35)</sup>. Der sozial wesentliche Effekt dieses hier skizzierten komplexen Deformationszusammenhangs waren die zur Permanenz neigende Unterwanderung des „Prinzips der Verteilung nach der Leistung“ und damit die sukzessive Erosion einer der beiden wichtigsten Legitimationsgrundlagen des sozialökonomischen und politischen Systems.

Die andere Legitimationsgrundlage war das System der sozialen Sicherheit. Die für die DDR charakteristische staatliche Sozialpolitik war „gekennzeichnet durch eine zentral geplante und gesteuerte paternalistische Bedürfnisregulierung: Die Bürokratie ermittelt und bestimmt den Bedarf, entscheidet über die Grundsätze der Verteilung und organisiert die Zuteilung. So werden nicht nur vorhandene Bedürfnisse und Lebensgewohnheiten reprodu-

<sup>30)</sup> Vgl. Ingrid Lötsch/Manfred Lötsch, Arbeiterklasse und intensiv erweiterte Reproduktion. Neue Tendenzen und Probleme der Entwicklung der Arbeiterklasse in der DDR, in: Wissenschaftlicher Rat für Sozialpolitik und Demografie, Protokolle und Informationen, 4/1985, S. 38.

<sup>31)</sup> Vgl. K. Belwe (Anm. 27), S. 136 f.

<sup>32)</sup> 1989 waren 10,6 Prozent der Hochschulkader und 20,1 Prozent der Meister unterhalb ihres Qualifikationsniveaus eingesetzt. Vgl. Sozialreport 1990, Bd. 1, Berlin 1990 (Manuskriptdruck), S. 87 f.

<sup>33)</sup> Vgl. den Beitrag von Artur Meier in dieser Ausgabe, S. 3 ff.

<sup>34)</sup> Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1976, S. 537.

<sup>35)</sup> Während eine zunehmende Differenzierung der Arbeitseinkommen zwischen den Zweigen und vor allem auch zwischen den Geschlechtern zu verzeichnen ist, hat sich der durchschnittliche Nettolohnabstand zwischen Hoch- bzw. Fachschulkadern zu Produktionsarbeitern von 122 Prozent (1984) auf 115 Prozent (1988) verringert. Vgl. Sozialreport 1990 (Anm. 32), S. 114 ff.



ziert, sondern auch Wertorientierungen, Lebenspläne und Entfaltungschancen von Individuen und Gruppen nachhaltig vorgeprägt.<sup>36)</sup> Zwei Aspekte scheinen uns hier im Hinblick auf die politische Entwicklung 1989/90 besonders bedeutsam:

— Vom Standpunkt der vorherrschend gegebenen Bedürfnisse und Lebensgewohnheiten erscheinen die für eine effektive Modernisierung erforderlichen Veränderungen in den Lebensweisen — häufige berufliche Weiterbildung, territoriale Mobilität, verändertes Zeitverhalten, neue Kooperationsformen in der Arbeit — ebensowenig attraktiv wie alternative, ökologisch verträgliche und solidarische Wertorientierungen. Mit der Konservierung eher herkömmlicher Bedürfnisstrukturen und Konsumtionsgewohnheiten hat die praktizierte Sozialpolitik dazu beigetragen, daß zum einen die angestrebte Modernisierung auch an soziale Grenzen stieß. Und sie hat zum anderen einen sozialen Bewußtseinswandel behindert, der die Voraussetzung für die Akzeptanz der Programmatik der „alten Opposition“ gewesen wäre.

— Der obrigkeitstaatliche Charakter der Bedürfnisregulierung und Verteilungspolitik war ein Ausdruck der Eliminierung der „Empfänger“ von Arbeitsaufgaben, Einkommen und Sozialleistungen aus dem Gestaltungsprozeß sozialer Verhältnisse. Dieser „Entsubjektivierung“ sozialer Strukturen<sup>37)</sup> entsprach eine zur Uniformität neigende Individualisierung und Atomisierung des sozialen Verhaltens breiter Bevölkerungskreise, die zum einen soziale Kommunikationsprozesse durch den Rückzug in die vielzitierten „Nischen“ (Familie, Freundeskreis

usw.) zunehmend privatisierte und zum anderen die eigenen Bedürfnisse und Interessen nicht zum Ausgangspunkt selbstorganisierten kollektiven Handelns machte, sondern sie in eine Erwartungshaltung an den Staat umformulierte<sup>38)</sup>.

Orientierung an Konsum, Freizeitgenuß, privatem Wohlbefinden vor allem in der Familie, Interesse an leistungsgerechter Bezahlung sowie die Befürwortung einer „stark ordnende(n) und aktiv gestaltende(n) Rolle eines ‚demokratischen Staates‘ in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft“<sup>39)</sup> kennzeichnen die mehrheitliche Grundhaltung der DDR-BürgerInnen. In dieser, das widersprüchliche Verhältnis von sozialer Integration und politischer Distanz zum Ausdruck bringenden Grundhaltung sehen wir eine — künftig noch tiefer auszulotende — Erklärungsmöglichkeit dafür, warum die Revolution einerseits „so spät kam“ und andererseits so schnell ihre Richtung änderte.

Da das soziale und politische System eben nur zu partiellen Integrationsleistungen fähig war, zugleich aber eine strukturelle Unfähigkeit zu kollektivem sozialem Handeln erzeugte und reproduzierte, mußte soziale Unzufriedenheit erst in erheblichem Maße akkumuliert werden, ehe sie politisch mobilisierbar wurde. Und als in Anbetracht der nicht mehr nur individuell alltäglich wahrgenommenen, sondern nun auch öffentlich offenbarten ökonomischen und ökologischen Krisenausmaße die Formulierung von Erwartungen an den eigenen schon sichtbar zerfallenden Staat zunehmend als aussichtslos erscheinen mußte, war nichts naheliegender, als diese Erwartungen in alter Gewohnheit an den sich seit langem anbietenden anderen deutschen Staat und die ihn in der DDR vertretenden Parteien umzulenken.

<sup>36)</sup> Gerd Meyer, Der versorgte Mensch, in: Zur politischen Kultur der DDR, Der Bürger im Staat, 39 (1989) 3, S. 159.

<sup>37)</sup> „Entsubjektivierung“ sozialer Strukturen meint, daß die Proportionen sozialer Differenzierung nicht „aus dem interessegeleiteten Handeln wirtschaftlicher Subjekte hervorgehen“ (Th. Hanf [Anm. 26], S. 2). Soziale Gruppen oder Klassen fungieren daher nicht mehr als Akteure kollektiven Handelns, sondern nur noch als sozialstatistische Kategorien.

<sup>38)</sup> Eine Untersuchung von DDR-Soziologen im Januar 1990 ergab, daß 90,8 Prozent der Befragten den Staat für die Altersrentenversorgung, 95,8 Prozent für medizinische Versorgung und 61,8 Prozent für die finanzielle Absicherung bei Krankheit verantwortlich machen. Vgl. Sozialreport 1990 (Anm. 32), S. 216.

<sup>39)</sup> G. Meyer (Anm. 36), S. 162.



# Mentalitätswandlungen der Jugend in der DDR

## I. Einleitung

Was ging in den Köpfen der DDR-Bürger, der jüngeren wie der älteren Generationen, in den letzten Jahren vor? Wie hat sich der revolutionäre Umbruch vom Herbst 1989 vorher geistig angekündigt? Revolutionäre Prozesse kommen doch in Gang, wenn bestimmte Wandlungen der psychischen Befindlichkeit, der Mentalität großer Bevölkerungsgruppen, als Schubkräfte wirksam werden.

Zuverlässige sozialwissenschaftliche Forschungsergebnisse über die psychische Lage, die Mentalitäten und ihre zeitgeschichtlichen Veränderungsprozesse bei der DDR-Bevölkerung sind nur sehr spärlich vorhanden. Das geht auf die jahrzehntelange Praxis des früheren autoritären Herrschaftssystems zurück, das zwar viel von der Notwendigkeit „objektiver Analysen“ redete, gleichzeitig aber alles tat, um diese zu verhindern. Ein schwerwiegender Systemfehler war, anstelle wissenschaftlicher Wirklichkeitsanalysen schöne Fata-Morgana-Visionen zu bevorzugen und sich politisch davon leiten zu lassen.

Unter den wenigen sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen der DDR hat das Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ) in Leipzig einige Besonderheiten. Dieses Institut existiert seit 1966 und hat seitdem über 400 sozialwissenschaftliche Untersuchungen – darunter mehrere größere, über fünf bis zehn Jahre reichende Längsschnittstudien bei Schülern, Lehrlingen, Studenten, jungen Arbeitern – durchgeführt. Außerdem wurden in vielen Untersuchungen Probleme des weltanschaulichen, politischen, moralischen Bewußtseins und Verhaltens der Jugendlichen aller Schichten analysiert sowie wichtige Veränderungstrends ermittelt.

Bis zum Herbst 1989 bestand allerdings nicht die geringste Chance, solche Ergebnisse unserer historischen Vergleichsforschungen zu veröffentlichen. Unsere Daten, besonders zu politischen Einstellungen und Wertorientierungen, unterlagen sehr strengen Geheimhaltungs- und Zensurreglements, die erst mit der politischen Wende beseitigt wurden.

Die Jugendstudien des ZIJ konnten aus verschiedenen – insbesondere politischen – Gründen nicht repräsentativ gestaltet werden, wodurch die Aussagekraft der ermittelten empirischen Daten etwas

gemindert ist. Dennoch zeigen die nachgewiesenen zeitgeschichtlichen Trends bei Lehrlingen, jungen Arbeitern, Schülern und Studenten bemerkenswerte Wandlungen der Mentalitätsstrukturen, die das Verständnis der politischen Entwicklung in der DDR erklären helfen. In einer großangelegten Sekundäranalyse haben Peter Förster und Günter Roski zahlreiche Studien seit 1970 verglichen. Meist wurden die Populationen mehrerer in einem Jahr durchgeführter ZIJ-Untersuchungen zusammengefaßt sowie nach Schulbildung (mindestens Abschluß der 10. Klasse) und politischer Aktivität (Parteizugehörigkeit, FDJ-Funktion bzw. -Mitgliedschaft und Geschlecht) homogenisiert. Verglichen wurden stets nur identische Indikatoren, abweichende Fälle sind gesondert hervorgehoben. Alle Ergebnisse wurden mit der Methode der schriftlichen Befragung im Gruppenverband erhoben, wodurch die Anonymität auch für die befragten jungen Bürger glaubwürdig gesichert werden konnte<sup>1)</sup>.

**Tabelle 1: Zusammensetzung der Populationen bei den Jugendstudien des ZIJ**

	Lehrlinge	Junge Arbeiter	Studenten
1970	3 080	1 730	2 480
1975	4 000	2 180	2 400
1975	2 500	3 230	5 600
1981 <sup>1)</sup>	2 200	—	—
1983	1 120	400	480
1984	780	1 030	—
1985 <sup>1)</sup>	1 500	—	2 750
1986	1 040	640	2 750
1988 (Mai)	440	150	550
1988 (Okt.)	830	1 250	—
1989 (Feb.)	—	—	3 860

<sup>1)</sup> Nur männliche Lehrlinge.

<sup>1)</sup> Mein besonderer Dank gilt Peter Förster, Kurt Starke, Harry Müller, Hans-Jörg Stiehler, die als Forschungsleiter diese Studien konzipiert, sowie Günter Roski und Ulli Heublein, die Daten zugearbeitet haben.



## II. Mentalitätswandel im Kontext der DDR-Geschichte

Wandlungen der Mentalitäten können in Abhängigkeit von der individuell-biographischen wie von der gesellschaftlich-historischen zeitgeschichtlichen Entwicklung beobachtet und untersucht werden. Allerdings kann der individuell-biographische Wandel nicht abstrakt, gleichsam als anthropologisches Phänomen, sondern stets nur in seiner Abhängigkeit vom historisch-konkreten Gesellschaftskontext betrachtet werden. Wir stellen in diesem Beitrag nur den zeitgeschichtlichen Mentalitätswandel dar. Jugendkohorten gleichen Alters, des gleichen Bildungs- und beruflichen Status werden zu unterschiedlichen historischen Zeitpunkten und gesellschaftlichen Situationen auf bestimmte Mentalitätsmerkmale miteinander verglichen.

Bei der DDR-Jugend haben sich in den vergangenen Jahrzehnten gravierende Mentalitätswandlungen vollzogen. Doch waren Richtung, Inhalte, Verlaufsformen und Dynamik dieser Wandlungsprozesse recht unterschiedlich. Mit der Zerschlagung des faschistischen Regimes und dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung nach sowjetischem Typ vollzog sich seit 1945 ein tiefreichender Mentalitätswandel, der sehr different, widerspruchsvoll, für viele junge Menschen sehr konfliktreich und schmerzhaft verlief. Dieser Wandlungsprozeß kann sozialwissenschaftlich nicht präzise rekonstruiert werden, da keine größeren Untersuchungen dazu bekannt sind. Aber aus dokumentarischen Belegen, aus der Retrospektive und vor allem aus den Strukturen des politisch-moralischen Bewußtseins der späteren Erwachsenenkohorten (in den sechziger und siebziger Jahren) kann die Tragweite und der Charakter dieses Mentalitätsumbruchs hinreichend abgeschätzt werden.

Dabei dürfen solche historischen Ereignisse wie der 17. Juni 1953 und der zunehmende Strom der Übersiedler in die Bundesrepublik Ende der fünfziger Jahre nicht übersehen werden. Mit dem Bau der Mauer 1961 wurde die unmittelbare Kommunikation der Deutschen in Ost und West unterbunden. Eine ideologische Abgrenzungs- und Diffamierungskampagne setzte ein, zugleich gab es massive Versuche der Integration, Indoktrination und der Selbstbeschönigung des sozialistischen Systems. Ökonomisch und sozial kam es in diesen Jahren zwar zu einer gewissen Konsolidierung, außenpolitisch schließlich zur völkerrechtlichen Anerkennung der DDR.

Nach der Ablösung Walter Ulbrichts durch Erich Honecker als Erster Sekretär der SED sollte der VIII. Parteitag der SED (1971) unter dem Vorzeichen einer Einheit von „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ eine Wende einleiten. Doch schon Ende der siebziger Jahre wurde für viele DDR-Bürger sicht-

bar, daß sich die Versprechungen und Hoffnungen nicht erfüllen konnten. Ökonomisch wie politisch zeigte sich eine Stagnation, der Rückstand gegenüber den westlichen Industriestaaten, besonders augenfällig im Vergleich mit der Bundesrepublik, wurde immer deutlicher sichtbar. Die zunehmenden Belastungen durch das Wettrüsten und das drohende atomare Inferno lösten Anfang der achtziger Jahre verstärkt Überlebensangst aus, was zeitweilig die politische Identifikation mit dem Sozialismus im Zusammenhang mit Friedensinitiativen der DDR förderte.

Mit der Perestroika-Politik von Michail Gorbatschow, der seit seiner Amtsübernahme im März 1985 viele Hoffnungen geweckt hatte, verstärkte sich das latent vorhandene kritische Potential in der DDR, vor allem als sich herausstellte, daß die dogmatische SED-Führung die Reformpolitik Gorbatschows argwöhnisch beobachtete und statt dessen den „Sozialismus in den Farben der DDR“ proklamierte. Das stieß auf heftige Ablehnung. Daher setzten starke Verfallsprozesse der politischen Identifikation ein, die seit 1988 dramatisch verliefen und 1989 zur revolutionären Erhebung des Volkes führten.

Die Forschungsergebnisse des ZIJ seit Ende der sechziger Jahre spiegeln diese Prozesse sehr anschaulich wider:

– In den siebziger Jahren haben wir eine deutliche Konsolidierung sozialistischer Überzeugungen und Wertorientierungen bei allen Schichten unserer Jugend beobachtet. Von Jahr zu Jahr erhöhten sich Zahl und Intensitätsgrad der Zustimmung zu den Zielen und Werten der damaligen Gesellschaft.

– Ende der siebziger Jahre traten bereits erste stagnative und auch schon leicht rückläufige Trends bei bestimmten politischen Einstellungen zutage.

– Anfang der achtziger Jahre kam es vorübergehend erneut zu einer gewissen Bekräftigung sozialistischer Identifikation und auch einiger (nicht aller!) entsprechender Überzeugungen.

– Ab 1985 trat der bis 1989 immer schneller und massiver verlaufende Verfall des „sozialistischen Bewußtseins“ ein.

Alle wesentlichen Überzeugungen und Werte wurden davon erfaßt, wenn auch teilweise zeitlich inkongruent. Auch zwischen den verschiedenen Schichten der Jugend stellten wir zeitlich wie inhaltlich bedeutende Inkongruenzen fest. Die Studentenschaft hielt sich z. B. mit Kritik viel länger zurück als Lehrlinge und junge Arbeiter. Sie näherten sich erst 1988/89 der kritischen Haltung der werktätigen Jugend an.



### III. Empirische Befunde im Zeitverlauf 1970–1990

#### 1. Weltanschauliche Grundposition

Die Haltung zu Religion und Atheismus ist auch für die DDR-Jugend von erheblicher Relevanz. Sie wird in der Regel schon im frühen Jugendalter festgelegt, spätere Konversionen – evtl. über die Zwischenstufe der Unentschiedenheit – sind nicht häufig, am seltensten bei Studenten.

**Tabelle 2: Haltung zu Religion und Atheismus (Angaben in Prozent)**

	atheistisch	religiös	unentschieden
<i>Lehrlinge</i>			
1970	67	6	27
1975	69	11	20
1979	62	12	26
1984	63	10	27
1986	65	11	24
1988	64	16	20
1989	65	15	20
<i>Junge Arbeiter</i>			
1970	64	4	32
1975	70	9	21
1979	62	9	29
1984	65	7	28
1986	60	13	27
1988	64	16	20
<i>Studenten</i>			
1970	76	9	15
1975	77	9	14
1979	79	9	12
1983	79	10	11
1986	81	7	12
1988	81	9	10
1989	85	6	9

Studenten sind entschiedener und häufiger Atheisten als andere Gruppen von Jugendlichen, seit 1970 mit zunehmender Tendenz. Dagegen ist die Zahl der Atheisten bei Lehrlingen und jungen Arbeitern gleichgeblieben, doch deutet sich in den letzten Jahren eine leichte Zunahme der Religiösen auf Kosten der Unentschiedenen an. Insgesamt zeigen die Ergebnisse, daß die weltanschauliche Grundposition von den schwerwiegenden politi-

schen Prozessen bis 1989 nicht bzw. nur schwach beeinflußt worden ist. Prognosen für zukünftige Trends sind daraus allerdings kaum abzuleiten.

Ein ganz anderes Bild ergibt sich bei der Betrachtung der zeitgeschichtlichen Verlaufsformen politischer Überzeugungen (Identifizierungen). Häufigkeit und Intensität der Zu- bzw. Abwendungen spiegeln sich in charakteristischen Trendprozessen wider, beispielsweise im Verhältnis

- zum Marxismus-Leninismus
- zur SED
- zur FDJ
- zur DDR
- zur Sowjetunion als Führungsmacht
- zur historischen Perspektive des sozialistischen Systems
- zur Bundesrepublik Deutschland

#### 2. Einstellung zum Marxismus-Leninismus

Bei Lehrlingen und jungen Arbeitern ging die Identifikation mit dem Marxismus-Leninismus schon seit Ende der siebziger Jahre zurück. Im allgemeinen nahmen die jungen Leute zwar die Lehrsätze in Schule, Ausbildung, im FDJ-Studienjahr und in den Medien zur Kenntnis, wiederholten sie auch in Prüfungen, setzten sich jedoch gedanklich-kritisch wenig mit ihnen auseinander. Sie konnten den Marxismus-Leninismus aber als persönliche Lebensorientierung, als „Lebensphilosophie“ in ihrer eigenen

**Tabelle 3: Identifikation mit dem Marxismus-Leninismus (Angaben in Prozent)**

	stark	mit Einschränkung	kaum/nicht
<i>Lehrlinge</i>			
1975	46	40	14
1979	33	49	18
1981 <sup>1)</sup>	28	50	22
1985 <sup>1)</sup>	14	40	46
1988	13	46	41
1989 (Mai)	9	35	56
1989 (Okt.)	6	32	62
<i>Studenten</i>			
1975	61	34	5
1979	57	35	8
1989 (Mai)	35	46	19

<sup>1)</sup> Nur männliche Lehrlinge.



Lebenspraxis, zunehmend weniger nutzen und akzeptieren. Er erschien ihnen zu abstrakt, lebensfern, scholastisch. Seine Lehrsätze korrespondierten kaum mit ihren Lebenserfahrungen, das galt besonders für junge Werktätige. Mitte der achtziger Jahre wurde der Marxismus-Leninismus schon von fast jedem zweiten Lehrling/jungen Arbeiter als persönliche Verhaltensorientierung abgelehnt.

Studenten identifizierten sich viel häufiger und uneingeschränkter mit dem Marxismus-Leninismus, besonders in den gesellschaftswissenschaftlichen Fachgebieten. Diese Beobachtung kann als Folge der persönlichen Studienwahl, bestimmter politischer Selektionskriterien und auch der Praxisferne der Hochschulausbildung interpretiert werden. Erst 1987/88 setzten stärkere Differenzierungsprozesse ein, die 1989 gerade auch bei Studenten gesellschaftswissenschaftlicher Fächer, sehr massiv und kritisch zum Ausdruck kamen.

### 3. Einstellung zur Sowjetunion

Die Identifikation mit der Sowjetunion, die in den siebziger Jahren unter der DDR-Jugend noch stark ausgeprägt war, ist ebenfalls seit Anfang der achtziger Jahre bei allen Schichten der Jugend deutlich zurückgegangen. Sie erreichte bereits in den letzten Jahren der Breschnew-Ära einen ersten Tiefstand. Als historisches Vorbild konnte die Sowjetunion kaum noch akzeptiert werden.

Wie aus Tabelle 4 hervorgeht, gab es 1986 nochmals eine positive Trendwende, die sicher als Hoff-

**Tabelle 4: Verbundenheit mit der Sowjetunion (Angaben in Prozent)**

	stark	mit Einschränkung	kaum/nicht
<i>Lehrlinge</i>			
1985	9	60	31
1986	19	46	35
1988	10	38	52
<i>Junge Arbeiter</i>			
1985	15	50	35
1986	21	43	36
1988	9	39	52
<i>Studenten</i>			
1985	19	59	22
1986	36	41	23
1989 (Mai)	16	45	39

nung auf Gorbatschows Perestroika-Programm gedeutet werden kann. Gorbatschow war von Anfang an bei der DDR-Jugend sehr populär. Die jungen Leute hofften auf den Erfolg seiner Politik, ganz besonders aber versprachen sie sich durch ihn eine wirkliche politische Wende im eigenen Land – sowohl oppositionell Eingestellte aller Schichten als auch Mitglieder der SED (die in den letzten Jahren ebenfalls zunehmend in Opposition zum Honecker-Sozialismus gerieten). Ende 1988 bekundeten 83 % der jungen Leute ihre Sympathie für Gorbatschow, davon 50 % sehr stark, Nichtmitglieder der SED zu 82 % (davon 49 % sehr stark), Mitglieder der SED zu 90 % (davon 55 % sehr stark).

Gorbatschow war bis zum Oktober 1989 der Hoffnungsträger, was auch in der Parole „Gorbi – hilf uns“, zum Ausdruck kam. Die jungen Leute fast aller politischen Positionen waren sich besonders 1989 weitgehend einig:

– in der zunehmenden Ablehnung der Honecker-Herrschaft, des „Sozialismus in den Farben der DDR“;

– in der Kritik an den gesellschaftlichen Mängeln und Mißständen;

– in dem Willen nach gesellschaftlichen Reformen, wie sie Gorbatschow mit seiner Perestroika- und Glasnost-Politik verkündet hatte.

### 4. Einstellung zur sozialistischen Perspektive

Bis Mitte der achtziger Jahre war bei der DDR-Jugend die Überzeugung von der Überlegenheit des sozialistischen Systems und seiner globalen Verbreitung noch erstaunlich stark verbreitet. Fast jeder zweite Jugendliche glaubte fest an die Durchsetzung des Sozialismus im Weltmaßstab. Nur 10–20 % hatten stärkere Zweifel. Bei den Studenten waren sogar zwei Drittel davon fest überzeugt. Unter dem Einfluß der zugespitzten internationalen Lage (kalter Krieg, Raketenstationierungs-Debatte) und der massiven Propaganda hielt dieser Glaube noch lange Zeit unvermindert an.

Erst nach der kritischen Lageeinschätzung Gorbatschows und den offen zutage tretenden Krisenprozessen in der Sowjetunion und in anderen sozialistischen Ländern kam es in der Folgezeit zu einem schnellen Abbau dieser politischen Überzeugung. Bereits 1988 hatten sich die Proportionen nahezu umgekehrt. Weit über die Hälfte der Lehrlinge und jungen Arbeiter gab dem Sozialismus jetzt wenig oder keine Chancen mehr und nur 6–10 % hatten noch keine Zweifel. Studenten beurteilten die Entwicklungschancen der sozialistischen Gesellschaft in allen Jahren wiederum deutlich positiver als Lehrlinge und junge Arbeiter.



**Tabelle 5: Historische Perspektive des Sozialismus (Angaben in Prozent)**

	Der Sozialismus wird sich in der ganzen Welt durchsetzen. Das ist meine Meinung.		
	vollkommen	mit Einschränkung	kaum/nicht
<i>Lehrlinge</i>			
1970	46	36	18
1975	63	28	9
1979	50	35	15
1983	47	45	8
1984	50	42	8
1988 (Mai)	10	32	58
1989 (Okt.)	3	27	70
<i>Junge Arbeiter</i>			
1970	35	41	24
1975	56	35	9
1979	39	43	18
1983	45	47	8
1984	44	46	10
1988 (Okt.)	6	30	64
<i>Studenten</i>			
1970	65	27	8
1975	78	20	2
1979	66	28	2
1983	68	31	1
1989 (Mai)	15	39	46

### 5. Einstellung zur SED

Aus heutiger Sicht ist die Einstellung der Jugendlichen zur SED von besonderem Interesse. Immerhin haben sich von den siebziger Jahren bis Mitte der achtziger Jahre 70–80 % der DDR-Jugendlichen mit der SED identifiziert, wenn auch 50 % mit Einschränkungen. 20–25 % sind dieser Partei schließlich beigetreten.

Der Vertrauensverlust gegenüber der SED setzte 1987/88 verstärkt ein und erreichte 1989 den Zustand einer tiefen Vertrauenskrise, die sich dann von Monat zu Monat weiter ausbreitete. Im Frühjahr 1989 lehnte die Hälfte der werktätigen Jugend bereits die SED ab, ebenso etwa ein Drittel der Studenten. Von den Nichtmitgliedern der SED identifizierten sich lediglich 8 %, selbst von den Parteimitgliedern nur noch 48 % voll mit dieser Partei.

**Tabelle 6: Identifikation mit der SED (Angaben in Prozent)**

	stark	mit Einschränkung	kaum/nicht
<i>Lehrlinge</i>			
1970	24	53	23
1986	26	53	21
1989 <sup>1)</sup>	10	37	53
<i>Junge Arbeiter</i>			
1970	23	52	25
1986	26	52	22
1989 <sup>1)</sup>	21	35	44
<i>Studenten</i>			
1970	32	48	20
1986	45	48	7
1989 <sup>1)</sup>	24	40	36
<i>SED-Mitglieder</i>			
1970	87	13	0
1986	81	19	0
1989 <sup>1)</sup>	48	44	8
<i>Nichtmitglieder</i>			
1970	20	55	21
1986	22	58	20
1989 <sup>1)</sup>	8	37	55

<sup>1)</sup> Die Befragung wurde im April/Mai 1989 durchgeführt.

Die Ergebnisse bis 1986 dürften heute Verwunderung und Zweifel auslösen. Verständlicherweise können solche Durchschnittswerte nicht die subjektiven Erfahrungen, Kämpfe und Biographien von Einzelpersonen oder Gruppierungen reflektieren. Zwischen statistischen Mittelwerten und individuellen Varianten/Erfahrungen darf kein Gleichheitszeichen gesetzt werden. Außerdem ist gerade in unserer Zeit des politischen Übergangs, der Distanzierung von und der Abrechnung mit dem alten System, die Gefahr bewußt oder unbewußt tendenziöser Interpretationen der eigenen Biographie, aber auch der DDR-Geschichte in Rechnung zu stellen. Deshalb soll an dieser Stelle ausdrücklich betont werden, daß es für mich keine Zweifel an der Glaubwürdigkeit dieser Daten gibt.

Die Identifikation mit der FDJ, der einzigen zugelassenen Jugendorganisation, ist in den achtziger Jahren ebenfalls ständig weiter zurückgegangen. Sie wurde zwar von einer großen Zahl junger Leute



noch toleriert, aber doch ohne tieferes Engagement. Im Vergleich zu Lehrlingen erteilten Studenten wiederum bedeutend positiver. Zahlreiche Funktionäre und aktive Jugendliche haben zwar durch eigene Initiativen im Rahmen der FDJ interessante und nützliche Aktivitäten organisiert (offene politische Diskussionen, Umweltschutz, kulturelle Veranstaltungen usw.), doch hatte die FDJ als politischer Jugendverband in den Augen der großen Mehrheit junger Leute wenig Bedeutung und war in den letzten Jahren politisch nahezu ohne Einfluß.

## 6. Einstellung zur DDR

Erstaunlich stark war lange Zeit bei allen Schichten der Jugend die Identifikation mit der DDR ausgeprägt. Tatsächlich war ein Stolz auf die DDR, auf das „sozialistische Deutschland“ weit verbreitet und wurde von sehr vielen Jugendlichen auch so empfunden. Das ist verständlich, denn ohne dieses Identitätsbewußtsein konnte die Mehrheit der jungen Leute schwerlich konfliktfrei leben.

So entwickelte sich besonders in den Jahren der relativen (teils auch nur scheinbaren) ökonomischen und politischen Erfolge ein durchaus emotional verankertes DDR-Bewußtsein. Es verstärkte und profilierte sich einerseits in der Abgrenzung zur mächtigeren und attraktiveren Bundesrepublik, und die Anerkennungswelle nach 1970 gab Selbstvertrauen. Andererseits wollte man den osteuropäischen „Brudervölkern“ — besonders der Sowjetunion und Polen — beweisen, was der Deutsche aus dem Sozialismus zu machen versteht und was sich im vergleichsweise höheren Lebensstandard mit Stolz demonstrieren ließ. Die DDR war als Staat mit der sozialistischen Gesellschaftsordnung verknüpft. Je stärker der Glaube an die Zukunftsfähigkeit des Sozialismus war, desto ausgeprägter war die DDR-Identität. Solange dieser Glaube existierte, war auch die DDR-Identität kaum in Frage gestellt. Als dann aber massive Zweifel an der Überlegenheit und sogar an der weiteren Existenz des Sozialismus aufkamen, wurde die DDR-Identität zwangsläufig stark erschüttert. So trat die bis Mitte der achtziger Jahre stark verdrängte (oft allerdings heimlich ersehnte) deutsche Identität, der Wunsch, als Deutscher zu gelten, bei vielen DDR-Bürgern wieder in den Vordergrund. Die in den letzten Jahren ständig wachsende Zahl der Ausreisewilligen, der Strom der Übersiedler in die Bundesrepublik, die bewegenden Verbrüderungsszenen nach der Grenzöffnung am 9. November 1989, der alles beherrschende Ruf „Deutschland einig Vaterland“ auf den Demonstrationen sind reale Symptome dieses Identitätswandels, ja Identitätsbruchs. Dies wird aus Tabelle 7 deutlich erkennbar.

**Tabelle 7: Identifikation<sup>1)</sup> mit der DDR (Angaben in Prozent)**

	sehr stark/ stark	mit Ein- schränkung	kaum/ überhaupt nicht
<i>Lehrlinge</i>			
1970	41	50	9
1975	57	38	5
1979	40	50	10
-----			
1983	46	45	9
1985	51	43	6
1986	48	46	6
1988 (Mai)	28	61	11
1988 (Okt.)	18	54	28
<i>Junge Arbeiter</i>			
1970	37	53	10
1975	53	42	5
1979	38	52	10
-----			
1983	55	38	7
1985	57	39	4
1986	46	49	5
1988 (Mai)	32	61	7
1988 (Okt.)	19	58	23
<i>Studenten</i>			
1970	43	57	10
1975	66	32	2
1979	51	44	5
-----			
1983	70	29	1
1985	70	28	2
1986	68	30	2
1988 (Mai)	52	45	3
1989 (Feb.)	34	51	15

<sup>1)</sup> Dieser Trendvergleich stützt sich auf zwei verschiedenen Fragetexte:

„Ich bin stolz, ein Bürger unseres sozialistischen Staates zu sein“ (bis 1979).

„Ich fühle mich mit der DDR eng verbunden“ (ab 1983).

Die methodischen Probleme sind zu beachten.

In den siebziger Jahren konnten wir zunächst eine kontinuierliche Verstärkung der DDR-Verbundenheit bei Lehrlingen, jungen Arbeitern und Studenten beobachten, über die Hälfte von ihnen bekun-



dete 1975 eine uneingeschränkte DDR-Identifikation. Ende der siebziger Jahre nahmen Vorbehalte zu, doch hielt sich danach ein sogar noch leicht angestiegenes Identitätsbewußtsein bis 1985/86. Als Gründe lassen sich eine verbreitete Kriegs-/Existenzangst, die positiv bewertete DDR-Friedenspolitik sowie der immer augenfälligere Unterschied im Lebensstandard gegenüber den osteuropäischen Ländern vermuten.

Dann fanden jedoch beträchtliche, 1988/89 schon enorme Abbauprozesse statt; bei jungen Arbeitern und Lehrlingen wiederum ein bis zwei Jahre früher als bei Studenten. Die volle Identifikation/Verbundenheit schrumpfte bei der werktätigen Jugend 1988 auf unter 20 %, die Zahl der Ablehnungen stieg dagegen auf über 20 %. Dabei ist zu betonen, daß die DDR immer mit dem jeweiligen Zustand des sozialistischen Systems (1988/89 also mit dem Niedergang des stalinistischen Honecker-Sozialismus) assoziiert wurde. Daß sich hier schon unmittelbar nach der politischen Wende ganz andere Identitäts-Inhalte herausgebildet haben bzw. weiter herausbilden werden, erscheint sicher und wird ein relevantes Forschungsthema bleiben.

Zu bestimmten Merkmalen der DDR hatten die jungen DDR-Bürger allerdings schon vor Jahren ein sehr kritisches Verhältnis, etwa zur Rolle der Staatsmacht. Unter dem Eindruck der zunehmenden Restriktionen, Tabus, Drangsalierungen,

Rechtsverletzungen durch Staats-, Sicherheits- und Parteiorgane kam es dann 1988/89 zu einer entschiedenen Ablehnung des SED-Herrschaftssystems.

## 7. Nutzung und Einschätzung der Medien

Die politische Information durch die eigenen Medien wurde von jungen (wie auch von älteren) DDR-Bürgern seit langer Zeit kritisiert. Politische Sendungen wurden von ihnen als zu wenig aktuell/glaubwürdig/interessant, als zu langweilig/stereotyp/propagandistisch, die Alltagsprobleme verdeckend, die Wirklichkeit beschönigend, als zu rechtshaberisch/arrogant/unkritisch bewertet. Diese Einschätzung betraf vor allem die politischen Tagesinformationen (Aktuelle Kamera), die Berichterstattung von den „gesellschaftlichen Höhepunkten“ (Demonstrationen, Parteitage, Reden der führenden Politiker) und bestimmte Sendereihen (etwa „Der schwarze Kanal“).

Diese Lage wurde schon Ende der sechziger Jahre von den Jugendlichen erkannt, aber bis Mitte der achtziger Jahre von der Mehrheit eher resignierend hingenommen und erst in den letzten Jahren mit mehr Zorn, Sarkasmus und lautem Protest verurteilt. In den siebziger Jahren waren nur etwa 10 % der Studenten mit der Informationspolitik voll zufrieden. Sie wurde im Vergleich mit anderen Politikbereichen (wie Bildungs-, Jugend- oder Außenpolitik der DDR) stets mit Abstand auf den letzten Platz verwiesen.

**Tabelle 8: Einstellung zur Machtausübung in der DDR (Angaben in Prozent)**

<i>Leipziger Schüler aus 10. Klassen</i>				
„Wird nach Ihrer Meinung in der DDR die Staatsmacht so ausgeübt, wie Sie es für richtig halten?“				
	volle Zustimmung	mit Einschränkungen	neutral	Ablehnung
1981	11	45	19	25
1988	5	29	17	49
1989 (Ende Okt.)	0	3	12	85
<i>Studenten</i>				
„In der DDR wird die Macht in meinem Sinne ausgeübt.“				
	volle Zustimmung	mit Einschränkungen	kaum/überhaupt nicht	
1979	32	59	9	
1989 (Mai)	7	63	30	

**Tabelle 9: Mediennutzung im Vergleich 1985 und 1988 (Angaben in Prozent)**

Stationen	Jahr	Lehrlinge		Junge Arbeiter	
		1	2	1	2
DDR-Fernsehen	1985	37	80	47	89
	1988	35	69	41	72
BRD-Fernsehen	1985	38	67	41	77
	1988	57	79	55	77
DDR-Rundfunk	1985	23	59	35	76
	1988	23	43	34	54
BRD-Rundfunk	1985	47	82	44	81
	1988	66	87	62	85

1 = tägliche Nutzung; 2 = Nutzung mehrmals in der Woche.



Die verständliche Folge war, daß sich immer mehr junge Menschen aller Schichten den Westmedien zuwandten – allerdings nicht nur wegen der interessanteren, attraktiveren, weniger doktrinär erscheinenden Information, sondern auch wegen der beliebteren Musik-, Unterhaltungs- und Jugendsendungen. Die Nutzung und Glaubwürdigkeit der politischen Sendungen der bundesdeutschen Medien erhöhte sich von Jahr zu Jahr. Wie sich die Proportionen der Mediennutzung bei Lehrlingen und jungen Arbeitern von 1985 bis 1988 weiter verschoben haben, belegt die folgende Tabelle.

In einer Anfang 1988 durchgeführten Untersuchung wurde nach der Übereinstimmung der von den DDR-Medien vermittelten Informationen über die DDR-Wirklichkeit mit den eigenen Alltagserfahrungen gefragt. Nur verschwindend wenige Jugendliche konnten eine volle Übereinstimmung der Informationen aus DDR-Medien mit ihren Lebenserfahrungen bestätigen (4%).

### 8. Einstellung zur Bundesrepublik Deutschland

In Abhängigkeit von der relativ stabilen Ausprägung systemkonformer Identitäten und Wertorientierungen – der Grundeinstellungen zur DDR, zur sozialistischen Perspektive, zum Vorbildland Sowjetunion, zur SED – hatten große Teile der DDR-Jugend in den siebziger Jahren ein kritisch-distanziertes Verhältnis zur Bundesrepublik. Das ergab sich aus der (trotz zeitweiliger Intensitätsschwankungen) doch fast täglich erlebbaren Kon-

frontation beider deutscher Staaten im ökonomischen, militärpolitischen und vor allem ideologischen Bereich, vermittelt durch die Medienpropaganda. Feindbilder wurden gepflegt, die Abgrenzung schien immer selbstverständlicher, eine Wiederannäherung und ein besseres Verstehen der Menschen immer aussichtsloser zu werden. Persönliche Kontakte waren, abgesehen von Verwandtschaftsbesuchen, selten. Bei gelegentlichen Begegnungen, bei organisierten Treffs in der DDR fand man Vertreter der anderen Seite oft fremd und unzugänglich, man hatte Verständnis- und Kommunikationsschwierigkeiten.

In diesem Zusammenhang ist eine Vergleichsuntersuchung zu nationalen Stereotypen sehr aufschlußreich, die Harry Müller bei älteren Schülern 1978 und 1988 durchgeführt hat. Aus den (hier auszugsweise mitgeteilten) Ergebnissen geht hervor, daß sich in den achtziger Jahren bei den Schülern ein gravierender Wandel in der Einschätzung der BRD- und DDR-Bürger vollzogen hat.

Während sich das Bild vom BRD-Bürger hinsichtlich der Merkmale „arbeitsam, intelligent“ in den Augen der Schüler nur leicht positiviert hat, wird er in seiner politischen Haltung und gesellschaftlichen Befindlichkeit 1988 ganz anders als zehn Jahre vorher bewertet. Auch finden ihn viel mehr befragte Schüler „sympathisch“.

Mit der Aufwertung des BRD-Bürgers korrespondiert die starke Abwertung des Autostereotyps, des DDR-Bürgers. Sie bezieht sich auf alle Merkmale,

**Tabelle 10: Beurteilung von BRD- und DDR-Bürgern durch Leipziger Schüler 1978 und 1988**

Merkmal	Jahr	BRD				DDR			
		1	2	3/4	0	1	2	3/4	0
arbeitsam	1978	19	46	18	17	39	50	9	2
	1988	19	53	8	20	20	61	15	5
intelligent	1978	18	48	9	25	35	55	4	6
	1988	19	54	2	25	19	71	4	6
leben kulturvoll	1978	22	35	23	20	40	44	14	2
	1988	22	34	21	23	18	46	32	4
politisch fortschrittlich	1978	9	28	34	29	42	40	11	7
	1988	28	37	8	27	17	52	19	12
fühlen sich in ihrem Staat wohl	1978	11	27	29	33	36	48	12	4
	1988	22	45	13	20	10	56	27	7
sympathisch	1978	19	45	22	14	39	46	9	6
	1988	31	50	5	14	28	58	7	7

1978: 780 Schüler aus 8.–10. Klassen; 1988: 398 Schüler aus 8.–10. Klassen.

1 = volle Zustimmung; 2 = eingeschränkte Zustimmung; 3/4 = kaum/keine Zustimmung; 0 = kein Urteil.



besonders aber auf die politisch-gesellschaftlichen. Entsprechend negativiert hat sich die Sympathie-Bewertung. Diese Ergebnisse belegen sehr anschaulich, wie differenziert und tiefreichend sich die Stereotype verändert haben. Sie zeigen einen starken und umfassenden Identitätsverlust gegenüber der DDR (des Jahres 1988) sowie eine zunehmende Hochschätzung und Verbundenheit mit der BRD. Im Gegensatz zu Studenten hat sich dieser Prozeß bei Schülern und Lehrlingen bedeutend früher und vorbehaltloser vollzogen.

Kurt Starke u. a. ermittelten 1979 und 1989 die Beziehung von DDR-Studenten zur Bundesrepublik.

**Tabelle 11: Verbundenheit<sup>1)</sup> von DDR-Studenten mit der Bundesrepublik Deutschland**

	sehr stark			überhaupt nicht		
	1	2	3	4	5	6
1979	0	4	14	18	28	36
1989	1	9	23	23	25	19

<sup>1)</sup> Sechsstufige Skala von „sehr stark“ (1) bis „überhaupt nicht“ (6).

Anfang 1989 hatte es bereits eine bedeutsame Linksverschiebung gegeben. Die Ablehnung der BRD durch Studenten fiel jetzt schon erheblich milder aus, 10 % äußerten sich nun schon sehr positiv über die Bundesrepublik. Insgesamt aber herrschte bei DDR-Studenten eine ziemlich reservierte Haltung vor. Das dürfte sich allerdings in den vergangenen Monaten stark verändert haben. Neue Ergebnisse dazu stehen erst im Mai 1990 zur Verfügung.

Die ausgeprägten aktuellen Veränderungen im Identitätsbewußtsein von Schülern der 9./10. Klassen im Zeitraum von März 1989 bis Februar 1990 hat Harry Müller in drei Studien analysiert.

Tabelle 12 enthält einige Trends, die zunächst merkwürdig erscheinen. In der Studie vom November 1989 geht die Identifikation als Deutscher zurück und die als DDR-Bürger steigt deutlich an, nur drei Monate später jedoch sind die Trends genau umgekehrt. Diese starken Schwankungen können aber aus den völlig verschiedenen gesellschaftlichen Situationen der Meßzeitpunkte erklärt werden. Im März 1989 erschien der „Sozialismus in den Farben der DDR“, die Endzeit der Honecker-Ära, bereits in einem desolaten hoffnungslosen Zustand. Die Zukunftsfähigkeit des Systems rief immer stärkere Zweifel hervor. Unmittelbar nach der politischen Wende (Anfang November) kam jedoch Hoffnung

**Tabelle 12: Veränderungen im Identitätserleben von Schülern 1989/90 (Angaben in Prozent)**

Ich fühle mich als						
		1	2	3	4	5
Deutscher	A	78	15	4	2	1
	B	63	30		5	2
	C	72	24		4	—
DDR-Bürger	A	56	30	7	4	3
	B	72	22		4	2
	C	44	35		13	8
Europäer	A	68	22	5	3	2
	B	49	38		11	2
	C	43	39		14	4
Sachse/Thüringer	A	55	26	6	5	8
	B	29	24	21	12	14

1 = ja, vollkommen; 2 = ja, etwas schon; 3 = weder — noch; 4 = nein, eigentlich nicht; 5 = nein, absolut nicht.

Studie A: März 1989 (N = 765).

Studie B: November 1989 (N = 1 181).

Studie C: Februar 1990 (N = 369).

In den Studien B und C wurden vierstufige Skalen eingesetzt, die Antwortposition 3 entfiel. Das wirft bekannte methodische Probleme auf.

auf, daß sich die DDR mit einem reformierten Sozialismus stabilisieren, vielleicht gar als beispielhaftes Land entwickeln könne. Von dieser Hoffnung her sind die Ergebnisse der Studie B zu interpretieren. Die ökonomischen, politischen und sozialen Veränderungsprozesse der folgenden Wochen haben aber diese Hoffnungen nicht bestätigt, der deutsche Einigungsprozeß ist real in Gang gekommen und wurde im Februar 1990 kaum noch in Frage gestellt. So ist die Trendwende zwischen November 1989 und Februar 1990, die die Studie C dokumentiert, verständlich.

Die Identifikation mit den alten Ländern auf dem DDR-Territorium läßt sich ähnlich erklären. Während des politischen Aufbruchs im November 1989 spielte die Landes-Identität (Sachsen, Thüringen) noch keine Rolle. Die Zukunft der DDR stand zur Debatte. Die Neugründung der früheren Länder (die 1952 aufgelöst worden waren) war bis Dezember 1989 kein Gegenstand öffentlicher Diskussionen und hat seinerzeit erst wenige Bürger bewegt. Doch plötzlich brach dieses Problem auf und führte in kürzester Zeit zu einem wiedererwachten „Länderbewußtsein“. Weil wir als Forscher nicht mit dieser Wende gerechnet haben, wurde in der Befragung vom Februar 1990 auf die Prüfung der Landes-Identität verzichtet. Sicher sind diese Werte bis heute ganz erheblich angestiegen.



## IV. Lebensorientierungen und Bedürfnisse

Die dargestellten politisch-ideologischen Überzeugungen und Identifikationen besitzen eine starke motivierende, handlungsdeterminierende Komponente. Sie beeinflussen wesentlich das Alltagsverhalten der Individuen. In vielen unserer Untersuchungen sind wir dem Problem des Zusammenhanges solcher verbal bestimmter Einstellungen mit entsprechenden realen Verhaltensweisen im Alltag nachgegangen und wir stießen meist auf hochsignifikante Zusammenhänge.

Auch diesbezüglich sind in den vergangenen Jahren bedeutende Wandlungsprozesse bei der DDR-Jugend vor sich gegangen. Obwohl die Veränderungsprozesse in Richtung und Intensität bei den untersuchten Merkmalsbereichen sehr unterschiedlich verlaufen (es gibt progressive, stagnative und regressive Verlaufstendenzen), läßt sich doch insgesamt ein charakteristischer Mentalitätswandel bei der DDR-Jugend eindeutig nachweisen. Ergebnisse dieser umfangreichen Lebensziel-Tests können hier nur auszugsweise mitgeteilt werden, doch spiegeln auch die nicht angeführten Indikatoren ganz ähnliche Trends wider.

Tabelle 13 vermittelt einen sehr interessanten und aufschlußreichen Einblick in den Wandel der Lebensorientierungen von DDR-Jugendlichen seit 1975. Damit wird ein erstaunlicher „Wertewandel“ dokumentiert, der in den beiden letzten Untersuchungen 1989/90 noch intensiver als vorher verläuft und eher als „Mentalitätsumbruch“ oder „Wertaufbruch“ in der DDR charakterisiert werden kann. Stark zugenommen hat das Streben nach Selbstgestaltung und sozialer Anerkennung. Sprunghaft angestiegen waren schon zwischen 1975 und 1985 das Erlebnisstreben, das Streben nach Mode und Luxus sowie das Streben nach Geselligkeit. Diese Lebensziele haben sich bis heute weiter verstärkt. Relativ gleich geblieben sind die Lebensorientierungen „gesellschaftliche Aktivität“ und „Umgang mit der Kultur“.

Zwischen 1985 und 1990 haben die Werte Gerechtigkeit, Bildung, Arbeit (die sich in den zehn Jahren vorher kaum bzw. eher rückläufig verändert hatten) im Bewußtsein der Jugend an Bedeutung gewonnen.

Das verwundert auf den ersten Blick, wurden doch diese Werte in der traditionellen „sozialistischen Erziehung“ der DDR breit propagiert. Es erklärt sich aber aus der veränderten Lebenslage der DDR-Jugendlichen. Sie haben in den letzten Jahren mehr Erfahrungen mit Ungerechtigkeiten aller Art in ihrem Alltag machen müssen. Ihre eigene Perspektive ist nicht mehr so selbstverständlich ge-

sichert, sie erfordert jetzt mehr persönlichen Einsatz, muß erkämpft werden. Gleichzeitig spüren (ahnen) viele Jugendliche auch die größeren Möglichkeiten, die ihnen die Zukunft in der neuen Gesellschaft bereithält, wenn sie sich mit aller Energie einbringen.

Diese und zahlreiche weitere Forschungsergebnisse des ZIJ belegen, daß tiefliegende Mentalitätsstrukturen, basale Persönlichkeitsdimensionen der DDR-Jugend im letzten Jahrzehnt von sehr dynamischen Wandlungsprozessen betroffen waren und noch sind. So haben sich in dieser Zeit die Ausprägungsformen wichtiger sozialer Grundbedürfnisse (Motivkomplexe) erheblich verändert, was große Auswirkungen auf die strukturell davon abhängigen Wertorientierungen, Überzeugungen, Einstellungen sowie auf die Determination des entsprechenden Alltagsverhaltens hat.

In einem kurzen Überblick möchte ich abschließend auf solche sozialen Grundbedürfnisse verweisen, deren Intensität bei der DDR-Jugend eindeutig zugenommen hat, die das Erleben und Alltagsverhalten junger Menschen zunehmend stärker bestimmen.

### 1. Das Bedürfnis nach Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung

Die Entwicklung zu einem höheren Selbstwertanspruch, zu mehr Selbstachtung kommt im Alltagsverhalten der Jugendlichen darin zum Ausdruck, daß sie ihren „Eigenwert“ stärker betonen, mehr Achtung, Respekt, Anerkennung ihres eigenen Standpunkts und ihrer Persönlichkeit erwarten. Sie wollen als gleichberechtigte Partner akzeptiert werden. Sie zeigen eine größere Sensibilität, heftigere Reaktionen auf Verletzungen ihrer eigenen Meinung durch Mißachtung, Bevormundung oder eine Unfehlbarkeitshaltung bei ihren Kommunikationspartnern.

Die zunehmende Tendenz zur Selbstbestimmung äußert sich in einem verstärkten Autonomiestreben. Junge Leute wollen noch nachdrücklicher als früher alle wichtigen Entscheidungen selbst treffen, mehr Eigenverantwortung tragen, sowohl im privaten als auch im beruflichen und gesellschaftlichen Leben.

Eine weitere Komponente des veränderten Selbstbewußtseins der Jugend ist der Anspruch auf mehr Selbstverwirklichung. Junge Leute bemühen sich seit Jahren verstärkt, selbst aktiv zu sein, etwas zu gestalten, zu bewegen, zu verändern, selbst Verantwortung zu tragen, im großen wie im kleinen. Ein



Tabelle 13: Vergleich der Lebensorientierung von 18/19jährigen Lehrlingen 1975 – 1990  
(Angaben in Prozent)

Merkmal	Ein solches Lebensziel entspricht meinen Absichten			
	Jahr	voll	mit Einschränkung	kaum/nicht
<i>Streben nach Anerkennung:</i> hohe Anerkennung erreichen, etwas gelten	1975	13	50	37
	1985	18	62	20
	1989	32	52	16
	1990	34	47	19
<i>Streben nach Selbstgestaltung:</i> stets kritisch gegen mich selbst sein, mich selbst erziehen	1975	30	53	17
	1985	35	55	10
	1989	40	42	18
	1990	46	41	13
<i>Erlebnisstreben:</i> öfter etwas Verrücktes erleben, Abenteuer	1975	14	44	42
	1985	40	44	16
	1989	52	37	11
	1990	60	34	6
<i>Streben nach Mode und Luxus:</i> nach der Mode kleiden, ein bißchen Luxus leisten	1975	22	56	18
	1985	43	46	11
	1989	44	47	9
	1990	48	39	13
<i>Christ sein:</i> ein guter Christ sein, an Gott glauben	1975	3	9	88
	1985	6	12	82
	1989	11	11	78
	1990	12	11	77
<i>gesellschaftliche Aktivität:</i> gesellschaftliche Pflichten ernst nehmen, auch Funktionen übernehmen	1975	23	51	26
	1985	13	53	34
	1989	13	59	28
	1990	12	54	34
<i>Gerechtigkeitsstreben:</i> allen gegenüber gerecht sein, selbst wenn man nichts davon hat	1975	32	52	14
	1985	33	55	11
	1989	47	41	12
	1990	49	43	8
<i>Kenntnisstreben:</i> zu möglichst großem Wissen gelangen, mich bilden	1975	38	50	12
	1985	28	60	12
	1989	36	54	10
	1990	47	46	7
<i>kulturelles Streben:</i> kulturell bilden, mit Literatur, Kunst, Musik beschäftigen	1975	27	51	22
	1985	23	50	26
	1989	31	45	24
	1990	26	40	34
<i>Arbeitsethos:</i> in einer guten Arbeit eine hohe Ehre sehen, es beruflich zu etwas bringen	1975	33	52	14
	1985	24	56	19
	1989	55	39	6
	1990	68	28	4
<i>Streben nach Geselligkeit:</i> einen Kreis guter Freunde/Freundinnen haben	1975	42	48	10
	1985	69	29	2
	1989	89	10	1
	1990	82	7	1
<i>Zukunftseinstellung:</i> mir ist vor der Zukunft bange	1975	4	15	81
	1985	6	28	66
	1989	7	18	75
	1990	16	29	55

1975: N = 717.; 1985: N = 495; 1989: N = 743; 1990 (Feb.): N = 400.



höheres Niveau der Selbstbestimmung und Selbstverantwortung tendiert folgerichtig auch zu mehr Mitbestimmung und Mitverantwortung im gesellschaftlichen und privaten Leben.

Das in den achtziger Jahren verstärkt auftretende Streben nach Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung besitzt eine hohe Erklärungsfunktion für das politische Verhalten der DDR-Jugend. Es erklärt zahlreiche Erscheinungsformen des Jugendverhaltens in der Umbruchphase: etwa die aktive Teilnahme vieler 15- bis 20jähriger (Schüler, Lehrlinge), besonders aber über 20jähriger (junger Arbeiter, Studenten) an Demonstrationen, Versammlungen, Foren, das selbstbewußte, oft auch radikale Vertreten eigener Standpunkte und Forderungen, das persönliche Engagement für die politische Umgestaltung des Landes, aber eben auch das Abwarten, die Zurückhaltung eines anderen großen Teiles der Jugend, dessen tiefe Enttäuschung und Ablehnung des alten Regimes und dessen Urteilsunsicherheit hinsichtlich der gegenwärtigen politischen Kräfte, Konzeptionen und Ziele. Eine gewisse Resignation, nicht selten gekoppelt mit extremistischem Verhalten ist unübersehbar. Viele junge Leute werden auch in Zukunft zu mehr politischem Disengagement, zu mehr Privatheit und sozial distanzierter Lebensgestaltung tendieren.

Die berechtigte Frage nach den sozialen Determinanten dieses historisch sich verstärkenden Bedürfnisses kann hier nicht diskutiert werden. Dazu bedarf es einer gründlichen Untersuchung, die von kulturellen Strömungen unserer Zivilisation bis zu ganz spezifischen Faktoren des Aufwachsens in der DDR der achtziger Jahre reichen müßte. Der Mentalitätswandel der DDR-Jugend resultiert sowohl aus internationalen wie aus einer Vielzahl DDR-typischer Einflußfaktoren, die strukturell ineinander verwoben sind.

## **2. Das Bedürfnis nach Lebensgenuß und Spannung**

Junge Leute wünschen mit steigendem Nachdruck, das Leben zu genießen, „mehr vom Leben“ zu haben, sich „ausleben“ zu können und suchen heute aktiver nach den entsprechenden Möglichkeiten, nach spannenden, nichtalltäglichen Erlebnissen: weite Reisen zu unternehmen, Abenteuer, heikle Situationen, soziale Auseinandersetzungen zu meistern, in der Öffentlichkeit oder im Freundeskreis Aufsehen zu erregen, Geltung zu gewinnen, Liebes- und Sexualglück auszukosten, Musik, Kunst und Kultur zu genießen. Sicher wird sich dieses Streben nach Lebensgenuß in nächster Zeit noch

verstärken, wobei nicht absehbar ist, welche sozialen Folgen sich daraus ergeben werden.

## **3. Das Bedürfnis nach informellen Formen des Sozialkontaktes**

Wie schon angedeutet, bevorzugen junge Menschen heute stärker als früher informelle Kontakte (Freunde, Freizeit-, Hobby-, Interessen- und Diskussionsgruppen). Sie sind nicht kollektivfeindlich eingestellt, fühlen sich überwiegend wohl in ihren Schulklassen, Seminargruppen, Arbeitskollektiven, wenn sie sich dort bestätigt fühlen, wenn ihre Interessen, Probleme, Meinungen, Ansprüche toleriert werden. Der typische DDR-Jugendliche strebt zwar nach mehr Privatheit, ist aber keinesfalls privatistisch oder isolationistisch eingestellt.

Daß viele junge Leute mit hohem persönlichen Risiko und Engagement, mit großem Kraft- und Zeitaufwand in informellen bzw. halb-informellen Gruppen politisch mitwirken, dort sinnvolle Ziele, Tätigkeiten und ihre Selbstverwirklichung finden, kann seit dem Sommer 1989 gut beobachtet werden. Junge Leute gehören in großer Zahl zu den Enthusiasten, zu den besonders Ungeduldigen und Einsatzbereiten, Aktiven bei der gesellschaftlichen Erneuerung.

## **4. Das Streben nach materiellen Werten**

Materielle Interessen haben in den letzten Jahren bei sehr vielen DDR-Jugendlichen (und Erwachsenen) stark an Bedeutung gewonnen. Das Bedürfnis, materielle Werte bzw. Vorteile möglichst kurzfristig zu erreichen, hat sich von Jahr zu Jahr stärker ausgeprägt und wächst weiter an.

Die Erfahrung, daß höhere Leistung nichts einbringt, sich finanziell nicht lohnt (die Nichtverwirklichung des Leistungsprinzips), wie die alltäglichen Erlebnisse der Mängel-, Miß- und Beziehungswirtschaft müssen ebenso wie die hier beschriebenen gewachsenen psychischen Ansprüche nach Selbstbestimmung, Individualität, Privatheit, nach Lebensgenuß als Determinanten dieses Bedürfniswandels gesehen werden.

Das materielle Bedürfnis wird sich in der DDR-Bevölkerung weiter ausprägen und in nächster Zukunft einen vorrangigen Platz im Motivationsgefüge einnehmen. Das dürfte einerseits die Leistungsbereitschaft durchaus günstig beeinflussen könnte aber andererseits auch zu einer „Entsolidarisierung“ führen, zu einer Zunahme egoistischer Verhaltensweisen, sozialer Konflikte und Auffällig



keiten, politisch sowohl zu Indifferenz und Opportunismus, wie vielleicht auch zur Orientierung an extremistischen Positionen.

### 5. Das Bedürfnis nach Sicherheit

Unsere Forschungsergebnisse bestätigen, daß die große Mehrheit unserer Jugend lange Zeit ein stabiles Sicherheits- und Zukunftsbewußtsein besaß. Die jungen Leute fühlten sich sozial „abgesichert“, ihre berufliche Ausbildung und ein späterer Arbeitsplatz waren garantiert, sie erlebten eine Reihe sozialpolitischer Vergünstigungen, und sie reflektierten wenig über private oder gesellschaftliche Risikosituationen, etwa über Arbeitslosigkeit oder den Zusammenbruch des Systems. 70–85 % bekundeten in bezug auf ihre Lebensentwicklung uneingeschränkt Zukunftsoptimismus und das Gefühl sozialer Geborgenheit. Spätestens 1988 kam es jedoch zu einer Labilisierung dieses Sicherheitsbewußtsein bei einem Teil der Jugend, die sich rapide fortgesetzt hat.

Heute erscheint vieles ungewiß, unkalkulierbar: gesellschaftlich wie im persönlichen Leben. Nahezu alles ist in Frage gestellt. Was bleibt von der DDR? Was bleibt von den früheren sozialen Sicherheitsgarantien? Was kommt nach den Wahlen? Was wird nach der Vereinigung sein? Wird es die Arbeitslosigkeit massenhaft geben? Was wird man verdienen? Wie und wann soll die Rückständigkeit der heutigen DDR aufgeholt werden? Wird der Osten Deutschlands nicht noch viele Jahre benachteiligt bleiben? Warum soll gerade ich darunter leiden?

Schließlich: Soll ich hierbleiben oder doch noch gehen? Über diese und ähnliche Fragen reflektieren und diskutieren heute viele junge Menschen in der DDR. Und je unklarer die gesellschaftliche sowie ihre persönliche Lebenslage sind, desto intensiver erleben sie das Bedürfnis nach mehr Sicherheit. Ein großer Teil der Jugend befindet sich seit längerer Zeit nicht nur in einer politisch-ideologischen Orientierungskrise, sondern — durch ihre vielschichtige Verunsicherungslage bedingt — im Zustand eines emotional-intensiv erlebten Sicherheitsdefizits. Der Bedarf an mehr Sicherheit hat deutlich zugenommen.

Nur wenn es den verantwortlichen politischen Kräften gelingt, sehr schnell solche ökonomischen, finanziellen, politischen, sozialen, rechtlichen und auch jugendspezifischen Bedingungen/Strukturen zu schaffen (bzw. glaubwürdig für die allernächste Zeit in Aussicht zu stellen), daß die materiellen, finanziellen und Sicherheitsinteressen in der DDR annähernd so wie in der Bundesrepublik befriedigt werden können, werden junge Leute nicht mehr massenhaft in den Westen abwandern. Gelingt es nicht, die ökonomischen, politischen und sozialen Lebensbedingungen auf dem Gebiet der DDR kurzfristig auf hohem Niveau zu stabilisieren, dann wird es bei sehr vielen jungen Leuten zu einer weiteren Abschwächung der Bindung (Identifikation) gegenüber diesem Teil Deutschlands, der Heimatregion und den dort lebenden Menschen kommen. Die gegenwärtig in der DDR lebenden jüngeren Generationen könnten sich dann rasch zu einem sehr kritischen politischen Konfliktpotential entwickeln, das schwer zu kontrollieren sein würde.



## Frauen in der DDR

Bisher galt in der DDR nicht nur die Pflicht, sondern auch das Recht auf Berufsarbeit. Das war – bei aller Problematik, die damit zugleich verbunden war – ein sozialer Schutz für Frauen. Dieses Recht auf Arbeit garantierte ihnen zwar kein *dolce vita*; es ermöglichte ihnen aber doch wenigstens ein Stück weit materielle Unabhängigkeit, Eigenständigkeit und einen selbstbestimmten Anspruch auf ein eigenes Leben. 1989 waren in der DDR immerhin 91 Prozent aller Frauen im erwerbsfähigen Alter berufstätig, in der Ausbildung oder studierten. Eine Ausbildung, einen Beruf und einen sicheren Arbeitsplatz zu haben gehörte zum Selbstverständnis, zur Identität von DDR-Frauen.

Eine zu lange verzögerte, längst überfällige Rationalisierung in den Betrieben und Verwaltungen beginnt nun auch in der DDR auf Touren zu kommen und ihre Opfer zu fordern. Umschulungskonzepte oder soziale Strategien für diese Fälle gibt es nicht – als hätte niemand ahnen können, daß auch hier beginnen würde, was anderswo geschieht oder

längst geschehen ist. Angst vor der Marktwirtschaft macht sich breit, vor allem unter Frauen. Wie viele werden künftig noch einen Arbeitsplatz haben und wie sicher wird er sein?

Hinzu kommt das Problem der Kindererziehung: 30 Prozent aller Neugeborenen in der DDR wurden in den letzten Jahren von alleinstehenden Müttern zur Welt gebracht; 50 000 Ehen wurden pro Jahr geschieden. Wie sollen die vielen alleinerziehenden Mütter künftig ihren Lebensunterhalt bestreiten und gleichzeitig sich um ihre Kinder kümmern? Bisher war der Kindergartenplatz für jedes Kind sicher. 94 Prozent aller Kinder ab drei Jahren waren auf diese Weise versorgt. Jetzt beginnen Betriebe, sich „gesund zu schrumpfen“ und den „Rotstift anzusetzen“. Die ersten betriebseigenen Kindertagesstätten wurden bereits geschlossen. Frauen haben – das ist sicher – die schlechteren Startbedingungen für den Sprung in die marktwirtschaftliche Zukunft. Sie werden härter auf dem Boden der Tatsachen landen als die meisten Männer.

### I. Patriarchalische Gleichberechtigung statt sozialer Gleichheit

Noch ist etwa die Hälfte aller Berufstätigen in der DDR weiblich; Unterschiede im Niveau der formalen beruflichen Qualifikation von Frauen und Männern sind sukzessive abgebaut worden, so daß es sie bei den unter 40jährigen fast gar nicht mehr gibt. 1988 hatten 87 Prozent aller berufstätigen Frauen eine abgeschlossene berufliche Ausbildung. Diese galt bis vor kurzem in der Politik wie in der Ideologie, in den Medien wie in offiziellen Verlautbarungen als Beweis für die erfolgreiche Realisierung der Gleichberechtigung in der DDR. Mehr noch: Der Mythos von der bereits erreichten Gleichberechtigung hat sich in den Köpfen vieler Frauen festgesetzt und sie blind gemacht für die realen Benachteiligungen, die sie tagtäglich erfahren haben und die sie jetzt auf die schlechteren Startplätze verweisen. Tabuisiert wurde – und zwar verstärkt seit Anfang der siebziger Jahre –, daß mit der formalen Gleichberechtigung längst nicht die sozialen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern besei-

tigt waren und daß eine Sozialpolitik, die einseitig auf die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Berufstätigkeit (statt Elternschaft und Berufstätigkeit) setzte, neue Diskriminierungen und Benachteiligungen schuf. Frauen wurden damit vorwiegend zur Reproduktions- und Dienstleistungsarbeit in Gesellschaft und Familie verpflichtet.

Männer und Frauen hatten – bei allen Erfolgen, die Frauen für sich erringen konnten – in der Realität weder die gleichen Bedingungen in der Berufsarbeit noch gleiche Chancen und Ressourcen für berufliche Qualifikation und berufliche Karrieren. Auf dem Hintergrund propagierter Gleichberechtigung hielt „Mann“ fest an der traditionellen, patriarchalischen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und übersah geflissentlich die sozialen Differenzierungen, mehr noch die Polarisierungen zwischen Frauen und Männern – zuungunsten der Frauen.



## II. Geteilte Arbeit — geteilte Chancen

Spätestens seit Ende der sechziger Jahre ist in der DDR von einer nach Geschlechtern polarisierten Wirtschafts- und Berufsstruktur zu reden. Überproportional ist der Frauenanteil im Sozialwesen (91,8 Prozent), im Gesundheitswesen (83 Prozent), im Bildungswesen (77 Prozent), im Handel (72 Prozent) sowie im Post- und Fernmeldewesen (68,9 Prozent). Unterrepräsentiert sind Frauen hingegen in der Industrie, im Handwerk, in der Bauwirtschaft, in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Verkehrswesen. Der Anteil der Frauen in leitenden Positionen beträgt immerhin insgesamt knapp ein Drittel, variiert aber stark nach Wirtschaftsbereichen und nimmt generell mit der Höhe der Position deutlich ab. Den Frauen sind überall in der Gesellschaft, in Wirtschaft und Politik die zweiten Plätze zugewiesen.

Obwohl Mädchen gleichermaßen wie Jungen einen soliden Berufsabschluß anstreben, ist das Berufswahlfeld für Mädchen wesentlich enger als für Jungen. Wie prekär die Situation ist, zeigt sich darin, daß sich mehr als 60 Prozent — also fast zwei Drittel — der Schulabgängerinnen des Jahres 1987 auf nur 16 Facharbeiterberufe (von 259) verteilen<sup>1)</sup>. Einige dieser Berufe werden so gut wie ausschließlich von Mädchen erlernt. Das betrifft den Facharbeiter für Schreibtechnik<sup>2)</sup> (Stenotypistin), aber auch den Fachverkäufer, den Wirtschafts- und Finanzkaufmann, den Facharbeiter für Textiltechnik und schließlich solche Berufe, die eine längere Ausbildungszeit — nämlich die Fachschulqualifikation — erfordern, wie pädagogische und medizinische Berufe. Allen diesen Berufen ist eines gemeinsam: Sie sind die am schlechtesten bezahlten Berufe.

Oder sollte sich die Segmentation des Arbeitsmarktes schließlich doch noch als „Heimvorteil“ für Frauen bezahlt machen? Der Dienstleistungsbereich in der DDR wird künftig eher ausgebaut als reduziert. Derzeit sind immerhin mehr als zwei Drittel der leitenden Positionen im Handel von Frauen besetzt. Wissen diese Frauen, was sie zu verlieren haben? Werden sie stark und „clever“ genug sein, ihre Positionen zu behaupten? Umstrukturierungen stehen an, das bedeutet für die Frauen aber auch mehr Risikobereitschaft, schnelles Reagieren, rasches Zupacken, Konkurrenz-

kampf um die besseren Plätze. Ein „Kanincheneffekt“, die Starre angesichts der unbekanntenen Schlange, macht viele Frauen gegenwärtig handlungsunfähig, lähmt sie. Das nun wieder könnte den Männern, die die neuen Chancen des Dienstleistungssektors längst erkannt haben, schnell zum Vorteil gereichen.

In der zur Zeit besser bezahlten Industrie beträgt der Anteil der Frauen ca. 40 Prozent. Gehen Mädchen in diesen Ausbildungsbereich, so sind es auch hier bestimmte Tätigkeitsfelder, die ihnen reserviert sind, wie die Textil- und Bekleidungsindustrie oder Bereiche der elektronischen und elektrotechnischen Industrie, die vor allem auf das „Fingerspitzengefühl“ und die „Fingerfertigkeit“ von Frauen setzen. Seit 1975 — im Zuge der konservativeren Sozialpolitik — sind vor allem solche Stellenangebote für Mädchen rückläufig, die sich im Zentrum der Technikgestaltung und -beherrschung befinden: z. B. Wartungsmechaniker für Datenverarbeitung und Büromaschinen (von 30,1 auf 18,4 Prozent), Elektromonteur (von 7,9 auf 3,7 Prozent), Facharbeiter für Bedien-, Meß-, Steuer- und Regeltechnik (von 25,9 auf 8,4 Prozent)<sup>3)</sup>. An der Peripherie hingegen bzw. in den lediglich ausführenden Bereichen in der Industrie wächst der Frauenanteil: Chip-Produktion, Facharbeiter für Datenverarbeitung (gegenwärtig 71,2 Prozent), Facharbeiter für chemische Produktion (82,1 Prozent).

Frauen haben in der Industrie zumeist die unattraktiven Arbeitsplätze. Sie sind — auch wenn sie, wie in der Textilindustrie, mit modernsten Produktionsanlagen umgehen — häufiger dort zu finden, wo eine enge produktionstechnische Einbindung nur geringe Kommunikationsmöglichkeiten zuläßt, und sie arbeiten darüber hinaus auch unter den ungünstigeren arbeitshygienischen Bedingungen. Ihre Tätigkeiten setzen angeblich geringere Qualifikationsanforderungen voraus und sind demzufolge auch in der Industrie meist mit geringerem Einkommen verbunden.

Seit Jahren wurde in der DDR bei den Lehrstellenangeboten eine bestimmte Quotierung praktiziert: Frauen wurden systematisch aus Männerberufen wie umgekehrt Männer aus Frauenberufen ausgegrenzt. Das gereichte vor allem den Mädchen zum Nachteil. Ihr Berufswahlfeld beschränkte sich weitgehend auf traditionelle Frauenberufe und war damit stark eingengt. Der Kampf der Mädchen um lukrative Angebote ist demzufolge nicht nur härter.

<sup>1)</sup> Vgl. Studie zur beruflichen Orientierung der Mädchen und Frauen, hrsg. vom Zentralinstitut für Berufsbildung, Berlin 1989.

<sup>2)</sup> Die offizielle Berufsbezeichnung ist auch in den Berufen, in denen Frauen überrepräsentiert sind, meistenteils männlich.

<sup>3)</sup> Vgl. Studie zur beruflichen Orientierung (Anm. 1).



sondern auch aussichtsloser als für Jungen. Oft sind sie gezwungen, auf „Notlösungen“ zurückzugreifen oder „Übergangslösungen“ zu akzeptieren. Das heißt, sie erlernen einen Beruf, von dem sie von vornherein wissen, daß sie ihn nach Beendigung des Ausbildungsverhältnisses, spätestens aber nach der Geburt eines Kindes nicht mehr ausüben werden. Betriebs- und Kombinatdirektoren haben — trotz staatlicher Auflagen — sukzessive den Anteil weib-

licher Lehrlinge in zukunftsträchtigen technischen Berufen zugunsten von männlichen Bewerbern reduziert. Sie begründen das mit der hohen Ausfallrate der Frauen infolge sozialpolitischer Maßnahmen (Babyjahr, Ausfall bei Krankheit des Kindes usw.), der hohen Fluktuationsrate der Frauen, dem mangelnden technischen Interesse der Mädchen und den fehlenden sozialen und hygienischen Einrichtungen für Frauen in „Männerdomänen“<sup>4)</sup>.

### III. Berufsarbeit ist für Frauen nur das halbe Leben

Hausarbeit ist die notwendige Kehrseite von Berufsarbeit, und sie ist noch immer Frauensache. Trotz der fortschreitenden Technisierung der Haushalte und des Ausbaus gesellschaftlicher Dienstleistungen ist der Aufwand für Hausarbeit in den letzten 25 Jahren ziemlich konstant geblieben. Er liegt bei ca. 40 Stunden pro Woche — bedeutet also eine „zweite Schicht“ — bezogen auf eine Durchschnittsfamilie. Dieses Dilemma wird nach wie vor auf traditionelle Weise gelöst: Drei Viertel der Haus- und Familienarbeit werden von meist voll berufstätigen, d. h. 40 bis 43¼ Stunden pro Woche außer Haus beschäftigten Müttern erledigt. Frauen sind auch für das in Zeiteinheiten nicht zu messende Familienklima zuständig; sie müssen viele kleine unbezahlte Dienste leisten, wenn der Familienalltag funktionieren soll. Der verbreitete Versorgungsmangel wird individuell ausgeglichen: Nähen, Stricken, Einkaufen, Anstehen, Improvisieren, Beziehungen zum wechselseitigen Vorteil pflegen. Männer sind hingegen die Hauptverdiener und Haupternährer in den Familien. Sie verdienen ca. 25 bis 30 Prozent mehr als Frauen und können sich deshalb nicht leisten, auf Erwerbsarbeit zugunsten von Hausarbeit zu verzichten. Diese Arbeitsteilung hat Konsequenzen, die bis in die Lebensmuster der nachwachsenden jungen Generation hineinreichen: Mädchen suchen sich Berufe, die ihnen die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Erwerbsarbeit erlauben, und entziehen sich solchen, die einen derartigen Ausgleich gefährden. Jungen hingegen wählen einen Beruf, bei dem der „Mann“ zumindest so gut verdient, daß die Ehepartnerin im Falle der Mutterschaft die Erwerbsarbeit reduzieren kann. Mit Blick auf die Zukunft grenzen sich damit sowohl Mädchen als auch Jungen von vornherein selbst aus bestimmten beruflichen Karrieren aus.

Gut ein Viertel aller berufstätigen Frauen ist teilszeitbeschäftigt. Der Wunsch nach verkürzter Arbeitszeit und flexibleren Formen von Arbeitszeitregelungen ist noch weiter verbreitet. Inge Lange, die

Frauenpolitikerin des alten Machtapparates, glaubte jedoch administrativ gegen diesen Wunsch vorgehen zu können: Teilzeitarbeit durfte nur in Ausnahmefällen genehmigt werden; in manchen Berufen ist sie überhaupt nicht möglich.

Jahrzehntlang hatte es sich Inge Lange zur Aufgabe gemacht, darauf hinzuwirken, „daß die nachfolgende Generation junger Frauen erkennt, daß sich die Art und Weise ihrer Berufsarbeit, ihres Lebens als Mütter unter grundlegend besseren Bedingungen als für vorangegangene Frauengenerationen vollzieht und daß ihre Teilzeitarbeit nicht nur das gesellschaftliche Arbeitsvermögen schmälert, sondern auch ihre berufliche Entwicklung negativ beeinträchtigt“<sup>5)</sup>. Notfalls sollten Frauen zu ihrem Glück gezwungen werden, denn der Zweck heiligte die Mittel. Gleichberechtigung verkam so zu einer ökonomistischen Floskel; ihre Kriterien wurden auf formal gleiche Zeitstrukturen in der Berufsarbeit verkürzt. „Männliche“, vom häuslichen Ballast gereinigte Zeitverhältnisse galten als Maßstab.

Propagandistisch ging die Rechnung auf; Gleichberechtigung konnte vollmundig nachgewiesen werden. Die meisten Frauen erfuhren aber tagtäglich die Kluft zwischen Realität und Propaganda. Sie spürten am eigenen Leib und am Zerfall der Familien, wer die Last dieser von oben verordneten, nur formalen Gleichberechtigung zu tragen hatte — die Last einer Gleichberechtigung, die Frauen das Äußerste abforderte, nicht aber gleichermaßen Männer zur Aufgabe traditioneller Privilegien veranlaßte. Die Frauen rebellierten nicht, sondern richteten sich in diesen ambivalenten Verhältnissen ein. Das heißt, sie ließen sich nur auf solche beruflichen Anforderungen ein, die ihnen die Gratwanderung zwischen Beruf und Familie, die Vereinbarkeit von Mutterschaft und beruflichem Engagement erlaub-

<sup>5)</sup> I. Lange, Frauenpolitik der SED in Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitag, in: dies., Die Frauen — aktive Mitgestalterinnen des Sozialismus. Ausgewählte Reden, Berlin 1987, S. 500.

<sup>4)</sup> Ebd.



ten. Die Frauen allein zahlten damit den Preis ihrer Ausgrenzung aus zentralen Entscheidungsprozessen im Beruf wie in der Politik; sie überließen Männern die Zentren der Macht, der Ökonomie und Wissenschaft und begnügten sich mit der Peripherie. Soziologische Studien zeigen, wie rationalisierungsanfällig<sup>6)</sup> diese aber ist und wie schnell es Männern gelingt, Frauen dort zu verdrängen — wenn aus peripheren zentrale Bereiche werden<sup>7)</sup>.

Jüngste, noch vor der „Wende“ vom Institut für Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin durchgeführte Erhebungen zur Einführung moderner Informations- und Kommunikationstechnik in Angestelltenberufen — und zwar in frauentypischen Berufsfeldern wie dem Versicherungswesen, dem Handel, der Industrieverwaltung einerseits und in männlich dominierten Produktions- und Konstruktionsbereichen andererseits — zeigen: Die Wirkungen dieser neuen Technik sind in sozialer Hinsicht zwar differenziert, das heißt für unterschiedliche Qualifikations- und Berufsgruppen verschieden, ein Ende der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern — und damit ein Abbau der Machtasymmetrie — ist aber nirgends in Sicht<sup>8)</sup>. Im Gegenteil: Es bildeten sich „unter der Hand“ unversehens neue Hierarchien, die Frauen wiederum in die zweite Reihe verwiesen.

Die Tabuisierung dieser Probleme einesteils und gesamtgesellschaftliche Erfolgsbilanzen andererseits blockierten über Jahre die Entwicklung eines kritischen Bewußtseins vor allem bei den Frauen selbst, und zwar um so mehr, als sie permanent einem enormen Streß kräftezehrender Doppelbelastung ausgesetzt sind. Die Gewerkschaft ist — gegenwärtig jedenfalls — nicht die Kraft, die den Frauen

hilft, ihre Situation zu reflektieren und Gegenstrategien zu entwickeln. In den genannten Untersuchungsfeldern zeichnete sich zwar die dringende Notwendigkeit ab, mit Hilfe von Technisierungsprozessen Partizipation zu ermöglichen, so daß die Betroffenen befähigt werden, ihre Interessen zu erkennen, zu artikulieren, zu vertreten und damit verbundene Konflikte auszutragen. Die entsprechenden neuen demokratischen Strukturen müßten sich aber erst noch bilden und dann ihre Funktionsfähigkeit beweisen. Das Beharren auf alten, „bewährten“ Strukturen war leichter und daher ein durchgängiger Trend. In ihnen wurden Fraueninteressen selten — leider auch in Frauenbetrieben — als legitime und spezifische Interessen erkannt und berücksichtigt.

Frauen müssen erst wieder lernen, ihre Angelegenheiten selbstbewußt in die eigenen Hände zu nehmen, ihre Interessen durchzusetzen. Die zentralisierte Planwirtschaft und eine formalisierte innerbetriebliche (Schein-)Demokratie, die auf Frauenbelange keine Rücksicht nahmen, haben Frauen müde gemacht. Sie haben sich schließlich vielfach damit abgefunden, daß die Dinge „woanders beschlossen werden“ und sie zu Befehlsempfängern nach dem Motto „Uns wurde es gesagt, und wir müssen uns damit abfinden“ degradiert werden. Dieser Mechanismus wurde von den Frauen durchaus ambivalent erfahren: Einesteils ist er funktional und kommt den Lebensumständen dieser Frauen auf gewisse Weise entgegen. Er entlastet sie von zu starker beruflicher Einbindung, Verpflichtung und Verantwortung. Andernteils fühlen sie sich ausgegrenzt aus Entscheidungsprozessen, die sie selbst betreffen, bei denen sie mitreden wollen und in die sie aufgrund ihrer hohen fachlichen Qualifikation, beruflichen Erfahrung und auch sozialen Kompetenz einiges einzubringen hätten. Um so mehr, als von den althergebrachten Institutionen keine Veränderung der Situation zu erwarten ist, wird die Frauenbewegung in der DDR zum Hoffnungsträger. Sie muß allerdings erst noch unter Beweis stellen, daß sie sich einen Zugang zu den Frauen der bisherigen DDR-Gesellschaft verschaffen und für ihre Interessen streiten kann.

<sup>6)</sup> Vgl. C. Unterkirchner/I. Wagner (Hrsg.), Die andere Hälfte der Gesellschaft, Österreichischer Soziologentag 1985, Wien 1987.

<sup>7)</sup> Vgl. U. Hoffmann, Computerfrauen, München 1987.

<sup>8)</sup> Vgl. die Forschungsberichte: Die soziale Realität der Einführung neuer Technologien — Vier Fallstudien aus Berliner Betrieben, Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Soziologie, Berlin 1988; Computerisierung der Büros, Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Soziologie, Berlin 1989.



## IV. Einübung in die Geschlechterverhältnisse: Sozialisation

Durch spontane Alltagserfahrungen werden Mädchen und Jungen ganz nebenbei, quasi einem „geheimen Lehrplan“ folgend, in die Strukturen der vorherrschenden Arbeits- und Rollenteilung zwischen den Geschlechtern eingeübt, lernen sie, diese als „natürlich“ zu akzeptieren<sup>9)</sup>. Jungen und Mädchen besuchen in der DDR dieselbe Schule und werden nach denselben Lehrplänen unterrichtet – oft mehr als zehn Jahre lang: Die meisten von ihnen waren vorher im Kindergarten und davor in der Kinderkrippe. Soziologische Untersuchungen der vergangenen Jahre zeigen, daß diese formal gleichen Bedingungen Geschlechterdifferenzen nicht einfach abbauen, sondern sie punktuell sogar noch verstärken und mit für Mädchen und Jungen verschiedenen Erfahrungen verbunden sind. Mädchen haben beispielsweise zwar durchschnittlich keine schlechteren, oft sogar bessere Zensuren als Jungen in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Disziplinen, dennoch lernen sie, ihren Fähigkeiten auf diesem Gebiet zu mißtrauen und hier Jungen für die von Natur aus Begabteren zu halten. In Computerkursen machen Mädchen die Erfahrung, daß Jungen „besser“ und „schneller“ sind, weil diese vielleicht über mehr Vorkenntnisse verfügen. Mädchen räumen schon nach den ersten Hürden freiwillig die noch knappen Plätze und überlassen es den Jungen, tiefer in die Kunst der Programmierung und die Technik einzudringen, sie zu beherrschen.

Wie läßt sich diese schnelle Rückzugsbereitschaft der Mädchen erklären? Warum sind sie so ohne Widerstand bereit, dieses Feld als männliche Domäne zu akzeptieren? Die Gründe dafür sind vielschichtig. Eine Ursache besteht wohl darin, daß Mädchen frühzeitig und immer wieder erfahren, daß sie in ihrem Leben gut ohne diese Fertigkeiten zurechtzukommen. Mehr noch: Mädchen wissen beinahe instinktiv, daß sie auf dem Heiratsmarkt nicht an Wert gewinnen, wenn sie allzu großen Ehrgeiz auf technischem Gebiet entfalten. Es macht sie nicht begehrter, attraktiver für dasjenige Geschlecht, das noch immer die Definitionsmacht über weibliche Werte hat: die Männer. Jungen honorieren es, wenn Mädchen „sexy“ sind: Lange Beine, lange Haare, voller Busen, weich, blond, weiblich gelten als äußere Symbole für Weiblichkeit. Dahinter verbirgt sich ein Weiblichkeitsideal, das auch mit bestimmten Erwartungen an „innere“ Werte verbunden ist und Anpassungsfähigkeit,

Treue, Hingabe meint<sup>10)</sup>. Mädchen, die diesem Ideal nicht entsprechen, haben es schwer.

Wechselseitige Begehrlichkeiten, die latente Sexualität in den Beziehungen der Geschlechter scheinen einen ganz fundamentalen Einfluß auf das Leistungsverhalten, auf die Ausbildung von Interessen und Fertigkeiten zu haben. Sie sind eine Erklärung dafür, daß sich die schulischen Leistungen der Mädchen im höheren Schulalter verschlechtern, während die der Jungen sich im Gegenzug verbessern. Schüler und Schülerinnen – vor allem der oberen Schulklassen, also im Prozeß der schulischen Sozialisation sich verstärkend – haben dann auch auffällig stereotype Selbstbilder, was ihre Fähigkeiten und Anlagen betrifft: Verstärkt ab der sechsten Klasse trauen sich Jungen öfter als Mädchen technisches Geschick, Kraft und die Fähigkeit zu, im Beruf etwas Neues zu entwickeln. Mädchen gleichen Alters hingegen glauben von sich zu wissen, daß sie gut mit kleinen Kindern umgehen können, bei Handarbeiten und auch bei der Gestaltung ihrer unmittelbaren Umgebung geschickt sind. Jungen besitzen in ihrer Selbsteinschätzung bessere Voraussetzungen für technische Berufe, während Mädchen stärker von ihren sozialen Fähigkeiten überzeugt sind. Die gleichen Bilder haben die Lehrkräfte von den Fähigkeiten der Heranwachsenden und perpetuieren sie so, meist unbewußt. Und bei den Jugendlichen fällt dann durch das Sieb der Partnerwahl, wer dem Klischee nicht entspricht.

Jungen und Mädchen kommen aufgrund unterschiedlicher Erfahrungen schon als sozial Verschiedene in die Schule. Ein Erziehungskonzept, das – wie es bisher geschehen ist – von diesen Unterschieden abstrahiert und sie ignoriert, muß sie zwangsläufig eher verstärken, anstatt sie abzubauen. Koedukation bedarf flankierender Maßnahmen, vor allem für Mädchen, die schon wieder die sozial Schwachen zu bleiben drohen und sich zu wehren lernen müssen.

Seit Ende der sechziger Jahre fehlen gesellschaftliche Konzepte, die auf eine bewußte Infragestellung traditioneller Geschlechterverhältnisse abzielen, insbesondere auch in der Bildungs- und Schulpolitik. In den gesellschaftlichen Erziehungseinrichtungen bleibt demzufolge bis heute vieles dem Selbstlauf überlassen. Der Inhalt der Schulbücher in Bild und Text sowie Lehrpläne sind dafür beredter Aus-

<sup>9)</sup> Vgl. H. M. Nickel, Geschlechtersozialisation und Arbeitsteilung, in: Weimarer Beiträge, 34 (1988) 4.

<sup>10)</sup> Vgl. dazu auch die Leserdiskussion zum „Traumtyp“ in: Junge Welt, (1989).



druck. Schon im Kindergarten setzt eine massive — zumeist von den Erzieherinnen nicht besser gewußte — Vermittlung von Geschlechterstereotypen und traditionellen Rollenklischees ein. Eine Sensibilisierung oder gar ein entwickeltes kritisches Bewußtsein für diese Erziehungsprozesse und ihre Folgen gibt es augenblicklich nicht. Dies aber kann sich nur im Diskurs entfalten, braucht also jene

Öffentlichkeit, die es bis vor kurzem in der DDR nicht gab. Es setzt eine fundierte Meinungsbildung voraus, die ohne entsprechende Forschungen keine Substanz hat. Feministische Sozialwissenschaft, Frauenforschung ist gefragt, die die Grenzen traditioneller Forschung über Frauen, wie sie seit mehr als 20 Jahren in der DDR praktiziert wird, überwinden muß.

## V. Frauenforschung statt Forschung über Frauen

Die traditionelle Forschung über Frauen stößt an Grenzen,

— weil Frauen weitgehend *funktional* und damit einseitig betrachtet wurden. Sie wurden auf ihre ökonomische, biologische und/oder politische Funktion reduziert. Frauen interessierten nicht als Subjekte, d. h. in der Komplexität ihrer konkreten Lebenszusammenhänge, sondern als Arbeitskräfte, politische Funktionäre, Leitungskader, Gebärende und/oder als Mütter;

— weil es in „objektiven“, männerzentrierten Analysen um die „optimale“ Verteilung von Frauen auf Qualifikationsgruppen, Berufe, Leitungsfunktionen ging. Gemessen an männlichen Leistungen wurde darin beurteilt, ob Frauen das eine schon „ganz gut“ machen, das andere aber noch lernen müssen. So gesehen handelte es sich über weite Strecken um *Defizit-* statt um *Differenzforschung*.

Diese Defizite mußten zur Erreichung „höherer“, meist ökonomischer Zwecke, überwunden werden, vor allem durch den Fleiß und die Anstrengung der Frauen selbst. Die gesellschaftlichen Defizite bzw. die objektive Ungleichheit in der Ausstattung mit Ressourcen — materiellen, zeitlichen, sozialen, kulturellen — standen weniger im Blickpunkt;

— weil diese traditionelle Forschung über Frauen parteilich im Sinne der herrschenden Ideologie und Apparate war, nicht aber konsequent parteilich für Frauen. Sie hatte keine Frauenbewegung im Rücken, dafür die Abteilung „Frau“ beim ZK der SED im Nacken. Sie hatte Legitimationsleistungen zu erbringen und demzufolge Anteil an den Mythenbildungen vom erfolgreichen Voranschreiten der Gleichberechtigung in der DDR wie auch an den Tabuisierungen der realen Lebensverhältnisse von Frauen. Sie hat Anteil an der Verkümmern des Frauenbewußtseins bzw. an der gesellschaftlichen Desensibilisierung in der Geschlechterfrage;

— weil Geschlecht auf eine statistische Merkmalsklasse reduziert und nicht als Strukturkategorie behandelt wurde. Das Gefälle im Geschlechterverhältnis wurde auf einen *Nebenwiderspruch* von Hauptwidersprüchen verkleinert. Seine Lösung mußte — theoretisch gesehen — so beinahe automatisch erfolgen, wenn die Individuen nur die rechte Einsicht hatten, wiederum vor allem die Frauen selbst.

Frauenforschung, die diese Grenzen überwinden will,

— muß Frauen als *Subjekte* sichtbar machen, und zwar in Geschichte und Gegenwart. Sie sind die Hälfte der Menschheit;

— muß die *internationale Frauenforschung*, die es seit mehr als zehn Jahren gibt, aufarbeiten und den Anschluß an diesen Diskussionszusammenhang finden. Die Theorieansätze der internationalen Frauenforschung haben eine andere Sicht auf den gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhang hervorgebracht und eine Diskussion um den Arbeitsbegriff, um Arbeitsleistung und um die Wechselbeziehungen zwischen privaten, individuellen Diensten und produktiver Arbeit in Gang gesetzt, die hierzulande erst noch zu führen ist. Es geht um die Bewertung von Arbeit, im Beruf und im Privaten, aber auch darum, zu verhindern, daß Frauen durch eine „leise“ Umwertung der Werte in den Haushalt, an den Herd abgedrängt werden;

— muß Geschlecht als *Strukturkategorie* begreifen. Nur so ist die Doppelsinnigkeit von Geschlecht (Regina Becker-Schmidt) zu erfassen, das heißt die Organisation des Geschlechterverhältnisses als strukturelles Phänomen einerseits und die subjektive Verankerung von Geschlechterstereotypen in den Individuen andererseits;

— muß die *Patriarchatsdiskussion* produktiv machen. Das heißt, es muß ergründet werden, warum



die Ordnung der Welt über die Zweigeschlechtlichkeit (Carole Hagemann-White) auch heute noch Sinn macht. Und es gilt zu erklären, wie und warum sich im Geschlechterverhältnis Machtstrukturen perpetuieren;

– muß unter methodischen Gesichtspunkten die *Androzentrismus-Debatte* führen und fragen, wie

männlich unsere Wissenschaften schon von ihren Ansätzen her sind.

Das alles ist eine Programmatik, die sich nicht ad hoc aufarbeiten und einlösen läßt und die auf Widerstände stoßen wird. Dennoch wird eine solche Frauenforschung in Gang kommen. Die auch in der DDR entstehende Frauenbewegung wird sie einklagen.



## **Artur Meier: Abschied von der sozialistischen Ständegesellschaft**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16—17/90, S. 3—14

Über die soziale Struktur der jetzt untergehenden Gesellschaften des Realsozialismus existieren verschiedene Vorstellungen. Man hat versucht, ihre bürokratische Herrschafts- und Sozialordnung mit Hilfe von Schichten-, Kasten- und Elitekonzepten sowie mit Annahmen der Klassentheorie zu beschreiben, ohne zu einer konsistenten Analyse zu gelangen. In Wirklichkeit entstand nämlich im Gefolge der sozialistischen Revolution und deren militärischer Expansion eine Ständeordnung mit vorwiegend traditionellen Herrschaftsformen. Ihre geschlossene Struktur kann als eine Pyramide von vier aufeinandergelagerten Ständen mit der Nomenklatura und der Bürokratie an der Spitze verstanden werden. Die obrigkeitstaatliche Herrschaft beruht auf fünf miteinander verflochtenen Apparaten, die das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben einer strikten Kontrolle unterworfen (Partei-, Staats-, Wirtschafts-, Wissenschafts- und ideologischer Apparat).

Diese starre Sozialordnung zerbricht gegenwärtig an dem weltweiten technologischen und sozialen Wandel. Als eine Gesellschaftsform, die eher vor- als nachkapitalistische Züge aufwies, wird der Realsozialismus durch demokratische Bewegungen in einem Land nach dem anderen überwunden. An die Stelle der rückständigen staatswirtschaftlich verfaßten Ständegesellschaft mit ihren anachronistischen Herrschaftstypen treten moderne, marktwirtschaftlich verfaßte Industriegesellschaften mit dementsprechenden Klassen- und Schichtstrukturen sowie demokratisch legitimierten Herrschaftsformen.

## **Jan Wielgoß/Marianne Schulz: Reformbewegung und Volksbewegung. Politische und soziale Aspekte im Umbruch der DDR-Gesellschaft**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16—17/90, S. 15—24

Der Umbruch der DDR-Gesellschaft wurde im Oktober 1989 mit Massendemonstrationen für freie Wahlen und einen demokratischen Rechtsstaat eingeleitet. Seine Initiatoren waren vor allem reformsozialistisch bis alternativ orientierte Kulturschaffende und oppositionelle Gruppierungen, von denen insbesondere das Neue Forum einen fulminanten Mobilisierungseffekt erzielte.

Der bisherige Verlauf des Umbruchprozesses war gekennzeichnet durch den „vulkanischen“ Ausbruch der Volksbewegung, den erdrutschartigen Zusammenbruch des Machtsystems der SED-Führung, die Verdrängung einer demokratisch-sozialistischen Reformdiskussion durch die Favorisierung der deutschen Frage seit Ende November 1989 und die zunehmende Überlagerung der politischen Aspekte des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses durch die Thematisierung seiner sozialen Implikationen seit Mitte Februar 1990. Basisdemokratische Bürgerbewegungen hatten sich als die wichtigsten Initiatoren, nicht aber als die Repräsentanten der Volksbewegung erwiesen und wurden sukzessive durch neue und alte Parteien an den Rand der öffentlichen Wahrnehmung gedrängt.

Die mehrheitliche Skepsis der DDR-Bevölkerung gegenüber einem anderen, demokratischen Sozialismus und die Unaufgeschlossenheit gegenüber basisdemokratischem Engagement haben tief liegende Wurzeln in einer sozialstrukturellen Regression und im paternalistischen Charakter der Sozialpolitik in der Honecker-Ära.



## **Walter Friedrich: Mentalitätswandlungen der Jugend in der DDR**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16—17/90, S. 25—37

Zuverlässige repräsentative sozialwissenschaftliche Studien über die Mentalitätsentwicklung der DDR-Bevölkerung konnten bisher nicht erstellt werden, doch hat das Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ) in den letzten zwanzig Jahren zahlreiche größere Untersuchungen bei Schülern, Lehrlingen, Studenten und jungen Arbeitern durchgeführt, die den Mentalitätswandel der jungen Generation in der DDR erfassen. Diese Forschungsergebnisse konnten bis Herbst 1989 nicht publiziert werden, soweit sie für das DDR-System kritische Befunde registriert haben, und werden hier erstmals bilanzierend vorgestellt.

In den siebziger Jahren war zunächst eine Konsolidierung sozialistischer Wertorientierungen bei allen Schichten der Jugend festzustellen, doch waren Ende der siebziger Jahre bei einigen politischen Einstellungen erste leicht rückläufige Trends erkennbar. Ab 1985 trat der bis 1989 immer schneller verlaufende Verfall des „sozialistischen Bewußtseins“ ein, der alle wesentlichen systembezogenen Überzeugungen und Werte — wenn auch zeitlich und schichtspezifisch differenziert — erfaßte. Bei Studenten prägten sich kritische Positionen durchschnittlich später aus als in der werktätigen Jugend.

Der Beitrag dokumentiert auf der Grundlage empirischer Befunde des ZIJ den Mentalitätswandel der jungen Generation im Zeitverlauf von 1970 bis 1990 für zentrale Orientierungsbereiche: Haltung zu Religion und Atheismus; Einstellung zum Marxismus-Leninismus, zur Sowjetunion, zur sozialistischen Perspektive, zur SED und FDJ, zur DDR; Nutzung und Einschätzung von Hörfunk und Fernsehen beider deutscher Staaten; Einstellung der jungen DDR-Bürger zur Bundesrepublik Deutschland.

Während die weltanschauliche Position zu Religion und Atheismus von den tiefen politischen Umbrüchen bisher nicht oder nur schwach beeinflußt worden ist, zeigen sich bei der Betrachtung der Verlaufsformen politischer Überzeugungen massive Veränderungen, die am Ende der achtziger Jahre zu einer weitreichenden Abkehr von den propagierten Werten des realsozialistischen Systems, zu einem Mentalitätsbruch, geführt haben. Ein tiefgreifender Wandel läßt sich auch in der Einstellung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland nachweisen. Während große Teile der DDR-Jugend in den siebziger Jahren ein kritisch-distanziertes Verhältnis zur Bundesrepublik hatten, belegen neue Forschungsergebnisse einen starken und umfassenden Identitätsverlust gegenüber der DDR sowie eine zunehmende Verbundenheit mit der Bundesrepublik. Im Vergleich mit Studenten hat sich dieser Prozeß bei Schülern und Lehrlingen bedeutend früher und vorbehaltloser vollzogen.

Auch in bezug auf die Lebensziele und Bedürfnisse junger DDR-Bürger sind bedeutende Wandlungsprozesse erfolgt. Das Alltagsverhalten der DDR-Jugend wird zunehmend durch folgende Grundbedürfnisse bestimmt: Streben nach Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung; Streben nach Lebensgenuß und Spannung; Streben nach informellen Formen des Sozialkontakts; Streben nach materiellen Werten; Bedürfnis nach persönlicher Sicherheit. Sollte es nicht gelingen, die ökonomischen, politischen und sozialen Lebensbedingungen auf dem Gebiet der DDR kurzfristig auf einem weitgehend bedürfnisgerechten Niveau zu gestalten, dürften sich jugendliche Konfliktpotentiale erheblich verstärken und neue Abwandsprozesse in die Bundesrepublik vor allem bei jungen DDR-Bürgern eintreten.

## **Hildegard Maria Nickel: Frauen in der DDR**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16—17/90, S. 39—45

Bisher galt in der DDR nicht nur die Pflicht, sondern auch das Recht auf Berufsarbeit. Das war — bei aller Problematik, die damit verbunden war — ein sozialer Schutz für Frauen und ermöglichte ihnen ein Stück weit materielle Unabhängigkeit und einen eigenen Anspruch auf ein selbständig gestaltetes Leben. Eine zu lange verzögerte, längst überfällige Rationalisierung beginnt sich nun auch in der DDR zu beschleunigen und meist weibliche Opfer zu fordern. Frauen haben die schlechteren Startbedingungen für den Sprung in die marktwirtschaftliche Zukunft.

In der DDR wurde ein frauenpolitisches Konzept „patriarchalischer Gleichberechtigung“ verfolgt, das einseitig auf die Vereinbarkeit von Mutterschaft (statt Elternschaft) und Berufstätigkeit setzte und Frauen zur Reproduktions- und Dienstleistungsarbeit in Gesellschaft und Familie verpflichtete. Mit dieser Organisation der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern sind ungleiche Chancen für Frauen und Männer verbunden. Die Machtasymmetrie im Geschlechterverhältnis macht sich in Berufskarrieren, in Familienpflichten wie schließlich in der Sozialisation von Mädchen und Jungen geltend. Gegenwärtig gibt es kein entwickeltes kritisches Bewußtsein für diese Prozesse; im Gegenteil, es ist von einer Desensibilisierung in der Geschlechterfrage zu sprechen. Sensibilität aber kann sich nur im Diskurs entfalten, braucht jene Öffentlichkeit, die bis vor kurzem in der DDR nicht existierte.



# Jahresbände

Aus Politik und Zeitgeschichte

mit komplettem  
Inhaltsverzeichnis

nur **25,- DM**  
zuzügl. Versandkosten pro Jahrgang

**neu** 1989



*Noch begrenzt vorrätig (Preise w. o.)*

**Jahrgänge: 1985 und 1988**



Bundeszentrale  
für politische  
Bildung

Bestell- DAS PARLAMENT, Vertriebsabteilung  
Adresse: Fleischstraße 62 - 65, D-5500 Trier